

Dieter S. Lutz

Der Krieg im Kosovo und
das Versagen Europas

Mechtild Jansen

Aufbruch – wohin? Hombachs
„Politik der neuen Mitte“

Mathias Lange / Kai Weber

Die Migrationspolitik unter
der neuen Bundesregierung

Benjamin Mikfeld / Thomas Westphal

Die neue Mitte im
Hochgeschwindigkeitsleerlauf

Ausgabe 2 | 99

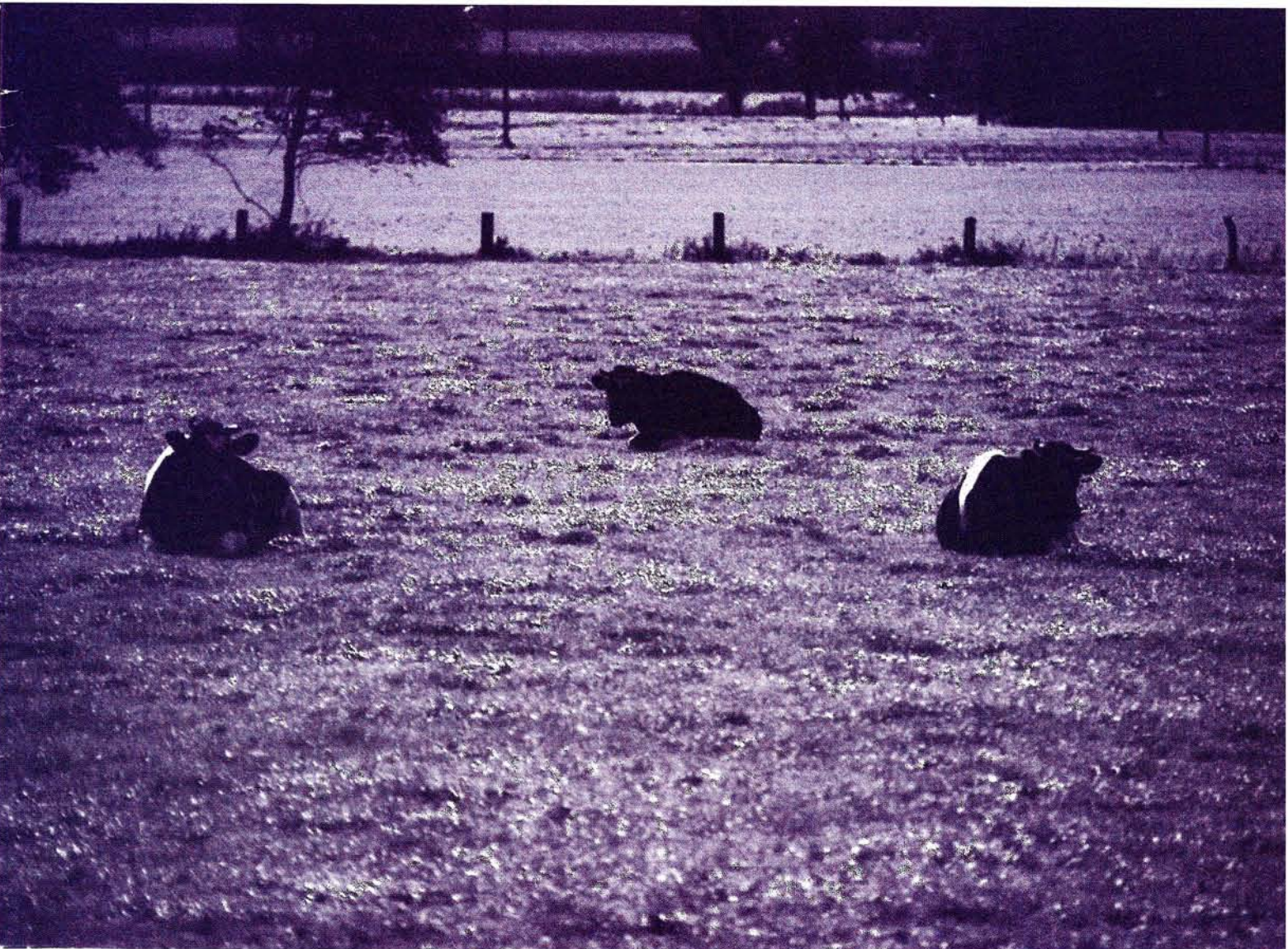
Heft 106

9,50 DM

März |

April 1999

DRITTER WEG – WOHIN?



von Horst Peter

Nach dem Rücktritt Lafontaines muss die Linke in der SPD die Verantwortung allein übernehmen, damit es zu einem rot-grünen Neuanfang kommt. Ich bin überzeugt, dass die Chancen für einen solchen Neuanfang bestehen: auf Dauer wird die Mehrheit der Bevölkerung nicht akzeptieren, dass Großkonzerne die Regierung erpressen, gerade auf die Politik zu verzichten, wegen der sie die rot-grüne Regierung im September gewählt haben.

Allerdings muss die Linke dazu eine Stiländerung der Regierungspolitik einklagen: Nach Artikel 65 GG bestimmt der Kanzler die Richtlinien der Politik, bevor jeder Bundesminister innerhalb dieser Richtlinien seinen Geschäftsbereich selbstständig leitet. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ministern entscheidet die Bundesregierung nach ihrer Geschäftsordnung. Wie man sieht, hat das Grundgesetz die Regierung auf Teamfähigkeit verpflichtet. Im Rahmen dieses Verständnisses ist es kontraproduktiv, die Regierungspolitik in grüne und sozialdemokratische Teilpolitiken auseinanderdividieren zu lassen.

*

Die Beschränkung der Linken in der SPD auf diese Stiländerung der Regierungspolitik und ihrer parlamentarischen Präsentation ist nicht hinreichend, ein rot-grünes Politikprojekt gesellschaftlich mehrheitsfähig zu machen.

Dazu ist die Gegnerschaft der neoliberalen Gemeinde zu fest verankert. Die hysterischen Reaktionen der Börse, der Jubel der „Dax-Gesellschaft“, die Verurteilung der Lafontaineschen Politikansätze, durch die Betonung der Binnennachfrage eine Balance zwischen Angebots- und Nachfragepolitik zu erzielen und durch das Einfordern fester Wechselkurse die Währungsspekulation zu erschweren, in der gesamten neoliberalen Medien- und Poli-

tikgemeinschaft im internationalen Maßstab verlangt eine größere Anstrengung. Dazu ist es erforderlich, die scheinbare Unvermeidlichkeit des neoliberalen Entwicklungsweges, der davon ausgeht, dass die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik im Zeichen der internationalen Finanzmärkte machtlos ist, in Zweifel zu ziehen.

Die rot-grüne Regierungspolitik befindet sich zudem im Hinblick auf zwei zentrale Ziele ihrer Politik: der wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als Kern der Gerechtigkeitspolitik und der ökologischen Energie- wende als Kern der Innovationspolitik, in einer selbst gestellten Konsens- fälle: sowohl beim Bündnis für Arbeit als auch beim Energiekonsens macht sich die Bundesregierung von der Kompromißbereitschaft der Wirtschaftsverbände abhängig und wird erpreßbar.

*

Linke Politik hat die Aufgabe, diese teilweise selbst herbeigeführte Abhängigkeit vom neoliberalen Mainstream gesamtgesellschaftlich aufzubrechen. Dazu bedarf es einer Strategie der „organisierten gesellschaftlichen Konfrontation“, indem Meinungsdivergenzen zum neoliberalen Entwicklungsweg deutlich artikuliert werden und eine alternative Entwicklungsperspektive aufgezeigt wird.

Im Bewußtsein, dass eine System- alternative zum Kapitalismus nicht auf der politischen Agenda steht, schlage ich vor, dem radikal ausbeuterischen Modell des Neoliberalismus das Modell der nachhaltigen Entwicklung der Weltökonomie konfrontierend entgegenzustellen.

- In der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht der nachhaltige Entwicklungsweg von der effizienten Verknüpfung der verschiedenen Politiken zu arbeitsplatzwirksamen regionalen Innovationsstrategien aus mit der Prioritätensetzung der Schaffung von Arbeitsplätzen in einem Spektrum, das neue Selbständigkeit genauso einbezieht wie öffentlich geförderte Arbeitsfelder. Dazu sind neue Typen von rechtlichen Rahmenseetzungen erforderlich.

- Die ökologische Erneuerung setzt auf steuernde Wirkung von Ökosteuern gekoppelt mit die Nachhaltigkeit fördernden Prozessen in der Arbeitswelt wie Öko-Audit, Qualitätszirkel, betriebliche Gesundheitsförderung, Prozeß- und Produktinnovationen.

- Nachhaltige Sozialstaatspolitik geht von einer Politik der Risikovermeidung im Vorfeld aus. Der Schlüsselbegriff ist Prävention und begleitende Unterstützung. Die Finanzierung der großen Lebensrisiken Krankheit, Invalidität, Altersarmut könnte durch Abgaben auf schädliche Stoffe und Produkte auf breitere Füße gestellt werden.

- Die Effizienz staatlichen Handelns kann durch dezentrale Organisation der Verantwortlichkeiten und zielbezogene Steuerungsmodelle der Qualitätsentwicklung und Evaluation gesteigert werden.

- Die Politik gegen globale Ökorkrisen und Armut in der Welt bedarf internationaler Vereinbarungen über Investitions-, Öko- und Sozialstandards.

Der Unterschied des Weges der Nachhaltigkeit zum neoliberalen Weg besteht in der Rekonstruktion des Primats der Politik in verschiedenen Politikfeldern gegenüber der Fixierung auf die wirtschaftsdominierte Standortlogik.

*

Gesellschaftliche Träger dieses Weges sind in allen Feldern engagierte Menschen und Initiativen. Sie wenden sich gegen eingefahrene Hierarchien in Unternehmen, in den „dachverbändlerischen“ korporatistischen Großorganisationen der Wirtschaft und Gewerkschaften, gegen zentralistisch-bürokratische staatliche Leistungssysteme. Sie versuchen sich als Nichtregierungsorganisationen national und international einzumischen. Daneben gibt es weiterhin öffentliche Protestansätze gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Spaltung der Gesellschaft, gegen ökologische Zerstörung, für andere Produkte und gesunde Ernährung. Oft reihen sich zukunftsorientierte Unternehmer in den anderen Politik- weg ein.

*

Mit der Parteinahme der Linken für diese Träger wandelt sich auch die Einordnung der Gruppen der Partei in „Traditionalisten“ und „Modernisierer“. Wenn die Linke zur Zukunftsfraction wird, werden die Modernisierer wie Clement und Hombach zu Partnern der ideologisch rückständigen Kapitalfraktionen.

*

Kurzum: die Alternative lautet neoliberale Spaltung oder effiziente solidarische und ökologische Politik für das Ganze - globalisiert versteht sich.

Herausgeber/Herausgeberinnen:
 Heinz Albrecht (Berlin) †
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl.)
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:
 Uta Biermann
 Stefanie Gerszewski
 Barbara König
 Ralf Krämer
 Dirk Meyer
 Reinhold Rünker
 Claudia Walthert
 Frank Wilhelmy
 Rainer Zugehör

Redaktionssekretär:
 Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Fresienstr. 26, 44289 Dortmund
 Telefon: 02 31 - 40 24 10 (Verlag)
 02 31 - 40 14 11 (Redaktion)
 Telefax: 02 31 - 40 24 16
 E-mail: verlag@spw.de
 redaktion@spw.de
 Internet: http://www.spw.de

Geschäftsführung:
 Olaf Schade
 Hans-Peter Schulz
 Joachim Schuster
 Alfred Vöges

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-
 (bei Bankeinzug DM 60,-)
 ermäßigtes Jahresabonnement
 für Schülerinnen, Studentinnen,
 Erwerbslose DM 55,-
 (bei Bankeinzug DM 52,-)
 Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613
 © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1999.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Ein Teil der Fotos in dieser Ausgabe unterliegt
 dem Copyright von www.arttoday.com

Internet: www.spw.de
 Gestaltet durch Koeln-Online
 und Markus Lauber

Titelfoto:
 Ralf Schmitz, Leverkusen

Satz und Gestaltung:
 Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:
 Nolte-Druck, Iserlohn
 1-3 Tausend, April 1999

INHALT

<i>Horst Peter</i> kurzum	2
MAGAZIN	
<i>Dieter S. Lutz</i> Der Krieg im Kosovo und das Versagen der Nato	4
<i>Frankfurter Kreis</i> Der Politikwechsel muß fortgesetzt werden!	5
<i>Andreas Babler</i> Jörg Haider – Der Mann aus dem Bärenthal	6
<i>spw-intern</i>	7
<i>Bettina Kohlrausch, Barbara König</i> „Netzwerke dürfen keine Hängematten sein!“ Feministische Zukunftsstrategien in der Diskussion	8
„SPD 2000 - NRW 2010“	9
<i>Robert Nitsche, Klaus Dräger</i> Aktionen gegen Erwerbslosigkeit in Europa	10
BONN APART	
<i>Burkhard Winsemann</i> „When the cat is away ...“	11
MIGRATIONS POLITIK	
<i>Matthias Lange, Kai Weber</i> Dagegen sein, dafür was tun? Die Migrationspolitik unter der neuen Bundesregierung	12
<i>Dirk Meyer</i> Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes und die Linke	16
<i>Felix Welti</i> Staatsbürgerrecht – Kapitulation oder Reform?	18
DRITTER WEG - WOHIN?	
<i>Stefanie Gerszewski</i> Dritter Weg – wohin? Einleitung zum Heftschwerpunkt	21
<i>Benjamin Mikfeld, Thomas Westphal</i> Die neue Mitte im Hochgeschwindigkeitsleerlauf	22
<i>Mechtild Jansen</i> Aufbruch – wohin? Bodo Hombachs „Politik der neuen Mitte“	28
<i>Klaus Dörre</i> Der dritte Weg und die deutsche Sozialdemokratie	32
<i>Uwe Wiedenried</i> USA: Die Fratze hinter dem Make-up des Jobwunders	38
SOLIDARITÄT ODER SPALTUNG?	
<i>Gisela Notz</i> Wi(e)der eine Neuauflage der Hausfrauenehe?	43
SOZIALISTISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT	
Diskussions- und Strategiepapier der Juso-Linken Umbrüche des Kapitalismus und Herausforderungen für eine Neue Linke	47
<i>Michael Krätke</i> Umbrüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft und die Perspektiven der Linken	53
EUROPA UND DIE LINKE	
<i>Kemal Bozay</i> Die Türkei zwischen politischer Krise und kurdischem Dilemma	57

Der Krieg im Kosovo und das Versagen Europas

von Dieter S. Lutz*

Die Bevölkerung bleibt nicht nur den Bomben der humanitären Retter ausgesetzt, sondern wird als Geisel der Rache und der Vergeltung gerade derjenigen ausgeliefert, die als „Völkermörder“ bekämpft werden.

1 Politik ist die Kunst des Möglichen. Krieg ist das Versagen der Politik. Im Falle des Kosovo war Krisenprävention über viele Jahre hinweg in aller Munde, blieb aber bloßes Lippenbekenntnis, wenn nicht sogar Heuchelei. Allein gelassen von Europa, hatte der gewaltfreie Widerstand der Kosovo-Albaner gegen die serbische Unterdrückung keinen bzw. nur geringen Erfolg. Erst als die soziale Verteidigung in den bewaffneten Kampf umschlug, erst als aus Freiheitskämpfern Terroristen wurden, erst als die Serben begannen, albanische Zivilisten zu massakrieren, erst als albanische Nationalisten drohten, um eines Großalbanien willen den gesamten Balkan in einen Krieg zu verwickeln, erst dann wachte Europa aus seiner Lethargie auf und zwang Serben und Kosovo-Albaner an den Verhandlungstisch von Rambouillet. Nur mit viel Glück hätte so – fünf vor zwölf – vielleicht noch ein Krieg vermieden werden können. Glück hat aber mit Politik, definiert als die Kunst des Möglichen, nichts zu tun. Geht es um das Leben von Menschen – seien es Serben, Kosovaren, OSZE-Beobachter oder deutsche Soldaten –, so verkommt die Spekulation auf Glück gar zur Verantwortungslosigkeit.

„Ich fühle mich wie Cassandra! Seit Jahren warne ich vor der Katastrophe im Kosovo!“ – Hans Koschnick, 28. März 1999.

Gegen Völkerrecht und Verfassung

2. Der Luftangriff der NATO gegen Jugoslawien ist vom Völkerrecht nicht gedeckt. Nach Artikel 2 Ziffer 4 der Charta der Vereinten Nationen in Verbindung mit Artikel 24, 39 und 40 ff UNCh liegt das Gewaltmonopol bei den Vereinten Nationen. Selbst die Völkermordkonvention vom 9. Dezember 1948 enthält keine Eingriffsbefugnis für Drittstaaten im Falle des Völkermordes. Eine Man-

datierung des Luftkrieges der NATO durch die UNO liegt nicht vor.

„Alle Mitglieder der (Vereinten Nationen) unterlassen ... jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete ... Androhung oder Anwendung von Gewalt.“ – Art. 2 Ziff 4 UNCh.

3. Der Luftangriff der Bundeswehr gegen Jugoslawien ist mit der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland nicht vereinbar. Er verstößt insbesondere gegen Artikel 26 Absatz 1 („Verbot eines Angriffskrieges“) und Artikel 25 Grundgesetz („Beachtung des Völkerrechts“). Angriff und Verteidigung sind Siegerdefinitionen.

„Wer in dieser Welt hat denn je behauptet, er treibe Kriegsrüstungen, um einen Angriffskrieg zu machen? Es hat noch niemand etwas anderes gesagt, als daß seine Kriegsrüstungen dazu dienen, einen Verteidigungskrieg vorzubereiten.“ – Carlo Schmid, Parlamentarischer Rat, 19. November 1948.

Verschärfung der humanitären Katastrophe

4. Wer in außerordentlichen Extremsituationen, zum Beispiel bei Völkermord, glaubt, nicht geltendem Recht, sondern Naturrecht bzw. seinem Gewissen folgen zu müssen, ist in besonderer Weise gemahnt, die Grundsätze der Erforderlichkeit und der Geeignetheit der Mittel sowie der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zu beachten und auch offenzulegen. Wer zum Beispiel meint, um der Menschenrechte willen militärischen Luftschläge durchführen zu müssen, darf nicht selbst die Verletzung der Menschenrechte uneteiligter und unschuldiger Menschen willentlich oder fahrlässig in Kauf nehmen. Wer ferner zur Vermeidung einer humanitären Katastrophe zum Mittel des völkerrechtlich und verfassungsrechtlich nicht sanktionierten Krieges greift, ist nur dann frei von persönlicher Schuld, wenn die Katastrophe auch wirklich verhindert werden kann, nicht aber dann, wenn sie durch den Krieg verschärft oder gar provoziert wird.

„Es gilt, die größte menschliche Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg zu verhindern.“ – NATO-Sprecher Jamie Shea, 28. März 1999.

5. Soll oder muß eine „humanitäre Katastrophe“ verhütet oder gestoppt werden, dürfen sich die Mittel und Maßnahmen keinesfalls auf „Bomben“ allein beschränken. Wie das Beispiel Kosovo eindringlich zeigt, ist es mit der doppelten Moral des Westens jedoch durchaus vereinbar, daß vor Beginn des Krieges die diplomatischen Vertretun-

gen geschlossen werden, alle Ausländer ausreisen, alle OSZE-Verifikateure das Land verlassen, ja sogar alle humanitären Einrichtungen, die lebensnotwendig für die Kosovo-Bevölkerung sind, ihre Arbeit einstellen und ebenfalls ausreisen. Zurück bleibt die Bevölkerung, um deren Willen in der Folgezeit bombardiert wird. Warum ist es selbstverständlich, daß ein abgeschossener US-Pilot sofort und unter großem Aufwand aus dem Land geholt und damit gerettet wird? Warum ist es dagegen völlig außerhalb der militärischen Strategie und der immer wieder repetierten Moral, auch die Zivilbevölkerung im Kosovo vor oder während der Bombardierung zu evakuieren? Die Bevölkerung bleibt nicht nur den Bomben der humanitären Retter ausgesetzt, sondern wird als Geisel der Rache und der Vergeltung gerade derjenigen ausgeliefert, die als „Völkermörder“ bekämpft werden.

Bei einem Umfang von vermutlich einer Million Menschen lägen entsprechende Evakuierungsmaßnahmen im übrigen strategisch, operativ und auch finanziell keinesfalls außerhalb des Leistbaren. Zu begrüßen ist deshalb die Einrichtung der Luft- und Seebrücke zur Rettung von Kosovo-Albanern durch die italienische Regierung. Diese Initiative kann allerdings nur ein erster Schritt sein, betrifft sie doch nur bereits ins Ausland geflüchtete Menschen.

„Der Völkermord ist begonnen.“ – Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping, 22. März 1999.

Vom Militärischen zum Politischen

6. Wer eine Evakuierung der potentiellen und tatsächlichen Opfer für abwegig hält, muß zumindest mit Blick auf die Folgen auch der eigenen Kriegsführung und um der Glaubwürdigkeit der eigenen Gewissensentscheidung willen für die unabdingbare Notwendigkeit von Krieg als ultima ratio Schutz zonen im Lande selbst einrichten, das heißt Bodentruppen einsetzen. Diese Bodentruppen selbst hätten keinen Kriegsführungsauftrag, sondern im echten Sinne des Wortes eine humanitäre Aufgabe: Rettung und Schutz von Zivilisten.

„Bonn sagt nein zum Einsatz zum Bodentruppen.“ – Medienmeldung 30. März 1999.

7. Wer, aus welchen Gründen auch immer, Krieg führt, muß die Eskalationsdominanz in seiner Hand halten. Diese beinhaltet nicht nur die Steigerungsfähigkeit der Maßnahmen, wie jetzt im Kosovo vorgeführt, sondern auch und vor allem die Chance, zu jedem Zeitpunkt des Geschehens einzuhalten. Diese Aussage ist eine militäri-

* Prof. Dr. Dieter S. Lutz ist Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

sche. Sie gilt aber insbesondere für Demokratien auch aus rechtlichen und humanitären Gründen. Im Kosovo dagegen läuft eine Eskalation ab, die den Gesetzen der „Durchschlagseffizienz“ sowie der „Gesichtswahrung“ folgt und beiden Seiten keinen Spielraum für die Rückkehr vom Militärischen zum Politischen läßt. Initiativen der Vermittlung von Dritten, wie gegenwärtig die des russischen Ministerpräsidenten Primakow, sind deshalb dringend erforderlich und vorbehaltlos zu unterstützen. Gegebenenfalls müssen weitere, zum Beispiel des Papstes oder des UN-Generalsekretärs folgen.

„Die NATO setzt ihre Luftschläge fort, bis Belgrad bereit ist, das Abkommen von Rambouillet zu unterschreiben!“

Auf seiner Tagung am 13.3.99 verabschiedete der Frankfurter Kreis der SPD-Linken folgende Erklärung.

1 Wir bedauern zutiefst den Rücktritt von Oskar Lafontaine. Er hat Vielen und in wichtigen Fragen der Partei Sicherheit gegeben, daß mit der Übernahme der Bundesregierung durch eine SPD-geführte Koalition ein wirklicher Politikwechsel stattfindet. Er war ein Garant für die Umsetzung sozialdemokratischer Positionen in der Bundespolitik und der EU. Er hat – auch durch seine Integrationsleistung – die Partei zu einem großen Wahlsieg geführt. Wir haben gleichzeitig Verständnis dafür, daß er die laufende Demontage seiner Person durch gezielte Indiskretionen nicht mehr ertragen wollte. Er war Zielscheibe massiver Kritik, weil er gegen den neoliberalen Irrweg der ausschließlich angebotsorientierten Politik auch die Nachfrageseite in die wirtschafts- und finanzpolitische Konzeption eingebracht und die Notwendigkeit internationaler Abstimmungen und Zusammenarbeit betont hat.

2. Wir stellen fest, daß die ökologische Steuerreform, der Ausstieg aus der Atomkraft, die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts sozialdemokratische Projekte sind. Ohne die Auseinandersetzung mit dem konservativen Lager und gegen den Widerstand der Interessengruppen sind diese Ziele nicht durchzusetzen. Es ist deshalb verfehlt, wenn jetzt einzelne Repräsentanten von einem Neuanfang reden. Vielmehr erwarten wir die Bereitschaft und Entschlossenheit der gesamten SPD, für diese Reformziele zu kämpfen.

3. Wir erwarten von unserem Bundeskanzler, daß er auch ohne Oskar La-

Für eine Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung

„Das Kind ist in den Brunnen gefallen.“ Europa hat es versäumt, zivile Vorsorge zu treffen. Gerade deshalb muß Europa sofort und unverzüglich beginnen, die Konsequenzen und Lehren aus dem Krieg im Kosovo und dem eigenen Versagen zu diskutieren. Soll die historische Chance, die sich mit der „Zeitenwende“ von 1989/90 ergeben hat, nicht völlig verspielt werden, muß die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Die Militärallianz NATO, deren Mitglieder nur ein Zehntel der Staatengemeinschaft dieser Welt ausmachen, geben über fünf Achtel der Weltmilitärausgaben aus. Es gelingt

fontaine seine gegenüber der SPD-Bundestagsfraktion gemachte Zusage einhält und den mit dem Wahlprogramm und der Koalitionsvereinbarung von Bundesparteitagen der SPD beschlossenen Kurs fortsetzt. Das gilt sowohl für die im Koalitionsvertrag für die Wahlperiode vereinbarten politischen Projekte als auch für den von der SPD akzeptierten Koalitionspartner. Der sozial-ökologische Umbau ist ein sozialdemokratisches Projekt, das ohne einen Politikwechsel nicht zu verwirklichen ist. Ein Richtungswechsel in der Führung würde erhebliche innerparteiliche Konflikte zur Folge haben und auf Dauer die Regierungsfähigkeit der SPD in Frage stellen.

4. Der Frankfurter Kreis besteht darauf, daß die SPD-geführte Bundesregierung den eingeleiteten Politikwechsel unbeirrt fortführt. Am 27. September haben wir von den Wählerinnen und Wählern den Auftrag erhalten, einen Politikwechsel einzuleiten. Wir haben deutlich gemacht, daß wir auf die soziale, ökonomische und ökologische Erneuerung setzen. Die rot-grüne Koalition hat damit begonnen, und es gibt keinen Anlaß, damit schon wieder aufzuhören. Der Wählerauftrag gilt weiter.

5. Wichtige Reformprojekte wie die ökologische Steuerreform, die gerechtere Gestaltung des Steuer- und Abgabensystems, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Gleichstellung der Frauen und insbesondere der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie der Krise auf dem Ausbildungsmarkt müssen im Zentrum der Regierungspolitik bleiben. Der energiepolitische Strukturwandel muß konsequent fortgeführt werden, neben dem Ausstieg aus der

ihr gleichwohl nicht, Völkermord und Krieg in Europa zu verhüten. Was Europa dringend braucht, ist ein regionales System Kollektiver Sicherheit, wie es auch das deutsche Grundgesetz in Artikel 24 GG will und wie es auch die UN-Charta als regionale Einrichtung vorsieht. Die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung ruht dann auf einer Rechtsordnung, besitzt ausreichende und effiziente Instrumente der friedlichen und zivilen Streitbeilegung, kann Aggressoren und Kriegsverbrecher verfolgen und vor Gericht stellen und besitzt militärische Erzwingungsmittel, die als ultima ratio nicht der politischen Willkür Tür und Tor öffnen, sondern Ordnungsrecht folgen und gegebenenfalls wieder herstellen.

Was Europa dringend braucht, ist ein regionales System Kollektiver Sicherheit, wie es auch das deutsche Grundgesetz in Artikel 24 GG will und wie es auch die UN-Charta als regionale Einrichtung vorsieht.

spw

Der Politikwechsel muß fortgesetzt werden!

Erklärung des Frankfurter Kreises

Atomenergie verstehen wir darunter den Bau einer Brücke ins Solarzeitalter. Dabei muß künftig stärker deutlich werden, daß das rot-grüne Projekt ein gemeinsames Projekt ist, das nicht mutwillig durch gegenseitige Schuldzuweisungen gefährdet werden darf.

6. Unser Land hat nach 16 Jahren konservativer Politik einen hohen Modernisierungsbedarf. Der Kernbereich unseres Reformvorhabens ist eine Wirtschaftspolitik, die sozialen und ökologischen Zielen verpflichtet ist und nicht einseitig von den Interessen großer Unternehmen dominiert wird. Die Gestaltung von Ökonomie und Technik ist angesichts der Internationalisierung der Märkte und des globalen Casinokapitalismus um so wichtiger geworden. Ohne den Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik wird weder die Arbeitslosigkeit abgebaut noch der ökologische Strukturwandel möglich.

7. Damit unsere Reformprojekte gegen den organisierten Widerstand mächtiger Interessengruppen durchgesetzt werden können, suchen wir das Bündnis mit allen reformorientierten gesellschaftlichen Gruppen, damit verstärkt sichtbar wird, daß unsere Politik im Interesse der großen Mehrheit der Menschen ist.

Der Kernbereich unseres Reformvorhabens ist eine Wirtschaftspolitik, die sozialen und ökologischen Zielen verpflichtet ist und nicht einseitig von den Interessen großer Unternehmen dominiert wird.

spw

Jörg Haider – Der Mann aus dem Bärental

Andreas Babler*

Kärnten hat gewählt. Anfang März wurde zum Urnengang für die Regionalwahlen aufgerufen und das Ergebnis war klar und eindeutig. Die Sozialdemokratie sowie die Volkspartei verloren deutlich und der einzige Sieger dieser Wahl heißt Jörg Haider.

Bereits vor den Landtagswahlen in Kärnten, vor allem aber seit dem 7. März, als die FPÖ in Kärnten 42% der Stimmen auf sich vereinen bzw. vereinnahmen konnte, wird diskutiert, ob der Bärenaler Jörg Haider nun Landeshauptmann von Kärnten werden kann, darf und soll, oder ob jene Parteien, die angetreten sind, um einen Landeshauptmann Haider zu verhindern, ihr Wahlversprechen nun auch einlösen.

Vorherrschend in dieser Diskussion sind zwei Argumente. Erstens: Die FPÖ hat mit 42% nicht die absolute Mehrheit, und somit auch nicht automatisch den Anspruch auf den Landeshauptmann, da immerhin, wenn wir jene, die gar nicht zur Wahl gegangen sind, ausblenden, 58%, und somit weit mehr als die Hälfte der Wählerinnen und Wähler, sich gegen einen Landeshauptmann Haider ausgesprochen haben. Zweitens: Der SPÖ fehlten anno dazumals, als sie nicht mehr den Landeshauptmann stellten, 600 Stimmen auf die absolute Mehrheit, und trotzdem schlossen FPÖ und ÖVP einen Pakt, und wählten aus ihren Reihen einen Landeshauptmann. Fazit daraus, was damals gegen die SPÖ gegolten hat, kann heute auch gegen die FPÖ gelten.

Was in all' diesen Überlegungen, die durchaus ihre Gültigkeit haben mögen, vergessen wird, ist die Person

und deren Partei, die nun Anspruch auf den Landeshauptmann stellt. Hier gibt es den 1991 vom Kärntner Landtag abgewählten Landeshauptmann Haider, der in einer Sitzung des Landtages von der ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich sprach. Hier gibt es den FPÖ-Obmann und Oppositionspolitiker Haider, der im Parlament die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nationalsozialisten, in denen Millionen Menschen gefoltert, gequält und ermordet wurden, als Straflager bezeichnete. Und hier gibt es jenen Haider, der mit großer Begeisterung vor Alt- und Neonazis auftritt und dabei vom Podium aus mitteilt, daß Mitglieder der ehemaligen Waffen-SS anständige Menschen mit Charakter seien. Hier gibt es auch ein Gerichtsurteil, welches bestätigt, daß jener, der sich nun anschickt, Landeshauptmann zu werden, als Ziehvater des Rechtsextremismus bezeichnet werden kann.

Kärnten ist anders!

Kärnten hat seine „besondere Geschichte“: Nach dem Ende des 2. Weltkrieges war in Österreich die sogenannte „Entnazifizierung“ propagiert worden. Sogenannt deshalb, da sie nur unzureichend bzw. in vielen Bereichen tatsächlich nicht umgesetzt wurde. Viele ehemalige Funktionäre der Nationalsozialisten behielten ihre öffentlichen Ämter und strömten auch in die verschiedensten Parteien. Mit einer einzigen Ausnahme, nämlich der Kommunistischen Partei, waren von diesem Prozeß alle Parteien betroffen. Die damals gegründete VDU (Vorläuferorganisation der heutigen FPÖ) war sicherlich die bedeutendste Partei in der Funktion einer „NAZI-Auffangplattform“.

Aber speziell in Kärnten strömten auch sehr viele ehemalige nationalsozialistische Funktionäre in die Sozialdemokratie. So läßt es sich auch erklären, warum noch oder gerade heute in den Berichterstattungen über Flügelkämpfe in der Kärntner Sozialdemokratie oft der Begriff des „nationalen Flügels“ auftaucht. Neben einer starken Verbindung zu rechtslastigen – als „traditionspflegerische“ Vereine bezeichneten – Organisationen wie Kameradschaftsbünde, ist auch anhand der jüngeren Kärntner Geschichte feststellbar, daß die dortige Sozialdemokratie schon während ihrer Regierungszeit einige Schwierigkeiten in der Lösungskompetenz bezüglich Minderheitspolitik hatte. Der Höhepunkt war sicherlich der Ortsta-

felkonflikt Anfang der 70iger Jahre. In den Dörfern und Städten mit slowenischem Bevölkerungsanteil wurden damals Ortstafeln mit zweisprachiger Beschriftung aufgestellt. Dies war ein Effekt der ersten Bundesregierung Bruno Kreiskys, der dieses „Integrationszeichen“ als klare Aufgabe der Sozialdemokratie formulierte. Es kam zu großen Protesten einzelner österreichisch-nationalistischer Bevölkerungsgruppen und schon damals wurden innerhalb der Kärntner Sozialdemokratie Stimmen gegen diese Maßnahmen laut.

Neben all diesen Tendenzen und Strömungen betreffend der SP-Kärnten, gibt es auch als Erklärung für die heutige Situation natürlich gesellschaftliche Faktoren. Hohe Arbeitslosigkeit, die höchste Verschuldung aller neun Bundesländer sind nur einige Tatsachen. Die Kärntner Sozialdemokratie verlor auch und vor allem deshalb, weil viele Kärntnerinnen und Kärntner unzufrieden waren und sind.

Während in den Bundesländern Tirol und Salzburg der Trend der FPÖ halbwegs gebremst wurde, wählte die Kärntner Bevölkerung überdurchschnittlich stark die FPÖ und vor allem Jörg Haider. Der „Mann aus dem (Kärntner) Bärental“ verkörpert „ihren“ Politiker, den Mann fürs Volk, nahe, einfache Sprache, halt einfach einer von ihnen – ein echter Kärntner. Längst vergessen scheinen alle Äußerungen, die 1991 zu seiner Abwahl als Landeshauptmann geführt hatten, die Skandale der FPÖ im vergangenen Jahr, die Steuerhinterziehungsverdächtigungen, die Prüfungen auf illegale Schwarzarbeiter im Haider-Forstgut Bärental, usw...

Die Bundespolitik

Nach dem 7. März brannte in den Parteizentralen der Hut. Offiziell hieß es aus beiden Parteizentralen (SPÖ und ÖVP), ihre Kärntner Regionalparteien hätten autonom zu entscheiden. Es wird keine Einmischung, keine Empfehlung oder Ratschläge an die Landesparteien geben.

In der Kärntner Sozialdemokratie rumorte es. Der Parteivorsitzende und Landeshauptmannkandidat Michael Ausserwinkler trat noch am Wahlabend zurück und die Taktik für die Landeshauptmannwahl, welche durch die Landtagsabgeordneten durchgeführt werden muß, stand auf der Tagesordnung. Vereinfacht gesagt standen sich der Reformflügel und der nationale Flügel gegenüber.

Die Kärntner VP verkündete nach einer längeren internen Debatte, daß sie die Wahl Haiders nicht blockieren werde. Der Weg für Jörg Haider zum Landeshauptmann scheint nunmehr frei.

* Andreas Babler ist Verbandssekretär der Sozialistischen Jugend Österreichs und lebt in Wien

Die Bundespartei beordnete den Interimslandesvorsitzenden nach Wien und danach war alles klar: Die Linie der Bundespartei; auf keinen Fall mit der Haider-FPÖ zusammenzuarbeiten, hatte sich durchgesetzt. Viktor Klima hat anscheinend ein Machtwort gesprochen. Die Bundes-SPÖ ist seit der Regierungszeit von Franz Vranitzky bis jetzt auf diese, meines Erachtens richtige und notwendige, politische Herangehensweise eingeschworen.

Die Kärntner Sozialdemokratie schickt nun ihren eigenen Kandidaten ins Rennen um den Landeshauptmann, der allerdings keine Mehrheit im Regionalparlament finden wird. Haider wird nicht gewählt. Die Kärntner VP verkündete nach einer längeren internen Debatte, daß sie die Wahl Haiders nicht blockieren werde. Der Weg für Jörg Haider zum Landeshauptmann scheint nunmehr frei.

In Österreich stehen heuer Parlamentswahlen auf dem Programm. Ursprünglich befand sich die Sozialdemokratie in einem Stimmungshoch, resultierend weniger aus einem

guten Programm, vielmehr zugespitzt auf einen Personenwahlkampf für Viktor Klima. Verstärkt wurde dieses Hoch noch durch die Skandale rund um bzw. innerhalb der FPÖ. Obwohl die Sozialdemokratie in Tirol gering und in Salzburg stark dazugewann, ist in der öffentlichen Diskussion fast nur eines übriggeblieben: Die Kärntner Landtagswahl präsentierte Jörg Haider wiederum als Sieger und scheint alles andere wieder in die Nebensächlichkeiten rücken zu lassen. Die Wahlen zum österreichischen Parlament werden nun voraussichtlich erst im Herbst stattfinden.

Zukunft der FPÖ – Aufgaben der SPÖ

Viele Spekulationen rund um die Zukunft der FPÖ sind nun in vollem Gange. Wenn Haider nicht Spitzenkandidat für die Parlamentswahlen ist, wird die FPÖ dadurch verlieren? Kann Haider als eventueller Landeshauptmann auch genug Akzente in der Bundespolitik setzen? Welche Themen besetzt die Sozialdemokratie? Wie geht sie zukünftig mit der FPÖ um (mögliche ÖVP-FPÖ Koalition)?

Die Problematik betreffend dem Umgang mit Jörg Haider im Falle Kärntens ist nun hoffentlich geklärt.

Die Antwort auf diese Frage, ob nun dieser Mensch mit seinem schwach ausgeprägten Verständnis der österreichischen Geschichte Landeshauptmann in Kärnten werden soll, bzw. darf, oder nicht, kann, auch wenn die in Österreich generell, und in Kärnten ganz besonders, nur mäßig vorhandene Aufarbeitung unserer Geschichte berücksichtigt wird, oder vielleicht gerade deshalb, nur ein klares NEIN, ohne wenn und aber sein.

Selbiges muß auch auf Bundesebene gelten. Neben einer formellen Abgrenzung muß die Sozialdemokratie allerdings auch dementsprechend einen Politikwechsel einleiten. Nicht umsonst wählen viele Arbeiterinnen und Arbeiter die FPÖ. Sie sind unzufrieden. Die Sparpakete der sozialdemokratisch-geführten Regierung der vergangenen Jahre sind nicht vergessen. Die Angst um den Arbeitsplatz steht im Vordergrund. Die SPÖ muß Lösungen zu vielen Fragen anbieten, nicht nur ein unbestimmtes reines Anti-FPÖ Profil.

Die Angst um den Arbeitsplatz steht im Vordergrund. Die SPÖ muß Lösungen zu vielen Fragen anbieten, nicht nur ein unbestimmtes reines Anti-FPÖ Profil.

spw

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

• Die *spw-Frühjahrstagung 1999* wird am Samstag, 24.04.99, in Hannover stattfinden. Aus gegebenem Anlaß soll eine ausführliche Debatte zur Lage der Sozialdemokratie und den Perspektiven der Linken im Mittelpunkt stehen. Dazu dienen auch die Beiträge in diesem Heft als Diskussionsgrundlagen. Der ursprünglich als Schwerpunkt geplante Themenkomplex Internationales und Friedenspolitik soll am Nachmittag diskutiert werden. Am Sonntag, 25.04.99, wird eine Vereins- und Gesellschaftsversammlung der spw stattfinden. Anreise ist bereits am Freitag möglich. Weitere Informationen und Anmelde-möglichkeit bei der spw-Redaktion.

• Der bisherige Mitherausgeber der spw, *Andreas Wehr*, hat diese Funktion niedergelegt, weil er bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni diesen Jahres auf der Liste der PDS kandidieren wird. Er war bereits im Oktober letzten Jahres aufgrund ihrer Zustimmung zum Kososvo-Einsatz der Bundeswehr aus der SPD ausgetreten (vgl. seinen Beitrag in spw 6/98).

• Auch aus der Redaktion sind zwei ihrer bisherigen Mitglieder ausgetreten, allerdings nicht aus politischen Gründen. Die eine ist *Mirja Düwel*, die der Redaktion seit Anfang 1998 angehörte. Der andere ist *Joachim Schuster*, der seit 1995 für die Redaktion v.a. europäische Fragen bearbeitete. Er scheidet wegen Arbeitsüberlastung aus, die sich durch seine Kandidatur

für die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft im Juni noch verstärken wird. Vielen Dank für die geleistete Arbeit.

• Auf ihrer Klausurtagung am 07.02.99 hat die Redaktion auch eine neue *Planung der Heftschwerpunkte für 1999* vorgenommen. Das nächste Heft soll sich mit Fragen der internationalen Politik beschäftigen, Heft 4/99 mit Geschlechterfragen, Heft 5/99 mit Problemen kommunaler Politik, und Heft 6/99 mit Entwicklungen des politischen und Parteiensystems. Wer dazu Anregungen oder Artikelangebote hat, sollte sich bei der Redaktion melden.

• Am 16.-18.04.99 führen die Bürgerinitiative für Sozialismus, die Zeitschriften Sozialismus und spw und Professoren/Dozenten der Gesamthochschule Kassel gemeinsam einen *Kongreß „Jahrhundertbilanz Sozialdemokratie“* durch. Auf der Basis von Referaten und Einleitungsbeiträgen soll im Plenum und in 7 Arbeitsgruppen ein „Blick zurück nach vorn“ versucht werden, um für die Auseinandersetzungen heute und morgen zu lernen. Weitere Informationen bei der spw-Redaktion.

Die spw-Redaktion

„Netzwerke dürfen keine Hängematten sein!“

Feministische Zukunftstrategien in der Diskussion

von Bettina Kohlrausch und Barbara König*

Am ersten Internationalen Frauentag nach der rot-grünen Wende war wieder Kampfesgeist angesagt. Bei einer Diskussionsveranstaltung im Bonner Frauenmuseum war vor allem unter jungen Frauen der Gesprächsbedarf groß. Unter dem Motto „Anders Arbeiten – Anders Leben“ hatten das Netzwerk „women in red“, der Juso-Landesverband NRW und die Zeitschrift spw eingeladen, weil sich an der Frage der Integration von Frauen in das Erwerbsleben nach wie vor deren Gleichberechtigung entscheidet. An der Diskussion teilgenommen haben

Annelie Buntenbach: „Bei der Regelung der 630-DM-Jobs blieb der Regierung – wie schon sooft – nur die Wahl zwischen Gesichtsverlust und Politikverzicht. Das Kanzleramt entschied sich, das Gesicht zu wahren!“

Annelie Buntenbach (MdB, Bündnis 90/Grüne), Bettina Kohlrausch (Jusos, Netzwerk „women in red“), Hanne E. Pollmann (Netzwerk „Frauen wollen eine andere Politik“) und Uta C. Schmidt (Frauenforscherin). Moderiert wurde die Diskussion von Svenja Schulze (MdB, SPD).

Im folgenden werden die zentralen Diskussionslinien dargestellt:

Was hat die rot-grüne Regierung bislang für Frauen geleistet?

Allgemeine Einschätzung war, daß durch den Regierungswechsel Spielräume für feministische Politik geschaffen worden sind, deren Größe aber auch davon abhängen wird, wie Frauen sie für sich nutzen. Ein Beispiel dafür war die Debatte um eine angemessene Präsenz von Frauen in Regierungsämtern,

die zu Zeiten der konservativen Regierung gar nicht erst möglich gewesen wäre. Es ist durchaus denkbar, daß diese Auseinandersetzung zum Erfolg geführt hätte, wäre die positive öffentliche Resonanz im Vorfeld professioneller genutzt worden.

Ein weiteres Beispiel für die frauenpolitische Ambivalenz der Regierungsprojekte ist das von Christine Bergmann initiierte Aktionsprogramm „Frau und Beruf“, das u.a. ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft, Ausbildungsförderung für Mädchen und eine Teilzeittoffensive vorsieht. Während der Versuch, mit dem Gleichstellungsgesetz von staatlicher Seite auf die Privatwirtschaft Einfluß zu nehmen, von den Diskutantinnen als sehr positiv bewertet wurde, gab es einhellige Kritik an der Teilzeittoffensive: Auch wenn die geplante Rückkehrgarantie auf einen vollen Arbeitsplatz die Situation für einige Frauen verbessert, ändert die Reform nichts an der geschlechtsspezifischen Segmentierung des Arbeitsmarktes. Auch sozial abgesicherte Teilzeitarbeit zementiert die Tatsache, daß die Vereinbarkeit von Produktion und Reproduktion den individuellen Strategien von Frauen überlassen wird. Nachweislich weichen hauptsächlich Frauen auf Teilzeitarbeitsplätze aus, um ihre Erwerbstätigkeit mit der Führung eines Haushaltes bzw. der Erziehung von Kindern vereinbaren zu können.

Am deutlichsten wurde das Dilemma zwischen Gesichtsverlust und Politikverzicht bei der Debatte um die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung, die durch öffentliches Kanzlerwort zuungunsten von Frauen

Uta Schmidt: „Es geht auch um die Schaffung einer positiven Tradition von Frauenarbeit: Während die Kohlekumpel immer noch einen sozialromantischen Arbeitsmythos aus dem 19. Jahrhundert bemühen, bleibt Frauenarbeit weitgehend unsichtbar!“

beendet wurde. Noch ehe sich Frauenverbände und Gewerkschaften als Akteure in Stellung bringen konnten, wurden sie von Schröder auch schon auf die Zuschauerbänke verwiesen.

Diese Neuregelung der 630-DM-Jobs, die vor allem zu Lasten der Frauen geht, macht deutlich, daß auch eine rot-grüne Bundesregierung auf den Ausbau eines Niedriglohnssektors zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit setzt, anstatt eine Offensive für mehr Beschäftigung zu starten. Eine eigenständige Existenzsicherung von Frau-

en wird nicht erreicht – im Gegenteil schreibt diese Regelung die Rolle der Frau als Zuverdienerin zum Einkommen des Mannes auf lange Zeit fest.

Arbeitszeitverkürzung als politische Strategie?

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wurde übereinstimmend als wichtigste Strategie zur Integration von Frauen in das Erwerbsleben genannt. Allerdings birgt diese Strategie solange Gefahren in sich, wie sich die Diskussion auf individuelle Strategien – z.B. Flexibilisierungsmodelle und Teilzeitarbeit – beschränkt. Kollektive Arbeitszeitverkürzung ist sicherlich die effektivste Methode zur Beschäftigungssicherung und Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Andererseits muß aber zur Kenntnis genommen werden, daß die Entwicklung zunehmend pluralisierter Lebensentwürfe auch unterschiedliche

Bettina Kohlrausch: „Es ist gut, daß sich junge Frauen nicht mehr benachteiligt fühlen. Das ist doch ein Erfolg der Frauenbewegung, an dem wir heute anknüpfen müssen!“

(Arbeits-)Zeitbedürfnisse zur Folge hat. Die Diskussion um die Flexibilisierung von Arbeitszeit muß insofern die Ansprüche von ArbeitnehmerInnen und nicht die Anpassung an betriebliche Bedürfnisse in den Vordergrund stellen. Auch Tarifverhandlungen müssen spezielle Regelungen zur Arbeitszeitflexibilisierung einschließen, welche die besonderen zeitlichen Belastungen von Beschäftigten mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen berücksichtigen.

Bezweifelt wurde allerdings, ob die Arbeitszeitverkürzung auch eine sinnvolle Strategie ist, um die Integration von Männern in die Haus- und Familienarbeit voranzutreiben. Zwar seien nach einer neuen Studie aus dem NRW-Frauenministerium 78% aller Männer bereit, im Haushalt und bei der Kindererziehung mitanzupacken. Die Praxis – z.B. der männlichen Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubes – spricht jedoch eine andere Sprache.

Feministische Strategien müssen über die Chancen rot-grüner Politik hinausweisen!

Unsicherheit herrschte bei der Frage, mit welchen Strategien feministische Politik innerhalb und außerhalb der Bundesregierung vorangebracht werden könne. Frauen haben in der Re-

* Bettina Kohlrausch, Bonn, 23 Jahre, Studentin der Politikwissenschaften und stellv. Juso-Bezirksvorsitzende Mittelrhein; Barbara König, Bonn, 29 Jahre, Jugendbildungsreferentin der Jusos NRW, Mitglied der spw-Redaktion.

gierung und in den Fraktionen einen schweren Stand – zudem fehle eine starke Frauenbewegung, die Druck auf die rot-grüne Regierungspolitik ausüben könne. Wehmütig beklagten die älteren Frauen auf dem Podium, daß sich vor allem junge Frauen nicht mehr benachteiligt fühlten. Darüber hinaus definierte sich die Stellung von Frauen in der Gesellschaft nicht nur durch ihr Geschlecht, sondern auch über ihre soziale Situation, was breite Bündnisse erschwerte.

Schnell kam Frau zum Ergebnis, daß es eine einzige erfolgversprechende feministische Strategie nicht gibt. Die Voraussetzung für eine ergebnisorientierte Debatte ist jedoch, endgültig mit zwei Scheinwahrheiten zu brechen:

Erstens müssen wir endlich nachvollziehen, daß sich junge Frauen – auch als Ergebnis erfolgreicher Frauempolitik – selbst als stark und in weiten Teilen gleichberechtigt wahrneh-

men und immer weniger bereit sind, sich als Opfer von männlichen Repressionen zu begreifen. Für strategische Debatten heißt das, daß junge Frauen viel eher für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung zu gewinnen wären als Frauen, die bereits Mütter sind und ihre privaten Vereinbarkeitspro-

Hanne Pollmann: „Netzwerke dürfen keine Hängematten sein, wo wir uns gegenseitig bemitleiden! Wir müssen Druck machen, und ich habe an die Regierung auch die Erwartung, daß sie uns zuhört – das ist die wichtigste Änderung seit dem 27.9.98!“

bleme schnell, effektiv und individuell lösen müssen und wollen.

Zweitens müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß Frauen zwar aufgrund ihres Geschlechtes eine den Männern untergeordnete Position einnehmen,

daß sich ihre Erfahrung von Benachteiligung aber abhängig von sozialer Platzierung in der Gesellschaft, Erziehung etc. unterscheidet. Strategisch heißt das, daß die oft von Mittelschichtsfrauen geforderte Abschaffung der geringfügigen Beschäftigung die davon betroffenen Frauen nicht erreichen wird, solange keine kurz- bis mittelfristigen Ersatzlösungen präsentiert werden.

Eine moderne feministische Strategie muß daher – bei aller Ambivalenz – an Stärken und Ansprüchen von Frauen ansetzen und diese zum Kriterium für eine neue Politik machen.

Insgesamt gab es im Bonner Frauenmuseum eine lebhaft diskutierte Beteiligung aus dem Publikum. Als Ergebnis blieb – trotz aller Enttäuschungen – die Hoffnung auf größere Spielräume für feministische Politik und die zurückgewonnene Entschlossenheit, diese auch zu nutzen. spw

„SPD 2000 – NRW 2010“

Nach fast zwei Jahrzehnten hat die SPD von den WählerInnen den Auftrag erhalten, wieder eine soziale, gerechte und innovative Politik zu gestalten. Diese Chance werden wir vor allem dann nutzen können, wenn die SPD eine lebendige Programmpartei wird. Nur so können die zentralen Antworten des nächsten Jahrhunderts entwickelt und umgesetzt werden.

Dies gilt um so mehr für Nordrhein-Westfalen, wo die Sozialdemokratie seit mehr als dreißig Jahren Regierungspartei ist und sich so manche personelle und inhaltliche Abnutzungserscheinung zeigt. „SPD 2000 – NRW 2010“ soll ein Angebot zum programmatischen und personellen Aufbruch für Nordrhein-Westfalen und seine Sozialdemokratie sein. Es geht darum, Konzepte für eine demokratische und soziale Politik in Nordrhein-Westfalen und seinen Kommunen zu entwickeln. Wir möchten mit mehreren Veranstaltungen in diesem Jahr zu einer breiten Diskussion einladen. Wir wollen

- für eine linke Volkspartei SPD streiten,
- ausstrahlungsfähige Projekte im Interesse der Menschen entwickeln,
- WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und andere interessierte Menschen für die Arbeit an gemeinsamen Konzepten gewinnen.

Uns soll beides gelingen: Visionen entwickeln und praktisch umsetzen. Hierfür brauchen wir viele Köpfe und Hände! In 1999 sind folgende Veranstaltungen geplant:

„Moderner Staat – gerechte Gesellschaft“, 5. Juni 1999

Die Verwaltungsreform ist in NRW das beherrschende Thema dieser Tage. Perspektivisch wollen wir aber unser Verständnis von einem modernen Staat entwickeln. Das Vertrauen der BürgerInnen in den Staat kann nur zurückgewonnen werden, wenn übermäßige Bürokratie und Bevormundung durch Transparenz und Bürgernähe ersetzt werden. Die Diskussion kreist dabei nicht um „zu viel oder zu wenig Staat“, sondern um die effiziente Umsetzung notwendiger staatlicher Aufgaben im Interesse der Menschen.

„Demokratische Strukturpolitik contra Standortpolitik“, 14. August 1999

Die Standortpolitik der letzten Jahre, die auch die SPD immer mehr vertritt, stößt an ihre Grenzen. Gerade in den Regionen und Kommunen müssen Bedingungen entstehen, die einen nachhaltigen Strukturwandel ermöglichen und von ruinösem Standortwettbewerb befreien. Ansätze der regionalen Strukturpolitik aus den 80er

Jahren müssen hierzu weiterentwickelt und abgestimmt werden.

„Die Zukunft der Arbeit“, 23. Oktober 1999

Die Arbeitsgesellschaft steckt in tiefen Umbrüchen. Die Massenarbeitslosigkeit entzieht dabei einem leistungsfähigen Sozialstaat die Grundlage. Die konservative Antwort besteht in einem Abbau sozialer Leistungen. Eine linke Antwort kann nur in einem neuen Zusammenspiel von Sozialstaat und Arbeitswelt bestehen. Neue Konzepte sollen hierzu diskutiert und in Bezug zur aktuellen Politik in NRW gesetzt werden.

EinladendeInnen: Frank Baranowski (Mdl), Friedhelm Julius Beucher (MdB), Marc Jan Eumann (Mdl), Sebastian Jobelius (Juso-Vorsitzender NRW), Ina Meise-Laukamp (Mdl), Jürgen Schmitter (GEW-Vorsitzender NRW), Svenja Schulze (Mdl), Monika Simshäuser (OB-Kandidatin SPD Hamm), Christoph Strässer (SPD-UB-Vorsitzender Münster), Gisela Walsken (Mdl), Christoph Zöpel (MdB).

Weitere Informationen bei Jusos NRW, Barbara König, Elisabethstr. 3, 40217 Düsseldorf, Tel. 0211-3842626, oder bei Svenja Schulze Mdl, Feldstr. 10, 45525 Hattingen, Tel. 02324-53956 oder 0211-8842665.

Aktionen gegen Erwerbslosigkeit in Europa

von Robert Nitsche und Klaus Dräger*

Einen „New Deal“ für Europa und eine starke Beschäftigungspolitik der EU forderten die 800 TeilnehmerInnen der „Zweiten Versammlung für Vollbeschäftigung“ am 4. und 5. Februar in Brüssel. VertreterInnen von Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und NGOs aus ganz Europa kamen zusammen, um Alternativen zur derzeitigen Beschäftigungsstrategie der EU öffentliches Gehör zu verschaffen.

Forderungen der „Zweiten Versammlung für Vollbeschäftigung“

Vollbeschäftigung ist nach Auffassung der Versammlung durchaus wieder erreichbar. Allerdings ist die Form von Vollbeschäftigung, die es in den sechziger Jahren gab, heute weder wünschbar noch machbar. Sie baut auf der Idee des männlichen „Familienernährers“ in einer „Lebenstellung“ auf. Vollbeschäftigung heute kann nur auf real gleichen Chancen für beide Geschlechter aufbauen. Flexible Arbeitsformen lassen sich bei vorhandenem politischem Willen arbeitnehmerfreundlich gestalten, so läßt sich den Texten der Versammlung entnehmen.

Die Leitlinien der Europäischen Union für ihre gemeinsame Beschäftigungsstrategie wurden auf der Versammlung heftig kritisiert. Sie seien immer noch zu sehr von neoliberaler Rhetorik und heißer Luft geprägt. Der für Juni geplante Beschäftigungspakt der EU sollte verbindlichere Ziele und

einschneidendere Maßnahmen beinhalten, so meinten viele TeilnehmerInnen.

In der Abschlusserklärung fordert die Versammlung vor allem Staaten und Tarifparteien auf, die Arbeitszeit deutlich zu verkürzen. Außerdem sollten Beschäftigungspotentiale in Bereichen gesellschaftlich sinnvoller Arbeit durch Zuschüsse besser genutzt werden. Nicht gewinnorientierte wirtschaftliche Initiativen, Sozialwirtschaft und der Dritte Sektor werden als besonders wichtig hervorgehoben. Auch von einem verstärkten Umweltschutz erwartet sich die Versammlung Arbeitsplatzgewinne. Und die legale Steuerflucht vieler Unternehmen soll durch eine eng abgestimmte EU-Steuerpolitik unterbunden werden. Gefordert wird außerdem eine Umverteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Erwerbslosen und Arbeitenden, aber auch zwischen den Geschlechtern.

Veranstaltet wurde die Versammlung vom „Europäischen Aufruf für Vollbeschäftigung“, einer Gruppe europäischer und nationaler Abgeordneter und anderer Persönlichkeiten der öffentlichen Lebens aus vielen EU-Staaten. Vor allem ein Teil der Sozialdemokratischen, Grünen und der Vereinigten Linken Europafractionen sind in der Initiative aktiv. Der ursprüngliche Aufruf für Vollbeschäftigung war 1996 von über 300 Parlamentarier(inne)n aus allen EU-Staaten unterzeichnet worden.¹

Euromärsche 1999

Rund 700 TeilnehmerInnen aus vielen Ländern Europas kamen am 23./24. Januar 1999 in der Kölner Universität zusammen, um gemeinsam die politischen Forderungen und Aktivitäten der „Euromärsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Ausgrenzung“ rund um den Kölner EU-Gipfel zu diskutieren. Die Euromarsch-Bewegung stößt auf wachsendes Interesse insbesondere in Italien, Frankreich und Spanien und bringt GewerkschafterInnen, StudentInnen, Erwerbslose, Flüchtlinge und MigrantInnen quer durch Europa zusammen. Zu den Aktionen der Euromärsche in Köln rufen inzwischen auch europäische Gewerkschaftsverbände auf, unter ihnen CGT, FO und SUD aus Frankreich, die CGT aus Spanien, Sin Cobas aus Italien, der griechische Gewerkschaftsbund sowie ÖTV und NGG aus Deutschland.

Im Mittelpunkt der Euromärsche stehen Forderungen nach deutlicher Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Arbeit in Europa, nach Gleichstellung von Frauen, einem garantierten Mindesteinkommen, neuen sozial und ökologisch nützlichen Arbeitsplätzen und eine Absage an den europäischen Rassismus und die Abschottungspolitik der „Festung Europa“.

Wie 1997 beim „Sternmarsch auf Amsterdam“ sollen auch 1999 aus verschiedenen europäischen Ländern Märsche und Züge nach Köln aufbrechen, z.B. eine Fahrradtour von Prag aus und ein „Balkanzug“ von Griechenland. Vom 25. bis 29. Mai 1999 wird ein Marsch von Brüssel nach Köln stattfinden, an dem sich Delegationen aus Spanien, Frankreich, Belgien und Deutschland beteiligen.

Aktionen und Demonstrationen zum EU- und G8-Gipfel in Köln

Dieser Marsch mündet am 29. Mai in eine europäische Großdemonstration der Euromärsche in Köln. Parallel zum EU-Gipfel finden in Köln „Gegengipfel“ mit Workshops zu diversen Themen (Frauen, Umwelt, Weltwirtschaft, Bildung, Fachtagung zu Flucht und Migration etc.) vom 30. Mai bis 2. Juni 99 statt. Die Euromärsche konzentrieren sich auf ein „Europäisches Parlament der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten“, das aus lokalen Delegierten von Gewerkschaften, Erwerbslosenverbänden und Sozialinitiativen zusammengesetzt ist. Es soll eine „Europäische Charta“ gegen Erwerbslosigkeit und ungeschützte Beschäftigung erarbeiten. Das „Parlament“ will außerdem darauf hinwirken, daß die EU-Regierungschefs eine Delegation aus seinen Reihen zu einem Gespräch über die Forderungen der Erwerbslosen empfangen.

Die Euromärsche unterstützen ebenfalls den Gegengipfel und die Demonstration zum Kölner Weltwirtschaftsgipfel (G8) am 19. Juni 1999.

Kontakt und weitere Informationen zur „Kölner Kampagne“ der Euromärsche: Bundesbüro Euromarsch, Körnerstr. 69, D-50823 Köln, Tel.: 0221 – 95 2000 8, Fax: 0221 – 95 200 77, E-Mail: koeln99@gmx.net spw

¹ Die Abschlusserklärung und weitere Informationen sind erhältlich im Büro des Europaabgeordneten Frieder Otto Wolf (Grüne): 00322-2842680, Fax 00322-2844969, email fwolf@europarl.eu.int

Die Euromärsche 1999 münden am 29. Mai in eine europäische Großdemonstration in Köln. Parallel zum EU-Gipfel finden in Köln „Gegengipfel“ mit Workshops zu diversen Themen statt.

* Robert Nitsche, Brüssel, und Klaus Dräger, Köln, sind Mitarbeiter des grünen Europaabgeordneten Frieder O. Wolf

„... the mice dance on the table.“ Kaum hatte Oskar Lafontaine seinen Rücktritt erklärt, witterten die Wirtschaftsflügel der Koalition ihre zweite Chance. Fröhlich traten sie in den schon zu schwarz-gelben Zeiten so beliebten Wettstreit ein: „Wer bietet die niedrigsten Steuersätze?“

Nachdem schon vor Wochen eine aus dem Kanzleramt lancierte Meldung über einen Unternehmenssteuersatz von etwa 25% ein Steinchen im Mosaik der gegen Oskar Lafontaine gerichteten Indiskretionen war, wurden ab dem 12. März lebhaft neue Zahlen ins Gespräch gebracht – von den üblichen Verdächtigen. Während Wirtschaftsminister Müller noch nebulös mit Unternehmenssteuersätzen zwischen 25 und 35% vorpreschte, glaubte der zuletzt auf Landesebene so erfolgreiche Wolfgang Clement sich mit der Forderung nach einem Spitzensteuersatz für gewerbliche Einkünfte von 28% profilieren (und sich damit implizit von der einheitlichen Unternehmenssteuer distanzieren) zu müssen.

Grün angepinselter Neoliberalismus

Grünen-Fraktionschef Schlauch meint, nach dem nachfragepolitischen Intermezzo mit Lafontaine sei es nun wieder an der Zeit, sich der Angebotsseite zuzuwenden. In Steuersätzen ausgedrückt sind dies, folgt man der Finanzausschußvorsitzenden Christine Scheel, schwer rekordverdächtige 23%, während SPD-Fraktions-Oberökonom Bury mit der unverbindlichen Forderung nach deutlichen Nettoentlastungen für die Unternehmen heuer beinahe gemäßigt daherkommt.

Für Teile der Grünen geht es nach Lafontaines Rücktritt offensichtlich darum, sich prophylaktisch als die bessere FDP zu profilieren. Sie wollen den Blaugelben zuvorkommen, wenn die SPD sich, wie verschiedentlich herbeigeschrieben wurde, in sozialliberaler Richtung umorientieren sollte. Dies dokumentiert ein von neun Fraktionsmitgliedern unterzeichnetes Diskussionspapier¹, das sich nicht nur steuerpolitisch (und hier eher vorsichtig) nach rechts von der Koalitionsvereinbarung absetzt, sondern sich besonders durch das Eintreten für einen Niedriglohnsektor als grün angepinselter Neoliberalismus ausweist.

Unterdessen orakelt Jürgen Trittin im Stern über schwarz-grüne Zusammenarbeit (relativiert dies aber noch

zwischen Vorab- und ordentlicher Veröffentlichung), weil SPD und CDU ohnehin nicht mehr unterscheidbar seien. Die Grünen seien nach Lafontaines Abgang die einzige Partei, die noch ein sozialökologisches Refromprofil habe. Ob das als Versuch einer Öffnung nach rechts oder als Provokation gemeint war, die die Grünen vielmehr zur Besetzung der vermeintlich rechts von der SPD freiwerdenden Räume animieren soll, bleibt offen. Ganz offensichtlich aber hat die neue Lage zunächst einmal die Strategiedebatte der Grünen belebt.

SPD im Vakuum zwischen zwei Finanzministern

In der SPD hingegen ist Ruhe erste Bürgerpflicht. Nichts wird sich ändern, wenn Gerhard Schröder Parteivorsitzender ist, von Richtungswechsel keine Spur, lautet die Devise. Wer sich, in welche Richtung auch immer, bewegt, wird von Peter Struck zusammengefaltet. Natürlich läßt sich der Streit um die von Lafontaine verlassenen Claims nicht unterbinden, er wird nur auf kleiner Flamme gehalten.

Wer jetzt, im Vakuum zwischen zwei Finanzministern, steuerpolitische Pflöcke einzuschlagen versucht, tut dies nicht, weil man sich mit Entlastungsversprechen stets beliebt machen kann. An diesen Pflöcken soll später einmal jegliche arbeitnehmerorientierte Politik angeleint werden. Schon nach einer Woche scheint sich die Debatte nun auf die Alternativen Erhöhung der Mehrwertsteuer oder Ruin der öffentlichen Finanzen mit anschließenden Sozialabbaupaketen (getarnt durch die schon länger bekannte Hoffnung auf Selbstfinanzierungseffekte) zuzuspitzen.

Fast vergessen scheinen die schönen Wahlkampfzeiten, als die SPD mit Erfolg ihr Konzept von Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit vertrat und darauf beharrte, daß diese drei Topoi zusammengehören. Jetzt geben wieder die Hundts und Henkels den Ton an und warnen davor, die Belastungsgrenze der Wirtschaft zu testen.

Zwar versuchen einige Linke tapfer, den in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Kurs einer moderaten Rück-Umverteilung von oben nach unten zu retten. So wies der stellvertretende finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion und Sprecher des Frankfurter Kreises, Detlev von Larcher, darauf hin, daß eine niedrigere Effektivbesteuerung der Unternehmen abzulehnen sei und deshalb auch keine Gegenfinanzierung etwa

„When the cat is away ...“

von Burkhard Winsemann*

durch eine höhere Mehrwertsteuer erfordere, und daß zur Finanzierung der familienpolitischen Entlastung die Wiedereinführung der privaten Vermögensteuer am sinnvollsten sei. Aber die gefälligen Steuersenkungsparolen machen bislang mehr Wind.

Rückenwind für die Linke gibt es ausgerechnet von der OECD, die einmal die effektive Steuerbelastung von Körperschaften nachgerechnet hat. Im Zeitraum 1991-96 lag sie beispielsweise in Italien bei 75%, in Großbritannien bei 49% und auch in den USA noch bei 24%. Deutschland wird auch noch aufgeführt – mit 8%. Aber derart subversive Informationen bleiben in Bonn weithin unerhört.

An den steuerpolitische Pflöcken, die einige jetzt einzuschlagen versuchen, soll später einmal jegliche arbeitnehmerorientierte Politik angeleint werden.

spw

¹ Initiative für Investitionen, Arbeit und Umwelt, v. 16.3.1999

DURCHSCHNITTliche EFFEKTIVE KÖRPERSCHAFTSTEUERRATEN(1)			
	1980-85	1986-90	1991-96
Italien	56	51	75
Großbritannien	56	51	49
Japan	44	52	49
Frankreich	49	33	26
Belgien	41	26	26
USA	24	23	24
Niederlande	22	22	22
Deutschland (2)	13	11	8

(1) Durchschnittliche effektive Körperschaftsteuerraten sind berechnet als Steuern auf Einkommen, Gewinne und Kapitalerträge von Körperschaften plus periodische Steuern auf das Nettovermögen der Körperschaften dividiert durch den betrieblichen Überschuß (operating surplus) von Körperschaften und quasi-körperschaftlichen Unternehmen, in Prozent
 (2) Für die Jahre ab 1990 vereinigt Deutschland
 Quelle: OECD

* Burkhard Winsemann ist wiss. Mitarbeiter von Detlev von Larcher MdB

Dagegen sein, dafür was tun?

Die Migrationspolitik unter der neuen Bundesregierung

von Matthias Lange und Kai Weber*

Flüchtlinge und Migranten/innen sind in Deutschland unerwünscht. Dieser Satz gilt auch nach dem Regierungswechsel weiter: Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung und die ersten asyl- und migrationspolitischen Schritte der neuen Bundesregierung lassen kaum Raum für Hoffnung. Es scheint im Gegenteil ausgemacht, dass die rot-grüne Regierung auf eine gestaltende Migrations- und Flüchtlingspolitik weitgehend verzichten wird.

Zwar hat die neue Bundesregierung sich in der Koalitionsvereinbarung auf eine Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts von 1913 geeinigt. Diese überfällige Reform wird jedoch keine allgemeine Wende in der Flüchtlings- und Migrationspolitik einleiten, sie wird im Gegenteil als Argument zur Abwehr von Forderungen in Richtung auf eine Liberalisierung der rigiden Ausländer- und Asylgesetzgebung ins Feld geführt. Um die „Jahrhundertreform“ zum Staatsangehörigkeitsrecht nicht zu gefährden, seien – so hieß es – im Flüchtlingsbereich keine signifikanten Verbesserungen möglich.

Damit wird unter Rot-Grün nicht nur das Grenzregime des Herrn Kantscher ausdrücklich fortgesetzt. Auch das Asylbewerberleistungsgesetz, welches das Existenzminimum für Flüchtlinge rund 20% niedriger fixiert als das der Deutschen und erstmals bestimmten Flüchtlingsgruppen jeglichen Leistungsanspruch verweigert, bleibt unangetastet. Ebenso das generelle Arbeitsverbot für neue Flüchtlinge. Und mit rot-grünem Segen werden nunmehr auch Abschiebungen in Terrorstaaten wie z.B. Algerien exekutiert, wo bislang über 50.000 Menschen einem blutigen Bürgerkrieg zum Opfer fielen.

Flüchtlinge und Migranten/innen sind in Deutschland unerwünscht. Dieser Satz gilt auch nach dem Regierungswechsel weiter. Die überfällige Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ändert daran nichts.

* Matthias Lange ist Vorsitzender, Kai Weber ist Geschäftsführer des niedersächsischen Flüchtlingsrats



Unter dem Strich finden sich in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung zur Flüchtlings- und Migrationspolitik nur ein paar kümmerliche Reste: Eine Altfallregelung für langjährig im Bundesgebiet lebende Flüchtlinge soll kommen – das Vorhaben wurde von der Innenministerkonferenz am 25. Februar unter dem Eindruck der Kurdenproteste erst einmal um mindestens vier Monate verschoben. Eine „Härtefallregelung“ im Ausländergesetz soll diskutiert und das Flughafenverfahren sowie die Abschiebungshaft im Sinne des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes einer kritischen Überprüfung unterzogen werden – unverbindliche Absichtserklärungen mit absehbar negativem Ergebnis.

Von einer „Migrationspolitik“ der neuen Bundesregierung kann insofern keine Rede sein, eher schon von einem Politikverzicht. Dieser migrations- und asylpolitische Politikverzicht wird fatale politische Folgen haben, denn die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts geht Hand in Hand mit einer Befestigung der politischen, sozialen und materiellen Trennlinien gegenüber all jenen MigrantInnen und Flüchtlingen, die auch zukünftig nicht dazugehören

sollen. Das neue Staatsangehörigkeitsrecht wird damit zur Grenze zwischen (bereits stattgefundener) Zuwanderung *plus* Integration bzw. Staatsbürgerschaft und (jeder neuen) Zuwanderung *ohne jegliche* Eingliederungschancen. Innerhalb der Grenzen der durch das Staatsangehörigkeitsrecht neu definierten „akzeptierten Gesellschaft“ droht angesichts fortbestehender sozialer und ökonomischer Unterschiede die Gefahr einer Ethnisierung sozialer Problemlagen und Konflikte. Und jenseits der Grenze mittels Staatsbürgerschaft abgesicherter Rechte ist mit einer rücksichtslosen Politik der Ausgrenzung und des *Ohne* zu rechnen: Ohne Aufenthaltsstatus, ohne Sozialleistungen, ohne medizinische Versorgung.

Mit dem Doppelpass ins politische Aus?

Die neue Bundesregierung betont, dass aus der faktisch vollzogenen Einwanderung in die Bundesrepublik endlich Konsequenzen zu ziehen sind. Das Kernproblem lautet: Wie kann die Bundesrepublik die in einer demokratischen Gesellschaft unhaltbare Situation ändern, dass ein Teil seiner Mitglie-

der über Generationen von einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen bleibt?

Nach dem bisherigen Recht ist Deutscher, wer von deutschen Eltern abstammt. Die Staatsangehörigkeit der Eltern ist also entscheidend, nicht der faktische Aufenthalt und Lebensmittelpunkt. Ein in Polen geborener und aufgewachsener Nachkomme von Deutschen aus Danzig gilt nach deutschem Recht als Deutscher, während ein Kind oder Kindeskind türkischer Einwanderer nach wie vor als „Ausländer“ zählt, auch wenn es faktisch Inländer ist. Mit diesem Unsinn will die Bundesregierung endlich aufräumen und entsprechend der Praxis der meisten anderen europäischen Länder die Erteilung der deutschen Staatsangehörigkeit für Kinder von Einwanderern zur Regel machen.

Große Hindernisse schienen zunächst nicht erwartbar: Seit mindestens zehn Jahren wird die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes mittlerweile diskutiert. Auch im konservativen Lager finden sich einige, die die Notwendigkeit einer Reform im Prinzip sehen. Heiner Geißler etwa hat die heutige Situation von Ausländern schon vor Jahren recht drastisch mit derjenigen der „Metöken und Sklaven des antiken Griechenland“ verglichen. Zur Reform kam es in der letzten Legislaturperiode jedoch nicht, weil die damalige Regierungsfraktion der CDU/CSU nicht in der Lage war, den Gegensatz zwischen Modernisten und völkischen Nationalisten im eigenen Lager zu überbrücken. Was die neue Regierungskoalition dann geleistet hat, um ihre Vorstellungen in die Tat umzusetzen, war nicht gerade ein Ruhmesblatt: Anstatt die Opposition an diesem Punkt vorzuführen und die Debatte unter der Alternative „demokratisch oder völkisch?“ mit eigenen Kampagnen voranzutreiben, verhedderte sich die Bundesregierung in den politischen Fallstricken ausgerechnet jener Herren, die ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht mit ihrem Veto bislang erfolgreich verhindert hatten. Mit der wahlstrategisch geschickten Entscheidung, einen Nebenasspekt, nämlich die Frage der Hin- und Herbewegung der doppelten Staatsangehörigkeit, zum Zentrum der Auseinandersetzungen zu machen, gelang es der Union schließlich, die Widersprüche und Gegensätze im eigenen Lager zu überdecken. Und der rot-grünen Regierung verhalf sie mit dieser Debatte zur Legitimation ihrer migrationspolitischen Enthaltenssamkeit.

Obwohl es die CDU/CSU verstanden hat, die Frage der doppelten Staatsangehörigkeit in einem äußersten Maße zu ideologisieren, so ist sie doch primär eine Frage der praktischen Politik, die schlicht damit umgehen muss, dass jahrzehntelang gemachte Fehler reale Folgen produziert haben, die es dringend erforderlich erscheinen lassen, dass einige Übergangslösungen gefunden werden. Allzulange wurde die Lüge aufrechterhalten, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Rostock, Solingen und Lichtenhagen waren Fanale, die ihre Wirkung nicht verfehlten: In einem Land, in dem es jedes Jahr zu mehreren Tausend fremdenfeindlichen Anschlägen auf Andersaussehende kommt, kann es niemanden wundern, wenn ein schwarzhaariger oder ein dunkelhäutiger Einwanderer den Herkunftspass sicherheitshalber nicht abgeben will.

Auf der anderen Seite ist die Ablehnung der „Doppelten Staatsangehörigkeit“ durch maßgebliche Teile der Bevölkerung kaum mehr als ein Angstreflex. Allgemein gesagt ist die Ablehnung des „Doppelpasses“ durch die Einheimischen die Zurückweisung einer Frage, die sich gar nicht stellt. Denn kein Einheimischer wird von der Hin- und Herbewegung der doppelten Staatsangehörigkeit irgendwie berührt. Die Existenz von ca. 2 Mio Doppelstaatlern in Deutschland (davon die meisten Ausgesiedler) war bislang kaum jemandem bekannt. Es ist nicht der Doppelpass, sondern es sind imaginäre Ängste, die nichts mit dem Doppelpass zu tun haben, sondern – wenn überhaupt – mit der ideologisch besetzten Thematik der Einbürgerung selbst.

Die „Jahrhundertreform“: Abkehr vom völkischen Blutsrecht

In der Staatsangehörigkeits-Diskussion wirken Traditionen und Diskurse weiter, die zurückgehen auf die historischen Umstände und Bedingungen der Nationenwerdung der europäischen Staaten. Diese Geschichte wirkt bis heute nach, indem sie die alltägliche Wahrnehmung dessen, was „die Nation“ ausmacht, reguliert und steuert.

Während zum Beispiel der französische Nationalismus eng mit der französischen Revolution und seinen Idealen konnotiert ist, haben im deutschen Nationalismus völkische Diskurse historisch die Oberhand gewonnen und ganz offenbar bis heute behalten. So basiert das bis heute (abgesehen von einigen eher unbedeutenden Geset-

zesänderungen aus dem Jahr 1993) praktisch ungeschmälert gültige Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 primär auf dem Rechtsprinzip des *ius sanguinis*. Der Mythos von der „Homogenität des deutschen Volkes“ wirkt bis heute fort und findet sich in vielen Wortmeldungen im Parlament wie auf der Straße wieder: Die Zuwanderung von Ausländern bedeutete, so Zimmermann 1988, den Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft, die im Wesentlichen durch die Zugehörigkeit zur deutschen Nation bestimmt werde. Das Gerede von der multikulturellen Gesellschaft lege die Axt an die Wurzeln unserer in Jahrhunderten entwickelten nationalen und kulturellen Identität, so Edmund Stoiber. „Durchmischt und durchrasst“ sei die Bundesrepublik.

Diese völkischen Traditionen haben auch die Migrationspolitik und -diskussion in der Bundesrepublik stärker bestimmt, als gemeinhin zur Kenntnis genommen wird. Lange Zeit wurde die faktische Einwanderung von Migranten in die Bundesrepublik schlicht ignoriert. Rund 16 Mio. Arbeitskräfte wurden in der sogenannten Anwerbeperiode von 1958 bis 1973 für den deutschen Arbeitsmarkt rekrutiert. 14 Millionen verließen die Bundesrepublik aber auch wieder. Nach Verhängung des Anwerbestopps im Jahr 1973 wurden die beschäftigten rund 2 Mio. ausländischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht ausgewiesen, sondern weiterbeschäftigt. Man genehmigte zögernd den Familiennachzug und erteilte nach einer gewissen Zeit auch unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen.

Von einer gestaltenden Einwanderungspolitik bis hin zur Einbürgerung der Zugewanderten konnte jedoch keine Rede sein, im Gegenteil: Die Betroffenen und ihre Kinder wurden weiterhin als „Gäste auf Zeit“ wahrgenommen und entsprechend behandelt. Wahrscheinlich erfolgte die Aufnahme von Millionen von Menschen in Deutschland gerade deshalb vergleichsweise unproblematisch – auch wenn es natürlich zu Problemen und Konflikten kam. Die früher als „Fremd-“, später als „Gastarbeiter“ titulierten und schließlich in „unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger“ umetikettierten Einwanderer wurden weiterhin als „Gäste“ angesehen, die schon irgendwann wieder gehen. Noch heute kann ein Politiker mit Beifall rechnen, wenn er eine „konsequente Abschiebung“ von straffällig gewordenen Einwandererkindern fordert, die „unser Gastrecht miss-

Jenseits der Grenze mittels Staatsbürgerschaft abgesicherter Rechte ist mit einer rücksichtslosen Politik der Ausgrenzung und des *Ohne* zu rechnen: Ohne Aufenthaltsstatus, ohne Sozialleistungen, ohne medizinische Versorgung.

braucht“ haben sollen – auch wenn sie in Deutschland geboren sind. Der vergleichsweise hohe „Ausländeranteil“ in Deutschland ist vor allem das Ergebnis einer Politik, die bis in die 80er Jahre hinein die faktisch stattgefundene und stattfindende Einwanderung nicht zur Kenntnis nehmen wollte, für eine Einbürgerung hohe Hürden errichtete und dem Mythos nachhing, „die Ausländer“ würden schon irgendwann wieder in „ihre Heimat“ zurückkehren.

Das neue Staatsangehörigkeitsrecht wird insofern zu Recht Jahrhundertreform genannt – nicht wegen der Ermöglichung der doppelten Staatsangehörigkeit, sondern wegen der beabsichtigten Abkehr vom völkischen Blutsrecht: Nicht nur Sinti, Friesen und Sorben, sondern auch Kurden, Italiener und Tamilen werden mit je eigener Sprache und spezifischen kulturellen Praxen, die sich natürlich ändern können, aber nicht unbedingt bei Weißwurst und Sauerkraut enden, über einen deutschen Pass verfügen. Deutsche Staatsangehörige, die sich keinem deutschen „Volkstum“ mehr hinwenden müssen, wie dies die Einbürgerungsrichtlinien noch bis vor kurzem forderten.

Die völkischen Traditionen haben auch die Migrationspolitik und -diskussion in der Bundesrepublik stärker bestimmt, als gemeinhin zur Kenntnis genommen wird.

Flüchtlings- und Asylpolitik: Zur Entwicklung des flüchtlingspolitischen Engagements

Ab Ende der 70er Jahre wurden Flüchtlinge, für die man zur Vermeidung unerwünschter Assoziationen mit der deutschen Kriegs- und Nachkriegsgeschichte eigens den Begriff des „Asylanten“ erfand, zum Kristallisationspunkt der migrationspolitischen Diskussion. Vor dem Hintergrund ansteigender Flüchtlingszahlen im Jahr 1980 verschoben sich die Schwerpunkte in der Diskussion von „Integration“ zu „Zuwanderungsbegrenzung“. Es kam zur sog. „Wende in der Ausländerpolitik“ (Bade 1992). Die Forderungen nach „wirksamer Begrenzung der weiteren Zuwanderung von Ausländern in die Bundesrepublik“ und nach „Stärkung der Rückkehrbereitschaft“ ergänzten (und überlagerten) den formal aufrechterhaltenen Anspruch auf Integration. Seither ist „Ausländerpolitik“ in Deutschland vor allem Flüchtlingsabwehr-, kurz: Abschreckungspolitik. Zugleich wurden in immer neuen Kampagnen gegen den angeblichen „Missbrauch“ des Asylrechts die Weichen für den Umbau der Gesellschaft gestellt.

Diese Politik war der Kristallisationspunkt für das zunehmende flüchtlings- und asylpolitische Engagement

der „außerparlamentarischen Opposition“ in der BRD: So hat die Errichtung von Lagern zur Unterbringung von Flüchtlingen Ende der 70er Jahre dazu geführt, dass sich die ersten „Asyl-Arbeitskreise“ zusammenschlossen. Es wurden Deutschkurse organisiert, Gutscheine umgetauscht, Patenschaften eingerichtet, erste Ansätze von Lobbyarbeit entstanden – in aller Regel getragen von einem sehr breiten Spektrum engagierter Menschen, die sich zumeist aus kirchlichen, menschenrechtlichen, ökologischen, philanthropischen, politischen oder sozialpolitischen Kontexten heraus zusammenfanden. Im Laufe der Jahre und in Reaktion auf die zunehmende politische und massenmediale Hetze gegen Flüchtlinge (hier war zum Beispiel der Sommer 1986 ein wichtiges Datum) gründeten sich neue lokale Gruppen. Erste Vernetzungen entstanden, Landesflüchtlingsräte und die Bundesarbeitsgemeinschaft *Pro Asyl* wurden gegründet.

Der Eintritt der neuen Länder in die Bundesrepublik markiert den Beginn einer bis heute andauernden Phase des sich wechselseitig legitimierenden alltäglichen Rassismus „von unten“ auf der einen und einer zunehmend auf rassistische Ausgrenzung setzenden Politik „von oben“ auf der anderen Seite. Das Asylrecht selbst überstand die Diskussionen der 80er Jahre und blieb zunächst unangetastet, bis aus „dem“ Volk „ein“ Volk geworden war und sich nach Abflauen der Vereinigungseuphorie im Angesicht des ostdeutschen Niedergangs ein zunehmend aggressiver Nationalismus artikulierte und austobte. Nun setzte die CDU/CSU mit neuer Radikalität „die Asylfrage“ auf die Tagesordnung. 1993 war die SPD unter dem Eindruck einer von Volker Rühle (dem damaligen Generalsekretär der CDU) generalstabsmäßig organisierten und in jedes Kommunalparlament getragenen Anti-Asyl-Kampagne weichgeklopft für den „Asylkompromiss“.

Insgesamt gesehen hat es auf dem Felde der Flüchtlingspolitik einen radikalen Politikwechsel gegeben: Konnten Flüchtlinge aus Bürgerkriegs- und Krisenstaaten in den 80er Jahren noch relativ sicher sein, nicht abgeschoben zu werden, so werden Abschiebungen heute nur noch ausgesetzt, wenn individuelle Gefahren drohen, die über allgemein drohende Gefahren hinausgehen. Das Instrument des „Abschiebungsstopps“, das den Ländern die Möglichkeit gibt, Abschiebungen wegen allgemeiner Gefahren befristet

auszusetzen, wurde praktisch abgeschafft. Diese härtere Gangart wurde nicht nur von der alten Bundesregierung gefordert, sondern auch von SPD-regierten Ländern bereitwillig mitgetragen und über die Innenministerkonferenzen koordiniert. Auf dem Höhepunkt der Kosova-Krise hat z.B. das rot-grün regierte Bundesland Nordrhein-Westfalen im Sommer 1998 Charterflüge zur Deportation von Flüchtlingen nach Jugoslawien organisiert.

Im Zuge dieser Entwicklung erweiterte sich das Spektrum der in diesem Politikfeld engagierten Menschen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Es entstand eine nennenswerte Anzahl dezidiert antirassistischer Gruppen, und die bisher weitgehend unsichtbaren *illegalisierten Flüchtlinge* gerieten verstärkt in das Blickfeld der in diesem Politikfeld Engagierten. Verschiedene Kirchengemeinden vernetzten ihr Engagement für die Gewährung von Kirchenasyl, die *Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche* wurde gegründet. 1997 fand sich ein Spektrum von autonomen und antirassistischen bis hin zu gewerkschaftlichen Gruppen in der Initiative *Kein Mensch ist illegal* zusammen. In diesem Politikfeld haben sich von Beginn an auch Flüchtlinge und MigrantInnen – allerdings in geringer Zahl – engagiert. Dieses Engagement hat erst in den letzten Jahren zugenommen und sich organisiertere Formen geschaffen. Mit der *Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen* und dem nordrhein-westfälischen Wanderkirchenasyl hat es 1998 einen ersten Höhepunkt erlebt.

Zusammengefasst haben wir es bei der Flüchtlings- und Asylpolitik mit einem Politikfeld zu tun, das zuallererst durch die drastische Verschärfung der staatlichen Ausgrenzungs- und Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen definiert und geradezu *konstruiert* worden ist. Zugleich wurden in diesem Politikfeld entscheidende Weichen für den Umbau der Gesellschaft in Richtung auf Deregulierung und Neoliberalismus gestellt.

Der Missbrauch: Weichenstellung in Richtung auf demütige Pflichterfüllung

Die wiederholten Eingriffe in das Asylverfahrens- und Leistungsrecht blieben nicht ohne Wirkung auf das deutsche Rechtssystem insgesamt. Nicht nur der bruchlose Übergang der Kampagne gegen angeblichen Asylmissbrauch in eine allgemeine Kampagne gegen So-

zialhilfemissbrauch und angebliche Leistungerschleichung machte deutlich, in welcher Weise der Vorwurf des „Missbrauchs“ ideologisch funktionalisiert wird, um Leistungen zu kürzen, Rechtsansprüche einzuschränken und dem „Anspruchsdenken“ eine „Kultur der Demut“ entgegenzusetzen.

So fordert heute bereits der IG-Metall Vorsitzende, dass Jugendlichen jegliche Sozialleistung zu streichen sei, wenn sie sich der Teilnahme am sogenannten Sofortprogramm verweigern. Gerhard Schröder fasste diese Politik verallgemeinernd in seiner – wegen des Rücktritts von Lafontaine nicht gehaltenen – Rede zur Vorstellung von Anthony Giddens Buch „Der Dritte Weg“ zusammen: Niemand sollte in den Genuss direkter Unterstützungszahlungen kommen, „wenn er das Angebot zur Integration in den Arbeitsmarkt aus freien Stücken ausschlägt“ (SZ vom 13./14.3.1999, S. 13).

Eine Strategie, die der drastischen Verschärfung der staatlichen Ausgrenzungs- und Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen und Migrantinnen entgegenarbeiten will, muss die Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen, die sich aus dem umfassenden Umbau der deutschen Gesellschaft in Richtung auf Deregulierung und Neoliberalismus ergeben. Es sind letztlich Ängste vor Konkurrenz, vor Statusverlust und Arbeitslosigkeit.

Die neue Bundesregierung hat jedoch – entgegen offiziell verkündeter Programmatik – bislang wenig getan, um ihrem erklärten Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, Nachdruck zu verleihen. Wenn dann der neue Bundesinnenminister Schily auch noch in alter Tradition feststellt, dass „die Grenze der Belastung Deutschlands durch Zuwanderung überschritten“ sei, wird überdeutlich, dass auch unter Rot-Grün die Asyl- und Migrationspolitik ganz wesentlich durch eine diffuse Angst vor „Belastung“ und „Überfremdung“ geprägt sein wird. Dabei hat die Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten von Zuwanderung profitiert und ist auch weiterhin auf sie angewiesen – rund eine halbe Million Menschen wandern jedes Jahr ein und aus. Im letzten Jahr gab es sogar mehr Aus- als Einwanderer.

Wenn die neue Bundesregierung dennoch die bisherige Politik des institutionalisierten Rassismus fortsetzt und auf der Grundlage ausgrenzender und diskriminierender Gesetze Flüchtlinge als eine Bedrohung an die Wand malt, um sie dann „von Gesetzes we-

gen“ zur Abschreckung in Lager sperren, vom Arbeitsmarkt ausschließen und mit schäbigen Leistungen und Gutscheinen weit unterhalb der Sozialhilfe – bis hin zum völligen Aushungern, obdachlos aussetzen, illegalisieren – abspesen zu können, dann muss sie sich wirklich nicht wundern, wenn sich die Früchte dieser Politik in Form von Alltagsrassismus auch in der Staatsangehörigkeitsdebatte ernten lassen.

Die angedeutete politische Dynamik wird in den Massenmedien ebenso wie durch weite Teile der offiziellen Politik noch dadurch befördert, dass man sie mit einer Art Verschwörungstheorie verbindet: Mit einem Szenario der Verschwörung, in dem Flüchtlinge nur noch als „Illegale“ Platz finden, und in dem sich alles um „unsere Grenzen“ dreht: Die Grenzen der Belastbarkeit, die Grenzen des Sozialstaates, die Grenzen Deutschlands „sind in Gefahr“; und diese Gefahr wird von der Mafia der international operierenden Schlepperbanden in Gestalt von Fluchtbewegungen organisiert, wobei „die Illegalen“ mal als Täter und mal als die Opfer dieser organisierten Kriminalität dargestellt werden. Das ganze Szenario hat die Qualität einer undurchschaubaren, aber allmächtigen Verschwörung. Wir müssen in diesem Zusammenhang wohl kaum daran erinnern, dass ein Blick in die Geschichte des Antisemitismus zeigt, wie drastisch der Einbau verschwörungstheoretischer Elemente in den jeweils aktuellen Mechanismus der Ausgrenzung dessen Wirksamkeit steigern kann.

Engagement für eine menschenrechtlich orientierte Migrationspolitik

Die politische Durchsetzbarkeit eines effektiven Flüchtlingsschutzes wird angesichts der Kontinuität in der Flüchtlingspolitik auch unter der Ägide der neuen Bundesregierung genau in dem Maße mehr und mehr utopisch, wie das „helfende Tun“ der flüchtlingspolitisch Engagierten immer unverzichtbarer wird. Die aktuell zu beobachtende umfassende Kriminalisierung und Illegalisierung praktisch aller „Fremden“ verleiht diesem Engagement einen weiteren Utopieschub. Jetzt, unter Rot-Grün, kommt noch die Gefahr dazu, dass die neu definierte Staatsbürgerschaft das antirassistische Engagement spaltet: In den Antirassismus der innerhalb des staatsbürgerchaftlichen Rahmens um Anerkennung kämpfenden *ethnischen Minderheiten* auf der einen und das Engagement all-

jener antirassistischer Aktiven, die *jede Form rassistischer Ausgrenzung* bekämpfen und für eine Ausweitung des Menschenrechtsverständnisses in Richtung auf Bürgerrechte für alle Menschen unabhängig von ihrer jeweiligen territorialstaatlichen „Zugehörigkeit“ eintreten. Das migrationspolitische Engagement kann zur Verhinderung einer solchen Spaltung nur mit einer bewussten Politik der Offenheit und des Antirassismus gegensteuern – in ausdrücklicher Opposition zum migrations- und asylpolitischen Politikverzicht der neuen Bundesregierung.

Nähme die neue Bundesregierung ihre eigenen Positionen aus Oppositionszeiten ernst, dann müssten wir kein Wort darüber verlieren, dass koordinierte Maßnahmen für einen Politik- und Perspektivenwechsel in der Flüchtlings- und Asylpolitik dringend erforderlich sind. Angesichts der bisherigen Politik bleiben als Hoffnung jedoch weiterhin nur die Versuche der im Flüchtlingsbereich solidarisch Aktiven und nicht zuletzt der Flüchtlinge selber, geeignete politische Schritte anzustoßen, die uns weg führen von der Abschreckungs- und Ghettopolitik, hin zu einer menschenrechtlich orientierten Sicht auf Flüchtlinge und Fluchthintergründe – begleitet durch politische Maßnahmen zur Integration und Arbeitsplatzbeschaffung. Die Bevölkerung reagiert, wie das Beispiel der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge gezeigt hat, auch bei größeren Flüchtlingszahlen durchaus offen und freundlich, wenn ihnen das Leid dieser Menschen – auch politisch – vermittelt wird.

Die völkischen Traditionen in Deutschland werden freilich nicht von einem Tag auf den anderen zu überwinden sein. Vielleicht besinnt sich die neue Bundesregierung ja doch noch darauf, wenigstens zum Thema Staatsangehörigkeitsrecht endlich eine umfassende Aufklärungskampagne zu starten, statt sich weiterhin auf Nebenschauplätzen zu streiten. In einem notwendigen Lernprozess muss den Menschen zuallererst durch die Politik deutlich gemacht werden, dass es einen Unterschied zwischen Volkszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit gibt, und dass Deutschland ein Land mit deutschen Staatsangehörigen unterschiedlicher Herkunft ist. Erst dann haben wir eine Chance, in der Diskussion um Einwanderung und Asyl die rassistischen Unter- und Obertöne *politisch* zu bearbeiten, alle entsprechenden Gesetze durchzuführen und in Richtung auf eine konsequente Antidiskriminierungspolitik zu ändern.

Vielleicht besinnt sich die neue Bundesregierung ja doch noch darauf, wenigstens zum Thema Staatsangehörigkeitsrecht endlich eine umfassende Aufklärungskampagne zu starten, statt sich weiterhin auf Nebenschauplätzen zu streiten.

spw

Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes und die Linke

Von sogenannten Minderheitenthemen, dicken Brettern und was jetzt zu tun ist

von Dirk Meyer*

Eigentlich ist alles längst gesagt, geschrieben und debattiert, und eigentlich geht es bei der Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes in Wahrheit lediglich um die Anpassung der rechtlichen Grundlagen an die gesellschaftliche Wirklichkeit der Einwanderungsgesellschaft, so wie es bei den meisten unserer europäischen Nachbarn längst geschehen ist.

Die Fakten

Knapp 7,5 Millionen Menschen ausländischer Herkunft leben in Deutschland, gut 3,5 Millionen bereits länger als zehn Jahre. Jährlich werden rund 100.000 inländische Kinder als Ausländer geboren. Mehr als ein Drittel der in Deutschland lebenden ausländischen Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren wurde bereits hier geboren.

Die Einbürgerungsquote ist eine der niedrigsten in ganz Europa. Ausländer in Deutschland zu sein bedeutet, von der politischen Partizipation ausgeschlossen zu sein, ganz zu schweigen von den strukturellen Benachteiligungen auf dem Wohnungs-, Ausbildungsstellen- oder Arbeitsmarkt.

Mehrstaatigkeit gehört zur deutschen Wirklichkeit. Rund zwei Millionen Doppelstaatler, vornehmlich Ausiedler, leben in Deutschland. Im letzten Jahr sind allein in Nordrhein-Westfalen 30 Prozent aller Einbürgerungen von Menschen ausländischer Herkunft unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit realisiert worden.

Kurzum, es ist ein Gebot der Stunde, das bürgerliche Versprechen auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit

auch für diese gesellschaftliche Gruppe zu realisieren. Daher gilt das in seinen Ursprüngen aus dem Jahre 1913 stammende Staatsbürgerschaftsrecht bis in Teile der CDU hinein als reformbedürftig.

Bereits in der letzten Legislaturperiode gab es eine parlamentarische – und wohl auch gesellschaftliche – Mehrheit für die rechtliche Angleichung von Wohnbevölkerung und Staatsvolk durch Elemente des *ius soli* (Recht des Bodens). Indes, machtarithmetische Gründe standen dem noch im Weg.

Was ist passiert?

Nach dem 27. September 1998 schien der Weg endlich frei. Die Wahlsieger hatten sich sogar im Wahlkampf für eine Reform starkgemacht. Der erste Entwurf aus dem Hause Schily enthielt die landauf, landab diskutierten, als notwendig erkannten Ergänzungen des *ius sanguinis* (Recht, Staatsangehörigkeit weiterzuvererben) durch Elemente des *ius soli* auch dann, wenn die Anzahl der Mehrstaatler wächst.

Erleichterung machte sich vor allem unter den Migrantinnen und Migranten breit. Deutschland schien sich wieder ein Stück mehr zu europäisieren.

Und nun? Gut 100 Tage nach dem Wahlsieg ist der Katzenjammer groß. Statt von links weitergehende Schritte hin zu einer umfassenden Integrationspolitik fordern zu können, scheint die Meinungsführerschaft der anderen Seite buchstäblich überwältigend. Lähmung oder die neuen Mehrheiten ignorierendes Aufbäumen wider die Wirklichkeit machen sich breit.

Schäuble scheint wie Phönix aus der Asche entstiegen. In den Medien schon angezählt, hat er die Runde doch noch für sich entschieden. Der Erfolg, so scheint es, heiligt die Mittel einer mit Ausländerfeindlichkeit kalkulierenden Straßenkampagne (Übrigens: Wie schwach ist eigentlich das historische Wissen, wenn behauptet wird, Straßenkampf sei bislang nur eine Sache der Linken gewesen?). Schäuble, nicht Stoiber geht als Sieger im konservativen Lager hervor. Mit der Unterschriftenaktion hat er den von Stoiber gewollten Volksentscheid abgewehrt, eine Landtagswahl gewonnen, das rot-grüne Lager gespalten und mächtig Punkte im Kulturkampf gemacht. Wie einfältig muß dagegen der moralisierende Zeigefinger unserer Seite gewirkt haben?

Doch mit ein wenig mehr Realitätssinn hätte man wissen können müssen, welche Richtung die Debatte nimmt:

1. Kaum ein anderes Thema eignet sich so vortrefflich für symbolische und damit polarisierende und mobilisierende Auseinandersetzungen wie die Integrationspolitik. Und wie weit die andere Seite bereit zu gehen ist, wenn es ihr nur nützt, kann anhand der Auseinandersetzungen um die de-facto-Abschaffung des Asylrechtes und das kümmerliche Verhalten der SPD dazu noch in alten Zeitungsstapeln nachgelesen werden.

2. Wohl hat sich die Mehrheit der Menschen in Deutschland, allzumal im Westen, damit abgefunden, die Ausländer, die man seinerzeit rief, nicht mehr loswerden zu können.

Daraus auf eine liberale Haltung etwa im Hinblick auf die Hinnahme von Mehrstaatigkeit zu schließen, ist allerdings naiv. Nach einer vom Spiegel (2/99!) in Auftrag gegebenen Repräsentativbefragung durch Emnid gaben immerhin 84 Prozent der Anhänger von Bündnis90/Die Grünen, aber nur 49 Prozent der SPD-Anhänger an, für die Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft zu sein. Mehrheitlich negativ hingegen äußerten sich 58 (!) Prozent der PDS-Anhänger, 54 Prozent der FDP-Anhänger und 71 Prozent der CDU-Anhänger.

Überdies hätte die Erinnerung an die populistischen Ausfälle Gerhard Schröders vom letzten Jahr („Raus mit ihnen!“) oder die Tatsache, daß in allen jüngsten Wahlen die Erstwähler tendenziell rechts zu wählen belieben, frühzeitig aufmerken lassen müssen.

Und: Die Schrödersche Kategorisierung des Themas als Minderheitenthema unterstreicht im nachhinein: Von reichlich Überzeugung was das ganze Unternehmen in den Reihen einiger unserer Entscheidungsträger kaum getragen. Ein Schalk, der angesichts manch gar nicht so unzufriedener Mienen nach der verlorenen Hessenwahl Böses denkt...

Was nun?

Was folgt nun aber aus dem Gesagten?

1. Sensible gesellschaftspolitische Fragen sind sensibel zu behandeln. Gerade in der Integrationspolitik erweist sich Angst immer wieder als mobilisierende Kraft. Davon hat Anfang der 90er Jahre die Asylkampagne der CDU gelebt. Und davon lebt ihre Unterschriftenaktion heute.

Es ist keine Zeit für ein langes Lamento. Angesichts der Sensibilität des Themas ist jeder jetzt zu erzielende Fortschritt besser als gar kein Fortschritt.

* Dirk Meyer, Bünde, Historiker und Mitglied der spw-Redaktion

Angstbesetzte Themen müssen daher anders gesteuert werden. Der erfolgreiche Arbeitsstil der KAMPA lehrt uns, daß auch umstrittene Politikansätze prinzipiell mehrheitsfähig sind. Nur muß man dazu den bisher gezeigten Dilletantismus ablegen. Die Themen müssen zerlegt werden, ihre Elemente müssen über Sympathieträger populär gemacht werden und es bedarf der kontinuierlichen Selbstkritik, ob die eingesetzten Mittel die erwünschte Wirkung erzielt haben.

2. Es ist daher keine Zeit für ein langes Lamento. Angesichts der Sensibilität des Themas ist jeder jetzt zu erzielende Fortschritt besser als gar kein Fortschritt. Wer die Perspektive der Migrantinnen und Migranten einnimmt, für den verbietet sich ein Hau-Ruck-Beglückungsstil, etwa bei Lösungen unterhalb der Zustimmung durch den Bundesrat; für den verbietet sich aber auch eine Alles-oder-Nichts-Haltung (beide Haltungen waren zuletzt von Gutmeinenden zu hören gewesen).

Ergo: Jeder mehrheitsfähige Entwurf, der einen noch so kleinen Fortschritt darstellt, verdient Unterstützung.

Das gilt meines Erachtens auch für den jetzt zur Abstimmung anstehenden Entwurf. Ganz gleich, was an berechtigter(!) Kritik, auch an verfassungsrechtlichen Bedenken anzumerken ist: Es wird kein Staatsangehörigkeitsrecht ante 1999 mehr geben.

3. Offenkundig kommt der Fortschritt in der Integrationspolitik nur in Etappen daher, d.h. wir haben es mit einem dicken Brett zu tun, das gebohrt werden will.

Um keinen Mißverständnissen Vorschub zu leisten: Nichts von den Fakten (s.o.) und den sich daraus ergebenden Handlungsnotwendigkeiten im Hinblick auf eine moderne Integrationspolitik ist seit dem konservativen Straßenkampf falsch. Es bleibt dabei:

Wir brauchen ein integriertes europäisches Integrationsprogramm. Wir brauchen dringend die Zusammenfassung der integrationspolitischen Ressourcen in einer Hand. Die Zersplitterung auf verschiedene Ressorts ist überkommen. Wir brauchen eine humane, ebenfalls europäische abgestimmte Flüchtlings- und Asylpolitik. Wir brauchen ein Staatsbürgerchaftsrecht, das Doppelstaatler großzügig hinnimmt.

Aber: Der 27. September 1998 war offenkundig nicht das erfolgrei-

che Ende einer jahrzehntelangen Überzeugungsarbeit, sondern markiert erst den Anfang eines, wie Ingo Arend es im „Freitag“ formuliert hat, umfassenden Kulturkampfes zugunsten einer liberalen Integrationspolitik.

4. Dabei sollte von realistischen Grundannahmen ausgegangen werden.

Es gibt derzeit keine Mehrheit für eine liberalere Praxis. Und diese ließe sich schon gar nicht mit romantischen Vorstellungen von Multikulti gewinnen.

Migrationsgesellschaften sind Konfliktgesellschaften

Die Konflikte zwischen Zugewanderten und Alteingesessenen, aber auch zwischen den Zugewanderten nehmen zu. Wer dabei wann auf der „richtigen“ Seite steht, ist so einfach nicht zu beantworten. Wenn etwa der als Neue Mitte apostrophierte Frankfurter Hoechst-Arbeiter nach Schröder im September nunmehr Koch im Februar für die richtige Wahl gehalten hat, dann ist er damit nicht zwangsläufig ausländerfeindlich. Vielleicht hat er damit nur zum Ausdruck bringen wollen, sich für seine soziale und ökonomische Zukunft mehr versprochen zu haben, als ihm die Politik der Neuen Mitte bisher angeboten hat. Ihn für eine liberale Integrationspolitik zu gewinnen, muß dies zumindest stärker in Rechnung stellen.

Also, das Motto der nächsten Schritte muß lauten: Heran an die Wirklichkeit. Laßt uns künftig in unserem Zusammenhang und in dieser Zeitschrift die kommunalen Praktiker zu Wort kommen. Laßt uns darüber diskutieren, wie Integrationsfortschritte in und über eine Kindergarten-, Schul-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Kulturpolitik zu erzielen sind. Laßt uns Antworten finden auf solche Fragen, wie Segregationsprozesse verhindert werden können, wie es gelingen kann, die Selbstorganisationspotentiale der Migranten zu stärken, was das Mindestmaß an Homogenität einer Gesellschaft ausmacht, welche Kriterien erfüllt sein müssen, um dazugehören zu dürfen und welche das verhindern, wie es uns gelingen kann, in einem umfassenden Kulturkampf Punkte zu machen etc.

Integrationspolitik ist eine dauerhafte Aufgabe. Sie ist vor allem weit mehr als die Frage des Doppelpasses. Sie bedeutet schon kapituliert zu haben spw

OST-WEST informationen

Nr. 1/98

GESUNDHEITSWESEN IM OSTEN:

Arm und krank

Analysen aus Bulgarien, Polen, Rußland, Serbien, Slowakei, Tschechien, Ungarn. **Dossier: Automobilarbeit-ergewerkschaften in Rußland**

Nr. 2/98

FLUCHT und MIGRATION

Analysen aus Rußland, Serbien, Bulgarien. **Dossier: Grüne Parteien in Osteuropa**

Nr. 3/98

BILDUNGSZUSAMMEN- ARBEIT IN SÜDOSTEUROPA

Analysen aus Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Makedonien, Jugoslawien, Kosovo, Rumänien. **Dossier: Kosovo - Wege aus der Krise**

Nr. 4/98

CLANS, CLIQUEN, SEILSCHAFTEN

Analysen aus Rußland, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Polen, Kroatien **Dossier: Finanzkrise in Rußland**

Bestellungen, Probeexemplar, Inhaltsverzeichnisse:

Ost-West-Gegeninformationen,
c/o Dezentrale f. Alternativen,
Prokopig. 2/1, A-8010 Graz,
Österreich.

Fax: 0043/316/810594,

E-Mail: ostwest.info@demut.or.at

**Preis: öS 50.- (inkl. Porto/Heft)
Umfang: 56-60 Seiten**

Asylbewerberunterkunft in Deutschland 1998 Foto: Ralf Schmitz (Leverkusen)



Staatsbürgerrecht – Kapitulation oder Reform?

von Felix Welti*

Die Reform des Staatsbürgerrechts ist zum Prüfstein der Regierungsfähigkeit der SPD geworden. Weniger als ein halbes Jahr nachdem SPD und Bündnis 90/Die Grünen die klare Mehrheit im Bundestag erreicht haben, ist ein zentrales Reformvorhaben in der Krise: Die Ersetzung des in seinen Grundzügen seit 1913 unveränderten „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes“ (RuStaG) durch ein moderneres Staatsbürgerrecht wird öffentlich heftig kritisiert und wurde bei der Landtagswahl in Hessen zum Mobilisierungspunkt der CDU.

Von 1913 bis heute: Deutschland, das „Volk“ und die „Fremden“

In seiner Wortgeschichte bezeichnete das Wort „deutsch“ soviel wie „einfach, volkstümlich“. „Deutsch“ – das war keine große Abstammungsgemeinschaft zwischen dem Rhein und Ostpreußen, sondern ein Sammelbegriff für die Menschen, die da lebten, in Abgrenzung zu den politischen Verhältnissen, welche sie aufteilten unter die Landesherren der vielen Stämme und Kleinstaaten, denen sie angehörten, deren Erlaubnis sie brauchten, um das Land zu verlassen oder ein anderes zu betreten. Frei bewegte sich allenfalls die Oberschicht. In der Revolution von 1848 waren

Nationalstaat und Demokratie zusammengehörige Forderungen an die rückständigen Landesfürsten. „Fremde“ auszugrenzen war nicht das Anliegen der Revolution, sondern Fremde zu Bürgern mit gleichen Rechten zu machen. Doch nach dem Scheitern der Revolution bemächtigten sich die preußischen Konservativen der nationalen Idee.

Noch bis 1913 war die Staatsangehörigkeit allein Sache der vielen deutschen Staaten – bayerisch, preußisch, lippisch, sächsisch; doppelte Staatsangehörigkeiten waren nicht selten. Und diese deutschen Staatsangehörigkeiten waren wiederum keineswegs mit dem verbunden, was heute als „deutsches Volkstum“ gilt. 1910 sprachen 10% der Staatsbürger deutscher Länder nicht deutsch, sondern eine andere Sprache, vor allem polnisch, aber auch dänisch, französisch oder andere Sprachen – längst nicht nur am Rande des Reiches, sondern polnisch zum Beispiel auch massenhaft im Ruhrgebiet, dokumentiert in deutschen Namen von Schimanski bis Schipanski. Das RuStaG von 1913 gab all diesen Angehörigen der Bundesstaaten die deutsche Reichsangehörigkeit. In den Debatten im Reichstag allerdings wurde „Deutschsein“ von den Konservativen als ererbte, biologische Konstante verstanden, das RuStaG sollte namentlich helfen, das „Deutschtum im Ausland“ zu stärken, „Deutschstämmige“ einzubürgernd und somit eine expansive Außenpolitik zu unterstützen. Und, so Konservative und Nationalliberale im

Reichstag, „nichtdeutsches Blut“ sollte „vor der Aufnahme abgewehrt werden“ (MdR Beck, 23.2.1912). Die Sozialdemokraten im Reichstag lehnten das RuStaG ab: Sie fürchteten, insbesondere die diskriminierende preußische Einbürgerungspraxis gegen Juden und politisch Mißliebige – etwa streikende Arbeiter polnischer Herkunft – werde auf das ganze Reich ausgedehnt. Zudem, so forderten die Abgeordneten Eduard Bernstein und Karl Liebknecht für die SPD, sollten in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder einen Einbürgerungsanspruch bekommen.

Die Nazis entfalteten mit nur wenigen Änderungen die ganze inhumane Kraft eines völkischen Staatsbürgerrechts und nutzten es als Hebel für willkürliche Aus- und Einbürgerungen ganzer Gruppen und Einzeller. Sie erst schafften zudem die bis dahin parallel bestehenden Länderstaatsangehörigkeiten ab. Zu „Deutschen“ oder „Nichtdeutschen“ wurde erklärt, wer in das rassistische und politische Konzept passte.

Staatsangehörigkeit und deutsches Volkstum

Mit dem Artikel 116 Grundgesetz konservierte die Bundesrepublik die Koppelung von Staatsangehörigkeit und deutschem Volkstum – zu Zeiten des Kalten Krieges, um die Nicht-Anerkennung der DDR zu untermauern und um die „Deutschstämmigen“ aus Osteuropa holen zu können, sicher auch aus „historischer Verantwortung“, weil diese Gruppen nach 1945 darunter litten, von den Nazis vereinnahmt worden zu seien.

Zugleich führte die stets geförderte und gewünschte Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit in den sechziger und siebziger Jahren zur Einwanderung aus der Türkei, Jugoslawien, Italien, Spanien und Portugal nach Deutschland im millionenfachen Umfang. Wiederum waren „ausländische Gastarbeiter“ auch deshalb willkommen, weil sie gerade ohne Bürgerstatus weniger anfällig für gewerkschaftliche Organisation schienen. Heute leben mit vielen dieser Eingewanderten ihre Kinder und Enkel in Deutschland – meist mit einem fremden Pass, insgesamt fast 7,5 Millionen Menschen. Sie unterliegen dem polizeirechtlich geprägten Ausländerrecht, das erst 1990 zuletzt verschärft wurde. Die Einbürgerung ist für sie eine nicht vorgesehene Ausnahme, eine behördliche Ermessensentscheidung über ihre „vollständige Hinwendung

Bisher ist die Einbürgerung eine behördliche Ermessensentscheidung über die „vollständige Hinwendung zum deutschen Volkstum“. So errechnet sich auch Deutschlands „hoher Ausländeranteil“ – weil Ausländersein hier an Inländer vererbt wird.

* Dr. Felix Welti, Lübeck, Jurist

zum deutschen Volkstum". So errechnet sich auch Deutschlands „hoher Ausländeranteil“ – weil Ausländersein hier an Inländer vererbt wird. Zugleich aber öffnete Art. 116 GG nicht nur sechzehn Millionen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern, sondern weiteren Millionen Russen, Polen, Rumänen und Kasachen „deutschen Volkstums“ die deutsche Staatsbürgerschaft – ohne von ihnen zu verlangen, den alten Pass aufzugeben – und immer öfter auch ohne echte Sprachkenntnisse und Integrationsvoraussetzungen.

Unvollkommene Demokratie und Spaltung der Gesellschaft

Wo die demokratischen Institutionen auf dem Staatsbürgerstatus aufbauen, der Wahlrecht und Wählbarkeit, Zugang zu Leitungsfunktionen und Beamtenschaft und den vollen Schutz der Grundrechte, insbesondere des Rechts, dauerhaft am Ort seiner Wahl zu leben, erst vermitteln, ist das Staatsbürgerrecht Verfassungsrecht im eigentlichen Sinne. Indem das Deutschland des Grundgesetzes das Staatsbürgerrecht von 1913 konserviert hat, regelt eine vordemokratische Norm Grundsätze des Staates. Das allgemeine Wahlrecht als Zusammenfallen von Staatsbürgern und Staatsunterworfenen ist in Deutschland nicht verwirklicht. Demokratie aber verliert für alle Bürgerinnen und Bürger eines Volkes an Qualität, wenn Einzelne daran nicht teilhaben. Dass das keine abstrakte Erwägung ist, können wir daran sehen, dass es wohl nur der Ausschluss dieses erheblichen Teils der Industriearbeiterschaft vom Wahlrecht gewesen ist, der uns allen sechzehn Jahre Kohl und die dazugehörige Politik beschert hat.

Die fehlende staatsbürgerliche Einbeziehung der Eingewanderten und ihrer Kinder, potentiell ihrer Nachkommen auf unbeschränkte Zeit, trägt auch dazu bei, die soziale Spaltung innerhalb der arbeitenden Klasse fortzuschreiben. Durch die Verschränkungen des Ausländer-, Sozialhilfe- und Arbeitsförderungsrechts wird diese Gruppe auch sozialrechtlich diskriminiert und diszipliniert – wer in Not gerät, ist von Abschiebung bedroht; gut bezahlte und gesicherte Arbeit wird vorrangig „Deutschen“ angeboten. Weil die eingewanderten Inländer zu Ausländern erklärt werden, fehlt ihnen die sichere Zukunft in Deutschland: Sie werden daran gehindert, sich ihr Leben hier langfristig aufzubauen, gezwungen, die „Rück-

kehr“ immer im Kalkül zu halten, auch wenn sie ihr „Pass-Land“ gar nicht kennen.

1999: Doppelte Staatsbürgerschaft – ein Problem in der Reform?

Seit vielen Jahren hatte die SPD einhellig eine Reform des Staatsbürgerrechts mit dem Ziel erleichterter Einbürgerung gefordert. Insbesondere nach 1990 waren Hindernisse deutschlandpolitischer Art weggefallen. Im Zusammenhang mit der Abschaffung des Grundrechts auf politisches Asyl 1992/93 versprach die SPD-Führung sehr eindeutig, sie werde zwar Zuwanderung beschränken, die Integration der schon Zugewanderten durch Einbürgerung aber entschieden erleichtern. Dazu gehöre auch, Einbürgerung nicht mehr zwingend mit dem Verlust der bisherigen Staatsbürgerschaft zu verknüpfen. Eine Million Unterschriften wurden 1993 für eine solche Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft gesammelt.

So war es überfällig, dass SPD und Grüne nach dem Wahlerfolg vom 27.9.1998 unverzüglich die Reform des Staatsbürgerrechts in Angriff nahmen. Am 13. Januar stellte Otto Schily den Gesetzentwurf vor, der vor allem einen Anspruch auf Einbürgerung nach acht Jahren legalen Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland enthält. Das ist das Neue, der springende Punkt, welcher das Staatsbürgerrecht zu einem echten, einklagbaren Recht macht. Nicht mehr die Deutschen als „Familie“ adoptieren einen Fremden, sondern dessen Teilhabe an der deutschen Gesellschaft gibt ihm den Anspruch auf Bürgerrecht. In Schleswig-Holstein würden 50% der hier lebenden ausländischen Bürger, fast 70.000 Personen einbürgerungsberechtigt.

Die CDU und die rechte Presse im Lande kritisieren und bekämpfen vor allem einen Nebenaspekt: die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit, die vom Gesetz nicht mehr ausgeschlossen werden soll. Die Argumente allerdings sind dünn: Es werde an der Loyalität der „Doppelstaatler“ fehlen, sie seien privilegiert, sie müßten daher gezwungen werden, sich für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Die Ablehnung der doppelten Staatsangehörigkeit wurde bisher bei den Osteuropa-Deutschen nach Art. 116 GG gar nicht und auch bei anderen Einbürgerungen – etwa von Ehepartnern – keineswegs konse-

quent praktiziert. Zwei bis drei Millionen Doppelstaatler leben in Deutschland, ohne dass Probleme bekannt geworden wären. Rechte und Pflichten richten sich meist nach dem Land des Aufenthalts, so dass etwa Wehrpflicht-Kollisionen leicht gelöst werden können.

Andererseits – und darum ist die Möglichkeit doppelter Staatsangehörigkeit so wichtig – befreit sie die Einzubürgernden von der Not, dass ihr „alter“ Staat sie aus der Staatsangehörigkeit entlassen muss, was etwa der Iran nie, die Türkei ungern tut oder was, etwa im Erbrecht, Nachteile in vielen Staaten, mit sich bringt. Außerdem belässt die doppelte Staatsbürgerschaft den Eingebürgerten die Möglichkeit, ohne Statusverlust in das Land der früheren Herkunft, der Eltern und Verwandten zu ziehen – ein Recht, das niemand missen möchte, der von Kiel nach Stuttgart zieht. Welche Nachteile Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland von einer weiteren Staatsbürgerschaft einzelner Deutscher haben sollten, ist dagegen nicht

Die Ablehnung der doppelten Staatsangehörigkeit wurde bisher bei den Osteuropa-Deutschen nach Art. 116 GG gar nicht und auch sonst keineswegs konsequent praktiziert. Zwei bis drei Millionen Doppelstaatler leben in Deutschland, ohne dass Probleme bekannt geworden wären.

antimilitarismus information

Osterweiterung-der Englischkurs
3/99

ami

- ☛ USA rüsten gegen ABM-Vertrag
- ☛ 2. NATO-Osterweiterungsrunde vertagt
- ☛ Multinationale Korps
- ☛ Menschenrechtsverletzungen in Palästina
- ☛ Kurdisches Trauerspiel
- ☛ Trident-Protest
- ☛ Kosov@: Kämpfeinsatz - nein danke!
- ☛ Bürgerkriegs-ökonomien II uvm.

monatliche Informationen und
Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-;
Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.-
(+Porto). *Probeheft gratis*
Bezug: Verein für friedenspolitische
Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785
Berlin e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
http://userpage.fu-berlin.de/~arend/
ami.html Telefon/Fax: ++30-25 79 73 42

ersichtlich. Die in der Diskussion befindliche „Staatsbürgerschaft auf Zeit“ mit Entscheidungszwang löst hingegen keines der Probleme.

Im Europa der Neuzeit angekommen?

Gerade das Fortschreiten der europäischen und internationalen Integration sowie die grenzüberschreitende Arbeitskräftemobilität – gerne auch von Unternehmervertretern gefordert – lassen die Ablehnung von möglichen doppelten Staatsbürgerschaften rückschrittlich erscheinen. Die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen ihr Leben in verschiedenen Staaten Europas und der Welt verbringen, wächst – warum sie an eines dieser Länder allein gebunden sein sollen, lässt sich rational nicht begründen. Das Argument vom „Loyalitätskonflikt“ jedenfalls stammt aus der Zeit, in der sich die zwischenstaatlichen Beziehungen vor allem aus der Möglichkeit eines Krieges begründeten statt aus Integration und Austausch. Auf die Spitze getrieben hat die Loyalitätsforderung an ihre Staatsbürger übrigens die DDR: bis hin zum Ausreiseverbot. Die allgemeinen Menschenrechte aber

fordern Auswanderungsfreiheit. Dies alles gilt nicht weniger, wenn der Herkunftsstaat, etwa die Türkei, eine andere religiöse Tradition hat. Moderne Staaten sind weder ethnisch, noch kulturell oder religiös homogene Veranstaltungen. Die Idee des homogenen Staates ist von gestern, ihre Wiederbelebung führt zu Krieg und Elend – etwa in Jugoslawien. Für ein Fortschreiten der europäischen Integration wiederum ist ein mobilitätsförderndes Staatsbürgerrecht essentiell – es kann sich nur am Standard der Republiken orientieren, die wie Frankreich am Aufenthalt statt an der Abstammung anknüpfen.

Schwächen des Gesetzentwurfs

Schon der Schily-Entwurf wies auch Schwächen und Inkonsistenzen auf: Der Einbürgerungsanspruch sollte nicht gelten für Menschen, die Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe beziehen: das trifft etwa alleinerziehende Mütter, Behinderte, Pflegebedürftige, junge Leute im Übergang oder die von zwanzig Jahren Drecksarbeit verschlissenen Einwanderer der ersten Generation, die der Arbeitsmarkt mit 55 in die soziale Abwärtsspirale geschickt hat: Eine feine Reminiszenz an die Zeiten, wo Bürgerrechte ganz allgemein an Besitz und Eigentum geknüpft waren. Und schließlich soll der Einbürgerungsanspruch für diejenigen entfallen, welche wegen einer Straftat zu mehr als neun Monaten Haft oder 270 Tagessätzen verurteilt worden sind. Wer ohne deutschen Pass mit dem Gesetz in Konflikt kommt, wird so doppelt bestraft – strafrechtlich und dazu mit Einbürgerungssperre. Die Verurteilung in der Vergangenheit hat aber gerade nicht den Sinn, die Zukunft vorherzubestimmen. Resozialisierung wird so für Eingewanderte ebenso zur Phrase wie die Funktion der Sozialhilfe als „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Die rassistische Kampagne

Die Kampagne von CDU und Rechtspresse „gegen die doppelte Staatsbürgerschaft“ zielte kaum auf die Feinheiten des Staatsbürgerrechts: Sie war die Mobilisierung rassistischer Ressentiments gegen „die Ausländer“ und „die Türken“ zum Zweck der Stabilisierung der eigenen bröckelnden Anhängerschaft. Die ständige demagogische Verknüpfung von „Ausländer“ und „Kriminalität“, von Zukunftsängsten und Einwanderung in der konservativen und nationalliberalen Massenpresse von BILD bis SPIE-

GEL zeigte Breitenwirkung vom Arbeiter bis zum Studienrat. Und noch nie in der jüngeren Geschichte erhielt eine schlichte Unterschriftensammlung soviel Publicity, bevor sie überhaupt gestartet wurde. Bisherige Unterschriftensammlungen schafften es kaum in die Fernsehnachrichten, wenn sie die Million Unterschriften schon beisammen hatten – so wie der erwähnte Aufruf für die doppelte Staatsbürgerschaft 1993.

Es sind die rassistischen Kampagnen dieser Art, die zusammen mit der Diskriminierung im Bildungswesen, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt dazu beitragen, hier lebende Einwanderer „mental auszubürgern“ – sie in die türkischen Vereine, die Koranschulen, die gesicherte Identität zu treiben – um ihnen dann wieder mangelnde Integration vorzuwerfen.

Ist die SPD regierungsfähig?

Doch es hilft wenig zu beklagen, dass der politische Gegner seine Möglichkeiten nützt. Schon wenige Tage nach der Landtagswahl in Hessen signalisierten Schröder, Struck und Lafontaine die Bereitschaft, von der Reform abzurücken. Keineswegs alleine der Bundesrat, sondern vor allem die fehlende Kampagnenfähigkeit der SPD in Grundsatzfragen der Demokratie ist der Grund. Schon seit Jahren unternahmen weder Parteiführung noch größere Teile der Basis den Versuch, bei Bürgerrechten die Meinungsführerschaft zurückzugewinnen. Schröder bezeichnet nun das Staatsbürgerrecht als „Minderheitenthema“. Der Versuch der von ihm und Hombach repräsentierten Teile der SPD, unbequeme und mit gesellschaftlichen Konflikten verbundene Themen als SPD-fern bei den Grünen zu verorten und diesen dann noch „Regierungsunfähigkeit“ vorzuwerfen, ist politisch gefährlich. Das Einknicken bringt der stärksten Regierungspartei keine Sympathien – und die Kampagne gegen den Koalitionspartner und die eigenen Forderungen statt gegen die CDU zu führen, untergräbt die Basis der gerade gewählten Regierung.

Regierungsfähigkeit heißt auch, für seine Reformprojekte zu werben, Widerstände zu ertragen und überwinden. Beim Staatsbürgerrecht kann und muss die SPD ihre eigene Regierungsfähigkeit beweisen. Das allerdings geht nicht nur Schröder und die Bundestagsfraktion an, sondern auch die Basis der Partei, die zeigen muss, dass sie bereit ist zu kämpfen. spw

Regierungsfähigkeit heißt auch, für seine Reformprojekte zu werben, Widerstände zu ertragen und überwinden. Beim Staatsbürgerrecht kann und muss die SPD ihre eigene Regierungsfähigkeit beweisen.

Zeitschrift für Kultur und Weltanschauung humanismus aktuell

Jetzt bestellen!

Heft 1: Konjunktur für Weltanschauungen?

Heft 2: Feste und Feiern

Heft 3: Humanistische Sozialarbeit

Heft 4: Apokalyptik und Weltuntergang

Heft 5: Geschlechterbeziehungen (geplant)

Einzelpreis: 14,00 DM

Abopreis: 11,50 DM

(zzgl. 3,50 DM bei Versand im Inland)

Redaktions- und Bestelladresse:

Humanistische Akademie Berlin
Hobrechtstraße 8
D-12043 Berlin
Telefon (0 30) 61 39 04-0
Fax (0 30) 61 39 04-50
eMail: hvd-berlin@humanismus.de
ISSN 1433-514X

Wie löst man konservative oder neoliberale Regierungen in Zeiten neoliberaler Hegemonie ab, wenn allorts bereits das „Ende der Geschichte“ oder zumindest das des „sozialdemokratischen Zeitalters“ verkündet wird, ein alternatives hegemoniales Projekt in weiter Ferne scheint?

So oder ähnlich könnte die zentrale Frage gelautet haben, die sich Polit-Strategen wie Blair und Giddens oder Hombach und Schröder gestellt haben, als sie den „Dritten Weg“ kreierten. Schaut man sich die politische Landkarte Europas an, könnte man annehmen, daß sie diese Frage zur vollsten Zufriedenheit gelöst haben. Es scheint, als sei die „Neue Mitte“ gewonnen worden mit dem Wahlkampfversprechen, daß man „nicht alles anders, aber vieles besser“ machen wolle.

Wahlkämpfe sind allenthalben professionalisiert worden, sowohl was die Vermittlung der zentralen Botschaften als auch die Fixierung auf den Spitzenkandidaten anging. Die Medien sind professionell bedient, geradezu benutzt worden, in einer Form, daß sich die Partei des öfteren fragte, wo überhaupt ihre Rolle in der Inszenierung lag.

Vielfalt „dritter Wege“

Hier deutete sich bereits an, was jetzt, nach dem Rücktritt von Lafontaine als Parteivorsitzendem, offenkundig wird: Die hochgradig auf die Spitzenkandidaten abgestellten Wahlkampfstrategien haben dazu beigetragen, daß sich diese nun wie direkt gewählte Regierungschefs fühlen können, deren Verpflichtungen gegenüber ihrer Partei und deren Programmatik relativ gering ist. Oder man hat, wie Blair in Großbritannien, bereits vor den entscheidenden Wahlen die Partei, sowohl bezogen auf die Programmatik wie auch auf die Organisation, „modernisiert“, zweifelsohne ein dringend notwendiges Unterfangen, auch wenn wir uns darunter etwas anderes vorgestellt hätten. Man erinnere sich an Hillary Wainwrights Ausführungen im letzten Heft.

Die vielen Anführungsstriche deuten schon an, daß es eine Menge Klärungsbedarf gibt. Der folgende Schwerpunkt ist ein erster Schritt, diesen zu befriedigen. Allerdings sollte niemand eindeutige und alles umfassende Definitionen solcher Begriffe wie dem des „Dritten Weges“ erwarten. Vieles, was unter diesem Label verkauft wird, ist zunächst einmal eher „Puzzlespiel“, wie Benjamin Mikfeld und Thomas Westphal in ihrem Artikel ausführen. Wobei davon ausgegangen werden muß, daß die einzelnen Teile nicht unbedingt zusammen passen müssen und in den Ländern unterschiedliche historische Voraussetzungen bestehen, die nicht einfach außer Acht gelassen werden können.

Dementsprechend werden wir uns bemühen, einen Überblick über verschiedene Varianten sozialdemokratischer „dritter Wege“ zu liefern.

Erstaunen wird es dabei so manche, daß wir mit dem Artikel von Uwe Wiedenried zum amerikanischen „Modell“ beginnen. Doch findet sich jenseits des Teiches so einiges, was sich in die europäische Programmatik unter den Stichworten „welfare to work“ oder auch „aktivierender Staat“ einschleicht. In der italienischen Sozialdemokratie stellen die „Clintonisti“ heute schon eine nicht unbedeutende Strömung dar.

Ergänzt wird dieser Starschnitt in den nächsten Heften um Großbritannien, Frankreich, Italien, die Niederlande und Skandinavien.

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Pragmatismus reicht nicht

Mechthild Jansen setzt sich intensiv mit dem bedeutendsten deutschen „spin-doctor“ Bodo Hombach auseinander. Sein Buch „Aufbruch – die Politik der neuen Mitte“ kann gemeinsam mit Anthony Giddens „The Third Way“ als zentrales Dokument des Dritten Weges angesehen werden, zumindest für die BRD.

So spielen Giddens und Hombach auch in Klaus Dörres Ausführungen eine zentrale Rolle. Sein Fokus liegt allerdings vor allem auf der Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit den sozialwissenschaftlichen und polit-ökonomischen Grundlagen der Konzeptionen eines dritten Wegs.

Mikfeld und Westphal führen bereits kurz in die „Neue Mitte“ aus milieutheoretischer Sicht ein. Mit dieser Perspektive werden wir uns ebenfalls in einem der folgenden Hefte intensiv auseinandersetzen. Anhand von Michael Vesters Untersuchungen läßt sich diese soziologisch sehr genau bestimmen, inklusive ihrer zentralen Interessen und ihres Wahlverhaltens. Diese genaue Analyse der unterschiedlichen sozialen Milieus, Lebensformen und weltanschaulichen Lager bietet für uns eine unverzichtbare Grundlage bei der Entwicklung politischer Strategien und der Frage nach Bündnispartnern.

Denn unser Ziel muß klar sein: Es gilt, den „Modernisierern“ den Begriff „modern“ wegzunehmen, zu zeigen, daß neoliberale Hegemonie zu brechen ist, wenn man eine Politik formuliert, die über den „knochenharten Pragmatismus“ (Hombach) weit hinausgeht, die in der Lage ist, Visionen zu kreieren, statt lediglich „das Gutgemachte als Beurteilungsgrundlage für Politik“ (ders.) zählen zu lassen, indem sie Interessensgegensätze aufzeigt und aus diesen heraus eine klare linke Perspektive entwickelt.

spw

Es gilt, den „Modernisierern“ den Begriff „modern“ wegzunehmen und zu zeigen, daß neoliberale Hegemonie zu brechen ist.

* Stefanie Gerszewski, Dortmund, Mitglied der spw-Redaktion

Die neue Mitte im Hochgeschwindigkeitsleerlauf

von Benjamin Mikfeld und Thomas Westphal



Ursprünglich sollte dies ein Artikel über Konzept, Realpolitik und die inneren Widersprüche des „Dritten Weg“ der „neuen Sozialdemokratie“ werden. Eine Aussage hätte gelautet, dass Oskar Lafontaine kein schlüssiges Gegenprojekt zur Politik der „neuen Mitte“ vertritt. Nun ist er weg – und die Linke ist wieder allein. Neben der Tatsache, dass die Krise der sozialdemokratischen Linken nun offengelegt wurde, zeugt die mediale Ausweitung des Rücktritts von der Verwirrung der linken und liberalen Eliten im Land. Wenn man die Komplexität der Kommentare auf wesentliche Einstellungen reduziert, so lassen sich drei öffentliche Interpretationsmuster ausmachen:

Interpretationen des Rücktritts

Für Rolf Dietrich Schwarz von der Frankfurter Rundschau besteht der Kern der Dinge in einer modernen Kombination aus Klassenkampf und Dolchstoßlegende. Der klassenkämpferischen Positionierung der deutschen Konzerne in der Steuerpolitik konnte Oskar Lafontaine nicht mehr standhalten, weil ihm „hinter den Kulissen der Dolch ins Gewand gestoßen wurde“. Somit ist Oskar Lafontaine ein Opfer der Wirtschaft. Der Wirtschaftsliberalismus hat mit dem Rücktritt des Finanzministers den endgültigen Durchbruch geschafft. Mit der Regierung Schröder läßt sich die Standortitei noch besser in steuerliche und andere materielle

Was immer Oskar Lafontaine gesellschaftspolitisch erreichen wollte, mit seiner Flucht aus der Politik, hat er nun eine endgültige Niederlage erlitten.

Vergünstigungen ummünzen als mit der alten Kohl-Regierung.

Quasi seitenverkehrt wird diese klassenpolitische Interpretation in den Kommentaren des Handelsblattes, der FAZ, des Focus u. a. bestätigt. Sie alle geben der Regierung Schröder „eine zweite Chance“, jetzt ohne dem „Kapital- und Arbeitsplatzvernichter“ Lafontaine eine wirtschaftsfreundliche Politik zu entwickeln. Der New-York-Chef der Deutschen Bank sprach gar vom „weltweiten Sieg des Kapitalismus“.

Eine Autorengruppe des Spiegel und Christoph Schwennicke von der Süddeutschen Zeitung wagen sich tiefer hinein in den Morast der Indeskretion und der Intrigen. Niemand kann den Konflikt um die Steuerpolitik und die Angriffe der Versicherungs- und Stromwirtschaft, die Schwarz von der FR in den Mittelpunkt seiner Betrachtung rückt, in der Sache leugnen. Aber die Ursachenforschung ist beim Spiegel und bei der Süddeutschen Zeitung auf eine andere Ebene verschoben. Der Spiegel baut dabei auf bewährte Interpretationsmuster. „Das hochkomplizierte deutsche Parteien- und Regierungswesen reduziert sich – wenn es ernst wird – auf ein schlichtes Duell Mann gegen Mann.“ So läßt sich die deutsche Nachkriegsgeschichte dann auch schneller zusammenfassen: „Adenauer gegen Ludwig Erhard, Willy Brandt gegen Helmut Schmidt, Helmut Kohl gegen Franz-Josef Strauß, Schröder gegen Lafontaine.“ Auf insgesamt neun Seiten beschreibt die Autorengruppe dann das Männerduell Schröder gegen Lafontaine in allen Einzelheiten, unter Berücksichtigung der historisch gewachsenen Rivalität. In dieser Lesart ist Lafontaine kein Opfer der Wirtschaft, sondern nur ein Opfer des Enkel-Mobbing, das er selber erfunden und erfolgreich praktiziert hat.

Ch. Schwennicke von der Süddeutschen Zeitung setzt noch einen drauf. Er widmet sich dem Fall Hombach. Schließlich soll Hombach für die entscheidende Indiskreti-

* Benjamin Mikfeld, Bochum, Mitglied im SPD-Parteivorstand, studiert Sozialwissenschaften; Thomas Westphal, Dortmund, Mitherausgeber der spw, arbeitet in einem gewerkschaftseigenen Beratungsunternehmen.

on gesorgt haben und Kabinettsdebatten öffentlich gemacht haben. Schwennicke versucht erst gar nicht, Fakten aufzuzählen. Er zeichnet ein Bild vom Kanzleramtsminister, das nichts über die Person Hombach aussagt, aber alles über die bewundernde Ergebenheit des Autors preis gibt. Schwennicke macht aus dem Kanzleramtsminister einen modernen Helden, der „*interessanterweise* den Verdacht der Indiskretion magnetisch anzieht“. „Sein Umfeld kommt kaum nach, das eine Verdachtsmoment auszusräumen, da steht Hombach schon wieder im nächsten Feuer.“ Für den Journalisten der Süddeutschen ist Hombach „eine gefährliche Waffe, dessen Feuerkraft in den eigenen Reihen gefürchtet ist.“

Die hegemonietheoretische Interpretation

Eine eher unterentwickelte und weniger wahrnehmbare Interpretationslinie ist die hegemonietheoretische Interpretation. Also der Versuch, politisch-ökonomische Konflikte, Widersprüche im Politikstil der herrschenden Gruppierung, kulturelle Unterschiede innerhalb der Regierenden und der Regierten zusammen zu denken.

Ein Beispiel für dieses Verständnis der aktuellen politischen Entwicklung liefert Günter Gaus in einer Ausgabe des „Freitag“.

Für Günter Gaus war Oskar Lafontaine ein „Volkstribun im altmodischen Stil“. Einer der einen Parteitag auf seine Seite zwingen kann, aber fast „rührend hilflos im Umgang mit den elektronischen Medien wirkt“. In den letzten Tagen als Finanzminister habe sich Lafontaine in Diskussionen mit Politikern und Journalisten im Fernsehen direkt an die Benachteiligten im Lande gewandt, die die wohlmeinende Absicht seiner Steuerreform doch gewiß begreifen würden. Für Gaus war Lafontaine mit diesem Vorgehen ein „einsamer Rufer bei der dramaturgisch falschen Anwendung des Mediums.“ Mit dieser politischen Strategie ist Oskar Lafontaine den Konzernen aus der Versicherungs- und Stromwirtschaft unterlegen gewesen. Sein Sturz bedeutet für Gaus deshalb mehr als das Ende eines Männerduells und auch mehr als ein Sieg des Wirtschaftsliberalismus. Mit dem Rücktritt von Oskar Lafontaine verschwindet bis auf weiteres eine politische Kultur, deren Anspruch darin besteht, den gesellschaftlichen Wandel in den ökonomischen, sozialen, ökologischen und privaten Strukturen wertorientiert zu gestalten.

Auch wenn sich die Interpretationslinien in der Argumentationsführung, in der eingenommenen Betrachterspektive und auch in der politischen Substanz deutlich voneinander unterscheiden, so zeichnet sie doch eine große Gemeinsamkeit aus. In allen Interpretationen der entstandenen Lage erscheint der schwelende Konflikt über die politische Philosophie und Grundausrichtung der Regierungspolitik nun endgültig zugunsten des Kanzlers und seiner wirtschaftsfreundlichen Angebotspolitik entschieden zu sein. Freund und Feind der Schröderschen Politik sind sich darüber einig, dass die Kräfteverhältnisse in der SPD und in der Regierungskoalition nun eindeutig zugunsten des Kanzlers und seiner „Geheimwaffe“ im Bundeskanzleramt verschoben worden sind.

Was immer Oskar Lafontaine mit seiner Strategie und Taktik in den zurückliegenden zwanzig Jahren gesellschaftspolitisch erreichen wollte, mit seiner Flucht aus der Politik hat er nun eine endgültige Niederlage erlitten.

Jenseits von links und rechts?

Es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, dass Gerhard Schröder der kurzfristige Sieger der Auseinanderset-

zung ist. Bevor man nun aber historische Arien beginnt und Zäsuren, Einschnitte und epochale Weichenstellungen entdeckt, sollte man sich daran erinnern, dass mit Gerhard Schröder im Zeitraum von acht Jahren bereits der vierte Vertreter der Enkelgeneration zum Parteivorsitzenden gewählt wird. Die Anpassungsgeschwindigkeit an vermeintliche gesellschaftliche und ökonomische Sachzwänge wird innerhalb der Volksparteien immer höher. Der hohe Wahlsieg von Rot-Grün im September des letzten Jahres konnte nur ein paar Monate lang überdecken, dass in der gesamte Struktur des politischen Parteiensystems in Deutschland bereits seit Jahren eine „Modernitätslücke“ klafft. Weder der organisierte Konservatismus noch die deutsche Sozialdemokratie haben bisher eine politisch gestaltbare Antwort auf den Wandel von Ökonomie und Gesellschaft im Spätkapitalismus gefunden.

Aber der entfesselte Kapitalismus verdampft alle Traditionen, die sowohl den Konservativen als auch der klassisch reformistischen Sozialdemokratie heilig sind. Insbesondere den beiden grossen Volksparteien wird durch die Dynamik des Kapitalismus die Klassenbasis unter den Füßen weggeschlagen und ihrer jeweiligen Politik das Wasser abgegraben. Um also die Zukunft der Sozialdemokratie beurteilen zu können, muss nach der gesellschaftlichen Modernität der Partei (die nicht mit Zeitgeistsurfen und Klientelismus verwechselt werden sollte) gefragt werden. Unter Modernität verstehen wir die Fähigkeit, grundlegende Wandlungen in der Produktivkraftentwicklung, in den industriellen Beziehungen und in den menschlichen Wertvorstellungen und Alltagsbeziehungen (die sich vor unseren Augen vollziehen) politisch wertorientiert zu gestalten, um jeweils neue gesellschaftliche Integrationsleistungen vollbringen zu können.

Für die Beurteilung der aktuellen Grundströmungen in der deutschen Sozialdemokratie taugt ein einfacher (womöglich moralisierender) Links-Rechts-Gegensatz vergangener Tage wenig. Auch die bisherigen Strömungen der Parteilinken müssen sich fragen lassen, welchen politischen Beitrag sie für eine zukünftige sozialintegrative Politik in Umbruchszeiten beizusteuern haben.

Inbesondere die Formel der „neuen Mitte“ wurde von ihren Erfindern als Signal der Modernität, als Anschlußprogramm der SPD an die gesellschaftliche Realität verstanden. Im Wahlkampf hat diese Formel, gestützt durch professionelles Polit-Management, offenbar die notwendigen Stimmen mobilisiert. Nun aber nützt Schröder die Show alleine nicht mehr, nun muß er regieren! Ist die neue Mitte regierungsfähig?

Giddens „third way“

Europäischer Avantgardist und Prototyp des „neuen Sozialdemokraten“ wurde der britische Premierminister Tony Blair. Obwohl er sich gerne als ideologiefreier Pragmatiker präsentiert, war ihm dennoch klar, dass ein Erneuerungsprojekt – um hegemoniefähig zu werden – mit Leitbildern und Visionen verbunden werden muß.

Als ein wichtiger intellektueller Bündnispartner dient Blair der britische Soziologe Anthony Giddens. Für ihn ist sowohl der Sozialismus, den er gleichsetzt mit der „alten Sozialdemokratie“, als auch der Neoliberalismus gescheitert¹. Während ersterer die Dynamik und Anpassungsfä-

Hombachs Plädoyer für eine „Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft“ baut im wesentlichen auf drei Säulen auf: „Angebotspolitik von links“, „aktivierender Staat“ und „inszenierter Korporatismus“.

higkeit des Kapitalismus unterschätzt habe, sei letzterer an seinem inneren Widerspruch zwischen Marktfundamentalismus und Konservatismus zugrunde gegangen.

Aufbauend auf dieser Einschätzung skizziert Giddens Vorstellungen für eine Erneuerung der Sozialdemokratie. Den Dritten Weg definiert er als „eine Theorie und eine politische Praxis, mittels deren die Sozialdemokratie den grundlegenden Veränderungen der Welt innerhalb der letzten zwei oder drei Jahrzehnte Rechnung trägt“². Ein wesentliches Prinzip für ihn lautet „Keine Entscheidungsmacht ohne demokratisches Verfahren“. Auch dürfte er richtig liegen mit der Einschätzung, dass der Sozialstaat nur zu halten ist, wenn er so umgebaut wird, dass er der

Hombachs „neue Mitte“ ist weit entfernt davon, die deutsche Antwort auf den „third way“ von Giddens zu sein.

Mehrzahl der Bevölkerung erkennbaren Nutzen bringt. Unter den Stichworten der „positiven Wohlfahrt“ oder des „Sozialinvestitionsstaates“ leitet er ein neues Sozialstaatsverständnis ab. An die Stelle von direkten Zahlungen sollen Investitionen in menschliches Kapital und die Förderung unternehmerischer Initiativen treten. Dahinter steckt aber nicht nur eine Umorientierung von einer passiven hin zu einer aktiv Arbeitsmarktpolitik: dieses Verständnis geht vielmehr einher mit einer Pflichtenethik, die die individuelle Verantwortung für soziale Benachteiligung und Arbeitslosigkeit aus ihrem gesellschaftlichen Kontext herauslöst und Machtfragen außer Acht läßt. Vernünftig allerdings sind schließlich die Hinweise auf die Erfordernis einer Ausweitung supranationaler Regulierungsansätze bzw. die Herausbildung einer „kosmopolitischen Demokratie“. Damit sind die wesentlichen „politischen Benchmarks“ für die europäische Debatte über die Zukunft der Sozialdemokratie gesetzt.

Hombachs „neue Mitte“

Auf deutscher Seite tut sich vor allem der neue Kanzleramtsminister Bodo Hombach als spiritus rector der Debat-

te um den Dritten Weg hervor.³ Allerdings sind auf dem Weg von der britischen Insel zur Feder des neuen Kanzleramtsministers einige wesentliche Eckpunkte des „third way“ über Bord gegangen. Für Hombach verläuft der Dritte Weg zwischen „einem oberflächlichen Vulgärliberalismus und dem alten Denken des Nachkriegsstaates“⁴. Ihm geht es darum, die Situation einer „blockierten Gesellschaft“⁵ aufzubrechen. Insoweit hält sich Hombach eng an die Vorgaben des englischen Originals. Als wesentliche Probleme benennt er „die Fixierung der Gesellschaft auf den Staat“, eine „Absicherungs- und Mietermentalität“, den „Diskurs der Jammergeellschaft“ oder die „Besitzstands- und Verteilungsideologie“.

Sein Plädoyer für eine „Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft“ baut im wesentlichen auf drei Säulen auf. Im Rahmen seiner „Angebotspolitik von links“ wird den Herausforderungen der Globalisierung positiv begegnet. Die Antwort des Staates soll dementsprechend in einer Stärkung der unternehmerischen Kräfte, d.h. der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen liegen. Der zweite Strang seines Entwurfs kann mit dem Slogan vom „aktivierenden Staat“ zusammengefaßt werden, als der deutschen Variante der „positiven Wohlfahrt“. Angesichts der „finanziellen Krise des Umverteilungsstaates“ soll an die Stelle des klassischen Wohlfahrtsstaates ein Sozialstaatsmodell treten, welches die BürgerInnen zu mehr Eigeninitiative befähigen soll. Schließlich gilt, so Hombach: „Jeder Job ist besser als keiner!“. Zentral wird der Begriff der „Fairneß“ – Aufgabe des Sozialstaates soll es nur noch sein, jedem eine Chance zu geben, sich selbst aus einer problematischen Lage zu befreien. Als neuen Modus der Regulierung stellt sich Hombach einen „inszenierten Korporatismus“ vor. Dieser Ansatz steht für die demonstrative Zusammenführung der pragmatischen Kräfte aller gesellschaftlichen Gruppen zur Lösung der gegenwärtigen Probleme. Hinter dieser Formulierung steckt der Anspruch, das bisherige politische Aushandlungssystem durch „Innovationsallianzen“ und dezentrale Regulierungsmuster zu ersetzen.

Mit Blick auf die aktuellen Auseinandersetzungen um die Steuerpolitik ist es doch sehr aufschlussreich, dass Hombach in seinem Buch „Aufbruch“ über vierundzwanzig Seiten hinweg das Credo seiner „Angebotspolitik von links“ beschreibt, ohne ein einziges mal die Steuer- und Finanzpolitik zu erwähnen.

Die angebliche Finanzierungskrise des Sozialstaates wird an keiner Stelle ökonomisch schlüssig begründet, für Hombach existiert der Unterschied zwischen einer Einnahme- und einer Ausgabenkrise offenbar nicht. Zwar scheint Hombach klar zu sein, dass die Innovations- und Weltmarktorientierung als Beschäftigungsstrategie unzureichend ist. Die voranschreitende Spaltung der Arbeitsgesellschaft wird aber nicht als Problem thematisiert, sondern wird durch die Vorstellungen von Kombi-Löhnen o.ä. zum Programm erklärt. Hier wird die Giddensche Vorstellung von der positiven Wohlfahrt auf die Etablierung eines Niedriglohnssektors reduziert. Darüber hinaus sind die zivilisationskritischen und ökologischen Akzentuierungen, das emphatische Demokratiebekenntnis sowie das Plädoyer für eine re-regulierte Weltwirtschaft, die das Denken von Giddens prägen, bei Hombach durch neue Technikbegeisterung und Gründergeist ersetzt worden.

Hombachs „neue Mitte“ ist also weit entfernt davon, die deutsche Antwort auf den „third way“ von Giddens zu sein. Er scheint eher der Versuchung unterlegen zu sein, allem Neuen bereits dafür zu huldigen, dass es neu ist.

Andere Zeiten

1'99

Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation

Ehem.: LiFo-Info. Neue Folge. Januar/Februar DM 10,-

Inhalt

Michael Jäger Die Grünen in der Koalition; **Jule Endruweit** Das Ende des alternativen Demokratiemodells; **Regina Michalik** Neu statt anders?; **Rüdiger Sagel, Hubertus Zebel** Macht, Diskurs und Inhalt; **Aldo Bonomi** Der molekulare Kapitalismus; **Michael Martens** Das Rot-Grüne Einkommenssteuerprojekt; **Stefan Bajohr** Ohne Lenkungswirkung, ohne Arbeitsplatzeffekt ökologisch-soziale Steuerreform verweigert?; **Simon Schunk** Ökoliberalismus; **Christian Simmert** Grüne - wie Flasche leer?; **Margareta Wolf** Jenseits von Rechts und Links

Probe: 3 Hefte 10,-DM
Abo: 60,-DM / Jahr

Andere Zeiten
Schönleinstr. 6
10967 Berlin
Tel. 030 691 44 54
Elmar.Peine@T-Online.de

Das Debattenorgan der Grünen Linken

Zeitgeistargumentation reinsten Wassers. Mit Blick auf die internationale Debatte ist ohnehin fraglich, ob sich der eine Dritte Weg definieren läßt. Die Politik folgt auch an dieser historischen Bruchstelle den jeweiligen nationalen Pfaden; d.h. historisch gewachsene Strukturen, Normen und Regulationsweisen können nicht einfach zerschlagen und durch neue ersetzt werden. So ist auch fraglich, ob das, was gegenwärtig als politisches Benchmarking bezeichnet wird, nicht in einigen Fällen eher den Versuch darstellt, Teile aus unterschiedlichen Puzzlespielen herauszunehmen und aneinanderzusetzen. Das vielgerühmte holländische Modell hat eben auch etwas mit der spezifischen nationalen Konsenskultur zu tun. Oder: die Anleihen der „neuen Sozialdemokratie“ an der amerikanischen Kommunitarismus-Debatte mögen zwar einen gewissen modischen Chic haben; die Ursprünge der Debatte selber sind aber vor allem vor dem Hintergrund eines vollkommen verlotterten Sozialstaates in den USA zu sehen.

Die neue Mitte – eine Hegemoniefrage

Trotz dieser konzeptionellen Lücken und der mangelnden Substanz der Formel von der „neuen Mitte“ wäre eine platte Zurückweisung nach der Melodie „alter Wein und viele neue Schläuche“⁶ politisch verfehlt.

Die „neue Mitte“ sollte politisch als der *Versuch* einsortiert werden, die ökonomischen und gesellschaftlichen Umbrüche als Ensemble zu denken und über Einzelforderungen und punktuellen Krisenmanagement hinausgehende Leitideen und positive Deutungsmuster in die Debatte einzubringen. Damit findet die politische Auseinandersetzung in einer anderen Liga statt, als dies in den bleiernden Zeiten der Scharping-SPD der Fall war.

Die „neue Mitte“ zu entzaubern, gelingt nicht dadurch, dass man jeden „einzelnen Baum begutachtet“ und anschließend verkündet, der „Wald sei nichts wert“. Es handelt sich um eine Auseinandersetzung um die kulturelle und politische Hegemonie in der Sozialdemokratie, die man überhaupt nur führen kann, wenn ein alternativer sinnstiftender Modernitätswurf mit mehr Substanz und konzeptioneller Dichte präsentiert werden kann. Davon sind aber andere Kräfte in dieser Partei offenbar weit entfernt.

Der Mangel an Konsistenz und Substanz der Formel von der „neuen Mitte“ kann bei der Betrachtung der praktischen Regierungspolitik von niemandem mehr schön geredet werden. An kaum einer Frage ist es bislang gelungen, die ursprünglichen Vorhaben konsequent durchzusetzen. Und vom einem übergreifenden Reformprojekt kann angesichts der vielen Widersprüche und zigfachen Kehrtwenden schon gar nicht die Rede sein.

Deutlich wird dabei auch, dass die Vorstellungen über die gesellschaftlichen TrägerInnen des neuen sozialdemokratischen Projektes, die vielzitierte „soziale Neue Mitte“, alles andere als ausgegoren sind. Zweifellos war es wahltaktisch erforderlich, eine Strategie zu entwickeln, die die SPD auch für moderne ArbeitnehmerInnenmilieus „wählbar“ macht.

Bei der „Neuen Mitte“ handelt es sich zunächst einmal um ein Konstrukt des SPD-Wahlkampfes, um widersprüchliche Lebens- und Interessenlagen mit einem einigenden Band zu verbinden. Diese „Integrationsideologie“ (Michael Vester) diene dazu, die vermeintlichen Interessenkongruenzen zu betonen und damit sowohl die Anliegen der klassischen ArbeitnehmerInnenenschaft als auch die Verunsicherungen der leistungsorientierten Eliten und des Mittelstandes aufzugreifen. Dies kann zwar im Wahlkampf funktionieren, aber eine dauerhafte Stabilität dieses „Bündnisses“ ist mehr als fraglich.

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Michael Vester beschreibt zu Recht den Widerspruch zwischen der „Elite der mehr oder minder modernisierten Technokraten“ und der „modernen Arbeitnehmermitte“.⁷ Sofern es gelingt, die soziale Lage zu stabilisieren, ist es durchaus denkbar, daß die materiellen und emanzipatorischen Ansprüche der neuen ArbeitnehmerInnenmilieus oder der nach wie vor strukturell benachteiligten Frauen eine Re-Politisierung erfahren. Auch die teilweise quer zu den sozioökonomischen Lagen verlaufenden neuen Konfliktlinien wie die Ökologie- oder die Demokratiefrage können nicht einfach mit dem Slogan der „Neuen Mitte“ kaschiert werden.

Das Bündnis für Arbeit

Ein Versuch, die Austragung der Konflikte zu rationalisieren und gleichzeitig schon einen ersten Siebenmeilenschritt auf dem Dritten Weg soll das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ darstellen. Es soll nach den Worten des Kanzlers „als ständiges Instrument zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit“ eingerichtet werden und von einem „fairen Ausgleich zwischen Geben und Nehmen“ geprägt sein. Sicherlich stellt dieser Versuch, den Korporatismus auf Bundesebene wiederzubeleben und damit auch gewerkschaftliche Anliegen in die Regierungspolitik „einzubauen“, einen erheblichen Fortschritt gegenüber einer Politik dar, die ArbeitnehmerInneninteressen zunehmend ignorant gegenüberstand. Aber es ist eben nur die Arena, in der Auseinandersetzungen ausgetragen werden, vielleicht sogar das „Kristallisationsfeld für eine aktive Gestaltung mit der Perspektive eines sozial regulierten europäischen Gesellschaftsprojektes“⁸, aber keineswegs eine Lösung an sich.

Eine Reduktion der Regierung auf die Moderatorenrolle wäre angesichts des massiven Problemdrucks zu wenig und zudem demokratietheoretisch fragwürdig. Gleichzeitig steht die Regierung unter dem Druck, im Laufe der Legislaturperiode eine statistisch nachweisbare Reduzierung der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Will man aber, um den Konsens mit dem Arbeitgeberlager zu wahren, aktive Beschäftigungspolitik (Ausweitung öffentlicher Investitionen,

Die „neue Mitte“ zu entzaubern, gelingt nicht dadurch, dass man jeden „einzelnen Baum begutachtet“ und anschließend verkündet, der „Wald sei nichts wert“.

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Arbeitszeitverkürzungen, Stärkung des Massenkonsums, Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung) in den Grenzen halten, die vom „Bündnis der Modernisierer aller gesellschaftlichen Gruppen“ (Schröder) gesteckt werden, bleiben nur drei miteinander verbindende Ansätze: erstens eine angebotsorientierte Innovationsförderung zur Stärkung des „Standortes“ (Steuersenkung, Qualifizierung, FuE-Unterstützung, etc.), zweitens eine ausgehandelte Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse (z.B. Altersteilzeit) und drittens ein Beitrag zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich (Kombi-Löhne).

Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich (Kombi-Löhne) droht ein wesentlicher Kern des „New Deals“ der späten 90er zu werden.

Vor allem letzteres droht ein wesentlicher Kern des „New Deals“ der späten 90er zu werden. Da einerseits enorme Beschäftigungspotentiale im Bereich niedrigproduktiver

Dienstleistungen gesehen werden, andererseits aber weder die hohe Lohnspreizung der USA, noch die Ausweitung des öffentlichen Dienstes wie in Schweden und damit eine entsprechend hohe Staatsquote in Kauf genommen werden sollen, wird auch hier ein Dritter Weg beschritten. Das bereits vorhandene Segment an Billiglohnarbeit soll ausgebaut, aber um staatliche Zusatzleistungen für die Er-

werbstätigen ergänzt werden; die Scheinlösung bei den 630 DM-Jobs zeigt bereits, dass hier kein Ausstieg aus dem Billiglohnsegment gewollt ist.

Der „Deal“ findet damit weniger zwischen Kapital und Arbeit statt, sondern v.a. zwischen den Kapitalfraktionen, die ein Interesse an einer nicht ausschließlich auf Kostensenkung reduzierten Wirtschafts- und Sozialpolitik haben, auf der einen, und industriellen Kernbelegschaften sowie privilegierten Lohnabhängigen auf der anderen Seite. Böse formuliert: die „Neue Mitte“ soll sich billige Dienstleistungsarbeit leisten können, damit die Verteilungslage beibehalten und dennoch die Arbeitslosigkeit bekämpft werden kann.

Sozialdemokratie vor der Weichenstellung

Wenn aber nun die Vorstellungen vom Dritten Weg auf wesentliche Widersprüche des modernen Kapitalismus so recht keine Antwort zu geben imstande sind, stellt sich die Frage nach der Alternative. Hier ist es wichtig, sich drei Dinge vor Augen zu halten.

Estens gibt es keinen Rückfahrchein in die Ära des Fordismus. Diese Erkenntnis ist zwar recht banal, aber dennoch bedeutsam angesichts der Tatsache, dass viele aufrechte sozialistische Linke sich im Sinne einer „linksfordistischen Reaktion“⁹ auf den Niedergang dieser Formation selber das Image der trotzig TraditionalistInnen verpassen. Je mehr der Neoliberalismus vor allem in den 90er Jahren an Dominanz hinzugewonnen hat, desto stärker gerieten emanzipatorische, über die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates hinausweisende Positionen in die Defensive. Insofern hat Blair-Mitarbeiter Geoff Mulgan gar nicht so unrecht, wenn er behauptet, dass die marxistische Linke gegenwärtig nicht viel mehr zu bieten hat, als „ein bißchen mehr Keynesianismus, ein bißchen mehr Umverteilung, ein bißchen weniger Kapitalismus“.¹⁰

Zweitens haben wir es gegenwärtig nicht nur mit ökonomischen Krisenprozessen oder einer politischen Blockadesituation zu tun, sondern mit einer Krise des „hegemonialen Systems“¹¹. Eine neue stabile Struktur ist seit dem Ende des Fordismus nicht entstanden. Daher „bedarf es, um einen Ausweg aus der Krise zu finden, einer grundlegend neuen Konfiguration von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.“¹²

Drittens stellt der Dritte Weg zwar ein mögliches Erneuerungsprojekt der Sozialdemokratie¹³ dar, aber bei weitem nicht das einzige. Es lassen sich – ausgehend von einer Analyse kapitalistischer Krisenprozesse, Widersprüche und Umbrüche – auch alternative Pfade denken, die letztendlich sogar mehr Konsistenz aufweisen als der Dritte Weg und gleichzeitig den Vorstellungen von einer demokratischeren, gerechteren und ökologischeren Produktions- und Lebensweise näherkommen. In beiden Fällen geht es darum, den Kapitalismus zu modernisieren. Die sozialistische Linke darf sich nicht als Gegnerin einer sozialdemokratischen Erneuerung verstehen. Im Gegenteil: sie muß sich an die Spitze der ErneuererInnen stellen. Daher ist Martin Jacques, einem ehemaligen Herausgeber von „Marxism Today“, zuzustimmen, wenn er aktuell betont: „Solange die Linke sich nicht auf das Terrain der Modernisierung begibt und sich selbst entsprechend verändert, ist ihr weiterer Niedergang gewiß.“¹⁴

Eine fortschrittliche Alternative zum Dritten Weg kann sicherlich nicht am Reißbrett entwickelt werden, sondern nur im Wechselspiel von programmatischer Arbeit, politischer Formierung und schrittweiser Erkämpfung von Hegemonie entstehen. Hier wird es erforderlich sein, alte Organisationsformen sowie tradierte Rituale und Strömungen zu überwinden. In den Tagen des Rücktritts von Oskar La-

fontaine ist noch einmal schmerzhaft deutlich geworden ist, dass es der Linken in der deutschen Sozialdemokratie nicht gelungen ist, so etwas wie einen „linken Pragmatismus mit Substanz“ zu entwickeln. Die organische Verbindung zwischen theoretischen Analysen der gesellschaftlichen Entwicklungen und der Kreierung praktischer Politikentwürfe, die Menschen begeistern, ihnen so etwas wie eine gesellschaftspolitische Heimstatt und praktische Handlungsfelder anbieten, diese Verbindung ist seit gut zehn Jahren nicht mehr vorhanden.

Die hervorgehobene Position von Oskar Lafontaine hat nur verdeckt, dass es der politischen Linken in der SPD schon lange nicht mehr gelingt, ein programmatisch-politisch stabiles Loyalitätsbündnis zu schmieden. Wenn es ernst wird, sind alle anderen Loyalitäten wie der Heimatbezirk, der konservative Wahlkreis, die Fraktionsdisziplin oder auch das repräsentative Amt in der Kommune wichtiger als die gemeinsame linke Weltsicht. Die zurückgebliebene Linke hat dies in der Regel als modernes Verrätertum verstanden und entsprechend geschäumt. Sie hätte besser daran getan, diesen Akzeptanzverlust als Herausforderung für die eigene programmatische und operative Substanz zu begreifen. Erforderlich ist eine „Neue Linke“, nicht im Sinne einer neuen Organisation, sondern als intellektuelles, politisches und publizistisches Netzwerk progressiver Kräfte, die gemeinsam an der Realisierung eines Alternativprojektes arbeiten.

Kristallisationspunkte einer fortschrittlichen Alternative

Abschließend sollen hier vier Felder benannt werden, die möglicherweise als „Kristallisationspunkte“ für die weiteren Debatten dienen können:

1. Standortwettkämpfe, Weltwirtschaftskrise und die wirtschaftliche wie politische Destabilisierung ganzer Weltregionen erfordern eine *neue Form der internationalen Solidarität*. Diese müßte im wesentlichen auf zwei „Deals“ basieren: zum einen zwischen den entwickelten Industrienationen zur Reduzierung der Unterbietungskonkurrenzen, der Abstimmung nationaler Politiken und der Re-Regulierung der Finanzmärkte, zum anderen zwischen den Zentren des Nord-Westens und den weniger entwickelten Regionen des Osten und des Südens. Dabei geht es um eine Gesamtlogik, die internationale Krisenprävention, Demokratisierung und ökonomische Entwicklungskorridore zusammendenkt und ausbaut.

2. Die erforderliche Re-Regulierung der Ökonomie muß unter den Leitbegriff des *Demokratischen Wirtschaftens* gestellt werden. Durch eine Beschränkung auf Steuer- und Finanzpolitik plus Angebotspolitik sind weder die Wachstumsblockaden noch die ökologischen Herausforderungen zu meistern. Erforderlich sind Ansätze, die ruinöse Logik des Shareholder-Kapitalismus durch gesellschaftliche Steuerungen von zukünftigem Wachstum zu ersetzen. Ein erster wichtiger Baustein wäre der Ausbau eines gemeinwohlorientierten und öffentlich ko-finanzierten Beschäftigungssektors zwischen Markt und Staat.

3. Erforderlich ist eine solidarische Vorstellung vom *Arbeiten und Leben in der Zukunft*. Diese muß qualitativ gestiegene Ansprüche an Erwerbsarbeit, den zunehmenden Wunsch beider Geschlechter nach einer Vereinbarkeit von Arbeit und Familie / Freizeit sowie das Interesse aller BürgerInnen an einer ihren Fähigkeiten entsprechenden und gerecht entlohnten Tätigkeit verknüpfen. Gleichzeitig ist ein Sozialstaatsmodell zu entwickeln, deren Nutzen auch Jüngeren und Besserverdienenden unmittelbar er-

sichtlich ist. Die Arbeitsmarktpolitik muß damit aus ihrer Kriseneingreiflogik heraus und die Steuerung des gesamten Arbeitsmarktes flankieren. Arbeitsumverteilung durch verschiedene Formen der Arbeitszeitverkürzung, lebenslanges Lernen, Brücken zwischen zwei Jobs, Absicherung während „Auszeiten“ – all dies sollte in einem integrierten Modell verbunden werden. Sinnvoll wäre es, die Arbeitslosenversicherung durch eine „Arbeitsversicherung“¹⁵ zu ersetzen und um das Projekt der Ausweitung der industriellen Demokratie für alle Beschäftigten zu ergänzen.

4. Schließlich geht es darum, ein Verständnis von einem *Modernen Staat* zu entwickeln. Das Vertrauen der BürgerInnen in die Notwendigkeit eines handlungsfähigen Staates kann nur zurückgewonnen werden, wenn die bürokratischen und bevormundenden Strukturen durch transparente und bürgerinnennahe ersetzt werden. Eine bessere Dienstleistungsorientierung des Staates ist keinesfalls Teil eines neoliberalen Programms. Es geht darum, die Partizipationsrechte der BürgerInnen (inclusive bislang marginalisierter Gruppen) auszuweiten und Ressourcen für bürgerschaftliches Engagement zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen zum Abschluß betonen, dass die Benennung von Kristallisationspunkten nicht ausreicht. Wir werden in der nächsten Zeit an einem „pragmatischen linken Zukunftskonzept“ arbeiten. In den letzten Jahren sind Dutzende guter Ideen und Projekte in unserem Arbeitszusammenhang entwickelt worden. Es geht nun darum, viele Einzelideen zu einem intelligenten und ausstrahlungsfähigem Ganzen zusammenzufügen. Klar ist aber auch: ein solches Vorgehen erfordert nicht nur die Fähigkeit zum Konsens, sondern auch die Bereitschaft zum Konflikt.

spw

„Solange die Linke sich nicht auf das Terrain der Modernisierung begibt und sich selbst entsprechend verändert, ist ihr weiterer Niedergang gewiß.“ Martin Jacques

¹ Giddens, Anthony (1999): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt a.M.; vgl. auch Giddens, Anthony (1997): Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt a.M.

² Giddens, Anthony (1999), S. 38

³ Hombach, Bodo (1998): Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte, München

⁴ ebd., S. 10

⁵ Dieser und einige andere zentrale Begriffe Hombachs gehen auf die Vorarbeiten um den Bochumer Sozialwissenschaftler Rolf G. Heinze zurück; vgl. Heinze (1998): Die blockierte Gesellschaft, Op-laden

⁶ Le Monde Diplomatique v. 11.12.1998

⁷ Vester, Michael (1998): Die Neue Mitte. Wer oder was ist das?, in: Psychologie Heute, 1/1999, S. 60-67

⁸ Esser, Josef / Schröder, Wolfgang (1999): Neues Leben für den Rheinischen Kapitalismus. Vom Bündnis für Arbeit zum Dritten Weg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/99, S. 52

⁹ Lipietz, Alain (1998): Das Nationale und das Regionale, in: ders.: Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften, Berlin/Hamburg, S. 156

¹⁰ Mulgan, Geoff (1999): Jammer und ein Stoßgebet, in: Tod des Neoliberalismus – Es lebe die Sozialdemokratie?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/99, S. 46

¹¹ Lipietz, a.a.O., S. 163

¹² Lutz, Burkart (1997): Der Neoliberalismus ist nicht die Lösung, sondern Teil der Krise, in: Bourdieu, Pierre u.a.: Perspektiven des Protests, Hamburg, S. 30

¹³ „Sozialdemokratie“ wird hier nicht auf die SPD reduziert, sondern als politische Formation inclusive vielfältiger Träger verstanden.

¹⁴ Jacques, Martin (1999): Es ist gut, wieder da zu sein, in: Tod des Neoliberalismus – Es lebe die Sozialdemokratie?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/99, S. 2

¹⁵ Mikfeld, Benjamin / Wischmeier, Jessika (1998): Innovation, Arbeitspolitik und neues Sozialstaatsverständnis, in spw 4/1998

Aufbruch – wohin?

Bodo Hombachs „Politik der neuen Mitte“

von Mechtild Jansen*

Buchbesprechung zu: Bodo Hombach, Aufbruch – Die Politik der neuen Mitte, Econ-Verlag, 230 S., DM 39,80

Man hat analytisch, theoretisch und sprachlich schon spannendere, tiefere, schärfere, kräftigere und neuere Gedanken lesen können. Aber darauf kommt es hier nicht an. Hier zeigt sich der Guru der neuen Mitte, Bodo Hombach. Er sieht sich als Denker der Regentschaft Gerhard Schröders. Längst waren dessen Regierungsweise in Niedersachsen, seine selbstorganisierte Wahl durch das Volk zum Kanzlerkandidaten seiner Partei und sein Bundestagswahlkampf in allen Einzelheiten strategisch und konzeptionell angelegt, auch wenn das Beobachter und Öffentlichkeit oft nicht glauben mochten.

Der Zukunft zugewandt greift Bodo Hombach zunächst in die Vergangenheit: Seine Ahnen sind Ludwig Erhard und Helmut Schmidt.

Noch immer wird gefragt, wofür er denn politisch steht. Nun läßt es sich als Kompendium nachlesen. Der Zukunft zugewandt greift Bodo Hombach zunächst in die Vergangenheit: Seine Ahnen sind Ludwig Erhard und Helmut Schmidt, deren

Entwürfe – die soziale Marktwirtschaft bzw. das Modell Deutschland – die Grundlage. Seine Vorbilder sind Anthony Giddens und Tony Blair, deren (durchaus in Godesberger Tradition stehendes) Konzept jenseits von rechts und links, „New Labour“, das anvisierte Modell. Im Namen des Anti-Ideologismus und -Dirigismus ist ein hochideologisches und die Gesellschaft flexibel, aber explizit formierendes Modell dabei herausgekommen. Es ist im übrigen überhaupt ganz traditionstreu und setzt an, wo Helmut Kohl aufgehört hatte, aber umständehalber und zeitbedingt nicht weitergekommen war. Das zweite Wirtschaftswunder Deutschlands soll, nach allen Krisen und noch nicht blühenden Landschaften, von sozialdemokratischer Hand gelenkt sein.

Semantische Feldbesetzung der „neuen Mitte“

Es beginnt im Vorwort, einer Art Bibel in Kurzfassung, mit einer Wortschaumschlägerei, daß einem ganz schwindelig wird. Man muß dieses Vokabular ebenso als Puste wie als semantische Feldbesetzung für das Vorhaben der „neuen Mitte“ verstehen. Es ist eine Art Heilssprache aus dem Volkseintopf, die mit den traditionellen Einteilungen der Welt Unterscheidungen generell verwischt. Es ist die Rede von Balance, Pragmatismus, Realitätssinn, Vernunft, drittem Weg, historischer Begegnung zwischen echtem Liberalismus und Sozialdemokratie, solidem Handwerk, perfektem politischen Produkt, Gemeinsinn, zweiter Chance, Fairneß, Konsens, Innovation, Gerechtigkeit, Vision, in der Mit-

te zwischen Extremen und Maximalforderungen. Es heißt, „eine kleine Tat ist mehr als große Worte“, gefragt sei „nicht große Politik“, sondern „angemessen, pragmatisch, gut“ soll sie sein. In all dem will die neue Mitte sogar „radikal“ sein. Der Sinn zentraler Vokabeln erschließt sich nach und nach in der Darstellung des „Aufbruchs“, den diese Sozialdemokraten versprechen.

Die *neue Mitte* grenzt sich vom Neoliberalismus der Rechten ebenso ab wie von der „alten Denke“ der Linken und sie setzt sich ganz generell mit einem rigorosen „Weg damit“ vom Status quo ab. Sie sieht sich dementsprechend nicht als ideologie- und institutionengebunden und bezieht sich in ihrem Vorhaben auf die 60% politisch Unentschlossenen in der Bevölkerung, die schlicht Probleme gelöst haben wollen. Der „dritte Weg“, von Anfang an ein internationales Modell, soll diese Erwartung erfüllen, in dem er die „Ungeduldigen und Modernisierer“ zusammenführt. Während die Rechte gesellschaftliche Zusammenhänge von Wirtschaftspolitik leugne, verharre die Linke nur in Passivität und Defensive. Weder Marktdogmatismus noch Staatsgläubigkeit, sondern die Teilhabegesellschaft, die Chancen eröffnet, führten deshalb in den „Fortschritt“. In dieser Politik stehen wirtschaftliche Freiheit und Gemeinsinn als gegenseitige Bedingungen. Mit ihr wird aus einem „Umverteilungssozialismus“ ein „Supply-Side-Sozialismus“, der die Pflichten des Einzelnen gegenüber sich und der Gemeinschaft betont und statt Gerechtigkeit im Ergebnis Gerechtigkeit beim Start bietet.

Was man sich darunter vorzustellen hat, macht die *Wirtschaftspolitik* naturgemäß besonders deutlich. Hombach stellt als ihren Ausgangspunkt die Globalisierung vor, die „gnadenlos“ die „Funktionalität“ jeden Tuns und Instruments prüft. Die Politik habe sich auf das neue Zeitalter internationaler Kapitalmärkte und die Unternehmerstrategien, die weltweite Produktionsverbünde organisieren, einzustellen. „Made in Germany“ ist abgelöst vom „Made by Daimler“. Der Autor läßt keinen Zweifel daran, daß eine Anpassungsstrategie die Antwort sein muß, daß es mehr noch dazu eine „Angebotspolitik von links“ geben muß. Er plädiert vehement für mehr Wettbewerb, die Entwicklung eines Standortprofils, für Sprunginvestitionen, Spezialisierung und Spitzenleistungen. Er will alle – Einzelne, Regionen, Nationen, Europa – zum „Innovationswettbewerb“ anhalten, Unternehmertum fördern, „Wirtschaft und Menschen“ dafür „fit“ machen. Im „ökonomischen Denken“ sieht er „Überlebenstraining“ und Mittel zum Zweck, um eine humane Gesellschaft finanzieren zu können. Die Rangfolgen sind klar, logisch ist dann auch, daß „verschiedene Korridore sozialer Sicherheit“ geschaffen werden müssen und „Gleichheit“ nicht absolut gesetzt werden kann.

„Rekonstruktion der sozialen Marktwirtschaft“

Gleichwohl bzw. nur auf diesem Wege verspricht dieses Modell die „Versöhnung“ von Ökonomie und Arbeitsmarkt, die „Rekonstruktion der sozialen Marktwirtschaft“ nämlich. Zur „Politik der Verteilung“ führe kein Weg zurück, der „Rundum-sorglos-Staat“ müsse ein Ende finden, an ihrer Stelle müsse individuelle Leistung belohnt und durch steigenden Wohlstand abgesichert werden. Der Markt ist das Instrument, Wirtschaft und Soziales in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen, der pragmatische Konsens aus beidem Kern sozialer Marktwirtschaft. Emphatisch beruft sich Hombach auf das herrenlose Gut Erhards, um seine neue „Synthese“ zu verkünden, die aus dem „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ ein „Wohl-

* Mechtild Jansen, Köln, Sozialwissenschaftlerin und freie Publizistin.

DRITTER WEG – WOHIN?

stand für alle“ macht, der heute mit „Arbeit für alle“ zu übersetzen sei. Ordoliberal sei das, der Staat Setzer und Wächter eines Rahmens, der die Marktkräfte freiläßt, aber in keiner Sekunde die Wirkung auf die Gesellschaft aus dem Auge verliert. So könnten Wirtschaftspolitik ideologiefrei sein und – bei breiter Streuung der Vermögen – sozialpolitische Vorkehrungen auf ein Minimum beschränkt werden.

Vor diesem Hintergrund soll die *Sozialpolitik* „die Menschen befähigen und ermutigen, an diesem Projekt teilzunehmen“. Jene sollen eigenverantwortlich sein, Risiken übernehmen und flexibel auf die Umwelt reagieren. Das Leitbild des Unternehmertums gilt als Alternative für jeden. Aber, aber, dabei muß ökonomisches Denken auch in die Sozial- und Gesellschaftspolitik eingeführt werden. Auch hier ist zu prüfen, ob man für eine Leistung (für sein Geld) eine angemessene Gegenleistung erhält. „Erfolgskontrolle“ müsse stattfinden und „Effizienz belohnt“ werden. Ein neuer Rahmen soll Eigenverantwortung und Sicherheit vereinbaren, vom „Staatssozialismus“ sei auf ein „aktivierendes Sozialstaatsmodell“ überzugehen. Es gehe auch nicht um reine Transferleistungen, sondern darum, einen Platz in der Arbeitsgesellschaft zu erhalten, um eine zweite Chance, falls man es aus eigener Kraft nicht geschafft habe. So begründet Hombach, daß und weshalb der Sozialstaat „vom Sicherheitsnetz zum Trampolin“ werde müsse, „von der Hängematte zum Sprungbrett“. So sieht er eine „Balance von individuellen (sichernden) Rechten und (aktivierenden) Pflichten“ gewährleistet, aber auch „Fairneß“ und Absicherung für die, die die Gemeinschaft brauchen. Der Kern des neuen Sozialstaates dieser Art freilich ist, daß „jeder Job besser als keiner ist“, „Arbeit, auch schlecht bezahlte, würdiger als üppiger Sozialtransfer“ und „es keine Drecksarbeit gibt“. Während der alte Sozialstaat auf Verteuerung der Soziallasten und Klientelisierung der Bürger konditioniere, soll der neue (nur) die Wiederaufnahme von Arbeit befördern. Hier erschließt sich, was der „Wohlstand für alle“ beinhalten soll. Es ist einer der problematischsten Aspekte, daß man sich hier an das Motto erinnert fühlt, „nur wer etwas leistet, soll etwas zu essen haben“ (und eine Art von Zwang zu bestimmten Arbeiten eingeführt wird, ohne daß auch nur eine entsprechende Anzahl von Arbeitsplätzen sichtbar wäre).

Moderierender Staat...

Der Staat soll bei all dem selbst nicht nur „wie eine Konzernzentrale mit einem Höchstmaß an Produktivität funktionieren“. Er soll vor allem stark sein. Schließlich muß er sich gegen Verbände und Gruppeninteressen durchsetzen, den „fairen Ausgleich“ garantieren. Er soll nicht klüger sein als der Markt, sondern in dessen Sinn die Gesellschaft „aktivieren“, nicht obrigkeitlich oder erzieherisch, sondern als Anreger, Moderator, Steuerer und Katalysator. Als Hersteller des pragmatischen Konsenses will dieser Staat allerdings auch Herr des Verfahrens sein, der „Partner zusammenspringt“ und also die Gesellschaft in seinem Sinne formiert. Er springt etwa ein, wo das „Kapital zu risikoscheu ist“ oder er stockt geringfügigen Lohn auf, damit der Bürger springen kann. Der „aktivierende Staat“ erwartet dann allerdings auch „Loyalität“ von seinen Bürgerinnen und Bürgern, was sogar in die „Forderung nach Gemeinsinn“ münden kann. Zum Wohle des Ganzen organisiert er im übrigen einen neuen „offen inszenierten *Korporatismus*, konzertierte Aktionen und Innovationsallianzen“. „Nicht unbedingt immer die Zuständigen, aber die Innovativsten“, namentlich aus Gewerkschaften, Betriebsräten

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



und Unternehmerverbänden, lädt der Staat unter seinem Kanzler zur Kooperation. Die Bereitschaft zum pragmatischen Konsens ist dabei Voraussetzung der Teilnahme. Die Problemlösungen sind – „bedrohlich für Verbandsinteressen und organisierte Widerstandsversuche“ – dabei immer „kreativ“. Das Verfahren ist experimentell, die Verwirklichung des klaren Ziels pfadabhängig, das beste in der „Treibsandgesellschaft“ die „Schwimbewegung“. (Man wundere sich deshalb nicht über das schon erlebte Durcheinander.) Kein Zweifel, wer da wen brechen will. Das wichtigste Projekt ist hierbei das – in Hombachs bevorzugter Sprache – „Bündnis für Wachstum und Beschäftigung“. Ein Platz der bislang Ausgeschlossenen – etwa der Erwerbslosen, der Frauen, der Gesellschaft – ist in ihm nicht vorgesehen.

...starker Mann...

Das ist eine Politik durchaus im Interesse des Kapitals. Von dieser Seite wird es keine grundsätzlichen Widerstände geben. Für den Rest braucht der Mann, der solche Politik aus der Taufe heben will, die Kraft der *Leadership*. Die neue Mitte will die Blockaden niederreißen: das bisherige, „am Machtkalkül statt an der Problemlösung orientierte Kooperationsmodell des Minimalkonsens“, die Vorstellung, der Staat sei ein einziges „Hemmnis“ bei der Globalisierung und das „Malefizspiel der Gesellschaft“, mit dem jeder es

jedem schwermacht. Sie entdeckt sogar ein „ungestilltes Identitätsbedürfnis“ der Bürger mit Führung und Staat. „Moralisch“ sei es, „Beschlüßlagen zu vergessen“; für Linke, die der Ideologie abgeschworen haben, sei eine „Ethik der Tat“ Verpflichtung. Schließlich seien alle Modernisierer

Der Staat soll nicht klüger sein als der Markt, sondern in dessen Sinn die Gesellschaft „aktivieren“, als Anreger, Moderator, Steuerer und Katalysator.

gegen und nicht mit ihren Parteien vorgegangen. Nun regieren sie, um zu modernisieren, auch ihre Partei.

Wenn man Hombach recht versteht, so könnte er freilich auf Parteien auch verzichten, ein Führer reicht. Jedenfalls

zielt er auf die 90%, die keiner Partei angehören und die der Meinung sind, mal hätten die einen, mal die anderen recht. Jedenfalls meint er, müsse man sich damit abfinden, daß Politik im subjektiven Empfinden der Menschen nebensächlich sei. Diese erwarteten auch keine geschlossene Weltanschauung und allemal wollten sie keinen Parteien- und Verbändestaat. Wohl aber wachse die Personalisie-

rung und Emotionalisierung der Politik. Die Bürger orientierten sich eben an Alltagserfahrungen. Da sei es durchaus „emanzipatorischer“, nach der Person als nach dem Programm zu fragen. Der Mann bedauert nichts davon, im Gegenteil. Die Stunde charismatischer Führer sei gekommen, wenn sonst nichts mehr geht. Charisma sei ein integrierender Bestandteil, weil Alternativen gezeigt würden, und von überragender Bedeutung, weil es dem Führer gestatte, etablierte Interessen zu umgehen. So begründet man heute den Ruf nach dem modernisierten starken Mann, Heiler und Retter. Der geht „offen und rücksichtsvoll nach außen und hart nach innen vor“, ist flexibel in der Kommunikation und im öffentlichen Nachdenken, anstatt in endlosen Gremiendebatten zu verweilen. Hoffentlich weiß seine Partei, was sie erwartet.

...und eine neue Ideologie

Die neuen *Ideologien* aber heißen *Pragmatismus, Modernisierung und Innovation*, obwohl die Begriffe schlagend zu widerlegen scheinen, daß es sich um solche handelt. Der besonders arg strapazierte Pragmatismus, der auch noch „rigoros“ sein will, beruft sich auf den gesunden Menschenverstand, Realitätsinn und die einfache Problemlösung. Immer filtere der Mensch, nichts werde so schlimm wie gedacht. Also kann man auch gleich akklamieren, was eben da ist, denn alles wird gut. Jedenfalls wenn man es „gutmacht“ und nicht „gutmeint“.

Das ist „positives Ordnungsdenken“ statt *laissez-faire*, ein Fortschrittsoptimismus der neuen schlichteren Art. Daß die Lösung eines Problems je nach Interessenslage unterschiedlich ausfallen kann, wird unterschlagen. Modernisierung heißt im Hombachschen Ideengebäude mehr bzw. Besseres vom Bisherigen, etwa Dynamisierung des Wachstums oder der Technologie „mit mehr Köpfchen drin“, denn das bringe neue Produkte, Märkte und Leitbilder. Überhaupt geht es einfach immerzu um etwas Neues, darum, fortwährend zu suchen, ständig neue Verfahren zu finden, zu basteln und auszuprobieren. Die Hoffnung auf Dauer, Gründlichkeit, geschweige denn auf tragfähige Werke erscheint vor diesem Hintergrund albern. „Emanzipatorisch“ heißt nicht etwa, sich von Fesseln zu befreien und neue Ufer erobern, sondern „sich veränderten Bedingungen immer wieder anpassen“. Innovation, sagt Hombach, ist ein gesamtgesellschaftliches Problem von Mentalität und Infrastruktur. Sie richtet sich „gegen den Luxus der Langsamkeit“ (Schröder), das „Verschlafen von Chancen“, gegen „Mißtrauen und Neid“ vor materiellem Erfolg und Selbständigkeit, gegen „deutsche Absicherungs- und Mietermentalität“. Und sie zielt auf ein ganzes Leben als Fitnessstudio für den Wettbewerb. „Benchmarking“, das Maßnahmen am Besten, lautet die Empfehlung, und ist doch die Richtschnur, die über die richtet, die nach den Maßstäben ökonomischer Leistung nicht die ersten sind.

Diese Begriffe fragen nicht nach Ursachen, nach (unterschiedlichen) Interessen, nach Legitimität von Einwänden oder Vorschlägen und evt. Konsequenzen aus ihnen. Alternativen werden mit moralischen, nicht politischen Begriffen gekennzeichnet. „Fairneß“ etwa – gegenüber Hilfe-Brauchenden und Hilfe-Gebenden – gilt hier als Merkmal linker Politik. Die Rechtmäßigkeiten der Grundlagen des Geschäftsgebahren der beiden, werden dabei erst gar nicht mehr in Betracht gezogen. Es ist eine Ideologie der Sieger, die aus der Globalisierung als soziale Aufsteiger hervorgegangen sind. Sie fördert die Leistungsträger und bietet den Verlierern, Langsamen und Schwachen, nachdem sie

ISW sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

analysen fakten & argumente

isw-report

erscheint vierteljährlich
5,- DM zzgl. Versand (Jahresabo: 30,- DM)

Süd-Globalisierung Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft (Nr. 36, August 1998)

Weltwirtschaftskrise ?!
(Nr. 37/38, Nov. 1998), 8,- DM

Alternative Wirtschaftspolitik an der Jahrtausendwende
Beiträge des 7. isw-forums
(Nr. 39, Febr. 1999), 5,- DM

isw-spezial

Die Krise in Rußland
Erweit. Kapitel zu Rußland aus report 37/38
(Nr. 11, Nov. 1998), 4,- DM + Versand

isw-wirtschaftsinfo

Fakten & Argumente
zu Produktion, Produktivität, Gewinne, Löhne, Investitionen, Pleiten, Fusionen ...
(Nr. 28, Febr. 99), DM 5,- + Vers.

isw-grafikdienst

Der Steuerskandal
(Nr. 3, Juni 1996) 10,- DM + Versand
Armut und Sozialabbau
(Nr. 4, Jan. 1997) 10,- DM + Versand
Arbeits-Los
(Nr. 5, April 1998) 10,- DM + Versand

Prospekte anfordern, bestellen, abonnieren, fördern

isw – institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 089-168 94 15

Neu bei isw!

7. isw-forum

Alternative Wirtschaftspolitik an der Jahrtausendwende

Prof. Dr. Karl Oskar Zinn
Analysen und Chancen einer alternativen Wirtschaftspolitik

Michael Wendt
Linka-Kapitalismus und gewerkschaftliche Strategien

Lois Meyer
Die Macht der Multis und Gegenstrategie
Die Suche nach Alternativen beginnt

ISW REPORT NR. 39
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

isw + wirtschaftsinfo Nr. 28
Fakten & Argumente
zu Produktion und Wachstum
im Wirtschaftsjahr 1998
Das Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. München
März 1999

Lesen Sie Prof. Hans...

Fakten & Argumente

- Produktion • Produktivität • Preise • Gewinne
- Löhne • Steuern • Vermögen • Investitionen
- Arbeitsplätze • Verteilung • Schulden • Pleiten
- Außenhandel • Fusionen

DRITTER WEG – WOHIN?

definitiv abgehängt worden sind, auf der Basis des Leistungsprinzips eine Existenz im unteren Teil der Gesellschaft, an.

Denn da bleibt noch das Problem der „Mismatch-Arbeitslosigkeit“. Das meint: Die Wegrationalisierten passen allzuoft nicht auf die neuen Arbeitsplätze bzw. zum neuen Unternehmertum. An dieser Stelle erweist sich der Gehalt der „Gerechtigkeit“ (für die Schwachen), die der „Innovation“ (für die Avantgarde) zugefügt werden soll. Ganz praktisch helfen sollen: Teilzeitarbeit, breite Arbeitszeitflexibilisierung, flexible Beschäftigungsformen, staatliche Zuschüsse zu Niedriglöhnen, höhere Durchlässigkeit vom Sozialsystem zum Arbeitsmarkt, eine Alterssicherung aus Garantierente, kapitalgedeckter Rente und privater Vorsorge, beschäftigungsorientierte Lohnpolitik, Senkung der Lohnnebenkosten und Neugestaltung der Mitbestimmung. In der Black Box dieser Art von „neuem Gesellschaftsvertrag“ bleibt die Frage nach den (neuen) Arbeitsplätzen. Im übrigen verliert bei diesem Modell aufs Ganze gesehen die wirkliche Mitte der Gesellschaft – der sogenannte Mittelstand wird schrumpfen, eine Elite wird sich deutlicher abheben, die unteren Schichten werden sich ausdehnen und unten bleiben.

Und die Demokratie?

Ist dieses Politikprogramm nun ein historischer Fortschritt, ist es emanzipatorisch? Es ist in der Tat ein Konzept der Modernisierung im Sinne des Zeitgeistes oder mainstreams. Aber es ist nur in Maßen ein politisches Programm im Sinne einer aufgeklärten Moderne, das heute fortzuschreiben wäre. Es ist eine seltsame Mischung, eine autoritäre Reform, eine Beleidigung der kleinen Leute und ihre (partielle) Re-Berücksichtigung zugleich. Zu Recht sagt Hombach, daß die gesellschaftliche Strukturkrise nicht innerhalb bestehender Strukturen gelöst werden kann. Er votiert für eine Strukturkorrektur, die die alten „Verbände“ auflöst und nur den Staat als Zusammenhang stiftendes Moment bestehen läßt und somit – wenn auch historisch überlebte – Elemente von Demokratie reduziert. Er denkt (bislang) – jenseits von Mediendemokratie, die vor dem Hintergrund gesellschaftlich-politischer Machtkonstellationen bekanntlich eher Personenkult fördert – nicht an ein neues Maß von Demokratie und Gleichheit, das das alte ersetzt oder gar ausweitet. Für das Vorhaben der neuen Mitte reicht ein aufgeklärter Autoritarismus. Bezeichnenderweise beruft sich auch niemand auf Willy Brandts „mehr Demokratie wagen“. Daß etwa Parteienabstinenz auch in einem Mangel an deren innerer Demokratie begründet liegt, wird nicht in den Blick genommen.

Ebenso wenig wird erwogen, daß die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik sich gesellschaftspolitisch – und nicht nur umgekehrt – zu begründen hat und Wirtschaften kein neutrales, sondern immer ein von unterschiedlichen Subjekten geprägtes Geschehen ist. Bedacht wird auch nicht, daß die Marktteilnehmer, „die Wirtschaft“ und „die Menschen“, wie es stets so schön heißt, oft ungleich sind bzw. unter ungleichen strukturellen Bedingungen operieren. Erst recht wird in den Fragen der Existenzsicherung und somit der Arbeit das Maß an Chancengerechtigkeit – etwa an individuellen Rechten ebenso wie an kollektiven Gütern – beim Start oder vor der positiven Aktivierung nicht neu bestimmt. Obwohl mit letzterem nach dem Scheitern traditionslinker Konzepte sehr wohl die richtigen Neuerungen benannt werden. Die Bedingungen und Maße für Gerechtigkeit werden vielmehr heimlich tabuisiert, denn die existierenden Ungleichheiten werden still-

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



schweigend vorausgesetzt. Sie formulieren also für die, die heute oben sitzen, während sich die Unteren fügen müssen. Eine Demokratisierung der Demokratie und deren Produktivitätsressourcen werden so nicht bedacht, obwohl jene heute von vielen Seiten her gefährdet ist. Das Maß der Demokratie ist mehr als das Maß der Leistung und es ist einem Leistungsdenken vielleicht oder wahrscheinlich sogar überlegen.

Hombachs durchaus schlüssiges und schlaues Ideengebäude ist auf eine bestimmte Weise doch einfallslos. Der gesunde Menschenverstand und Pragmatismus ist am Ende doch eine von Natur aus begrenzte Angelegenheit, denn er ist passiv und bestätigt schließlich nur einen überholten Katalog an Möglichkeiten, verleiht ihm orakelhafte Autorität und wird zu einer Art Aberglaube. Ihm fehlt das reflexive Moment, das erst das Denken von etwas ganz Anderem als kreative Quelle erlaubt.

Er ist so im Kern trotz aller daherkommenden Beweglichkeit statisch. Zu dieser Statik und Phantasielosigkeit gehört auch die begrenzte Idee des Politischen selbst, die nicht auf das Ganze, sondern nur auf die Wirtschaft und ihre Werte wie Mechanismen setzt und den Rest, wie auch dort, zu einer Frage der Werbung, insbesondere auf der Klaviatur der Gefühle, macht.

Die „neue Mitte“ ist ein besseres und beschleunigtes „Weiter so“, an dem einen doch grundsätzliche Zweifel beschleichen. Es vertagt etwas viel Schwierigeres, das nicht umgangen werden kann, nämlich etwas wirklich Neues auszuarbeiten. Mag sein, der Lernprozeß wird durch den Autoritarismus verzögert und die Krise noch vertieft, mag sein, die Reform wird als Chance zur Selbstbehauptung mündiger Bürger und Bürgerinnen genutzt, zur Neufindung demokratischer(!) Politik(!). Wenn schon eisern gerechnet werden soll, dann empfiehlt sich allen Beteiligten, auch den Bürgerinnen und Bürgern, bis zu Ende zu rechnen.

spw

Daß die Lösung eines Problems je nach Interessenslage unterschiedlich ausfallen kann, wird unterschlagen.

Foto: Alexander Vökel (Hilchenbach-Dahlbruch)



Der dritte Weg und die deutsche Sozialdemokratie

von Klaus Dörre*

Es hätte keine bessere Regie geben können. Am Tag, als der Kanzler Anthony Giddens' Buch „Der dritte Weg“ vorstellen wollte, verkündete Oskar Lafontaine die Aufgabe seiner Ämter. Auch wenn viele es nicht aussprechen wollen: Der Rückzug des Saarländers aus der Politik ist eine *politische Richtungsentscheidung*. Vom „Dream-Team“ Lafontaine-Schröder (Hombach 1998: 9) repräsentiert, hatte eine Partei die Wahlen gewonnen, in der sich zwei wirtschafts- und fiskalpolitische Konzeptionen gegenüberstanden. Lafontaine galt – aller Widersprüchlichkeiten zum Trotz (vgl. Krämer/Mikfeld/Skarpelis-Sperk 1997, Wendl 1997: 81 ff.) – als Galionsfigur eines „Politikmix“ mit nekeynesianischen Akzenten (Lafontaine/Müller 1998). Die inhaltlich konkurrierende Konzeption hat Bodo Hombach (1998) klar umrissen. Hombachs „Aufbruch“ enthält manche Anleihen beim dritten Weg Tony

Blairs; im Kern empfiehlt er jedoch ein angebots-korporatistisches Programm. Verteilungspolitisch legen die beiden Konzeptionen gegensätzliche Konsequenzen nahe. Während Hombach und auch Schröder (1997) die nach ihrer Auffassung zu hohen Arbeitskosten zum Ausgangspunkt ihrer Strategie machen, gehen Lafontaine/Müller von einer Nachfrageschwäche aus, die durch zu

starken Druck auf die Löhne verursacht wird.

Solange beide Ansätze in der Regierung präsent waren, hätte sich eine deutsche Debatte um die Progammatik der „neuen Sozialdemokratie“ als fruchtbarer Streit zweier Linien führen lassen. Seit Lafontaines Rücktritt hat sich diese Option erledigt. Die Weichenstellung zu einer Art Eurokeynesianismus ist in Deutschland vorerst gescheitert. Damit gewinnt der dritte Weg hierzulande klarere Konturen.

Mit Lafontaines Rücktritt gewinnt der dritte Weg hierzulande klarere Konturen. Die Definitionsmacht für die Politik der „neuen Sozialdemokratie“ dürfte künftig in hohem Maße beim Wirtschaftsflügel der SPD liegen.

Die Definitionsmacht für die Politik der „neuen Sozialdemokratie“ dürfte künftig in hohem Maße beim Wirtschaftsflügel der SPD liegen. Den Stellenwert von Ideologien und Theorieprogrammen für dessen Politik (wie für Politik allgemein) sollte man nicht überschätzen. Dennoch macht es Sinn, einen Blick auf die Quellen jener politischen Philosophie zu werfen, die seit Tony Blairs Wahlerfolg als Alternative zu Marktfundamentalismus und Staatsdirigismus Karriere macht.

Was ist der dritte Weg?

Ursprünglich war die Redeweise vom dritten Weg nur eine von Tony Blairs spin doctors erfundene Begriffshülse. Doch nichts ist bekanntlich anziehender als der Erfolg. Einmal in die Welt gesetzt, machten sich sozialdemokratische Politiker, Liberale und linke Think Tanks daran, der Wortschöpfung Leben einzuhauchen. Im Vereinigten Königreich gibt es seither eine intensive Debatte um das Für und Wider des neuen sozialdemokratischen Revisionismus (vgl. z.B. Kelly u.a. 1997, Jacques u.a. 1998). Anthony Giddens, einer der renommiertesten britischen Soziologen, hat diese Debatte mit zwei international beachteten Beiträgen „geadelt“ (Giddens 1997, 1998).

Daß eine politische Philosophie Intellektuelle in ihren Bann zu ziehen vermag, die unmittelbar mit der politischen Praxis der Sozialdemokratie verbunden wird, ist an sich schon bemerkenswert. Die Prophezeiung vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ im Kopf, waren namhafte Intellektuelle lange Zeit auf Abstand zu dieser politischen Formation bedacht. Mit den sozialdemokratischen Wahlerfolgen in nahezu allen westeuropäischen Ländern hat sich das geändert. Es mag übertrieben sein, den dritten Weg bereits zum Fokus für einen „Kampf um die intellektuelle Hegemonie“ an der Jahrtausendschwelle zu erklären (W. A. Perger, Die Zeit, 11.3.1999); ein wichtiger Bezug für das Selbstverständnis der Reformlinken bleibt er allemal.

Was ist nun dieser vielzitierte dritte Weg? Nach Anthony Giddens ein theoretisches Konzept, das der Praxis hinterher hinkt (Giddens 1998a: 2). Seinen Versuch, das Defizit zu beheben, legt der britische Soziologe als Selbstkritik einer modernisierungstheoretisch fundierten sozialdemokratischen Politik an. Ähnlich wie Ulrich Beck oder Scott Lash (Beck u.a. 1996) geht Giddens von einem Epochenwechsel aus, der die gängigen Unterscheidungen zwischen links und rechts aufhebt. Der Übergang zur „zweiten Moderne“ hat zunächst den Sozialismus zu einem toten Stern gemacht. Gescheitert ist er – auch in seiner keynesianisch-sozialdemokratischen Variante – an der Überbetonung staatlicher Planung und der daraus resultierenden Unfähigkeit, Märkte als effiziente Informationssysteme zu nutzen. Exakt diese Fähigkeit hat ihm der Neoliberalismus voraus, der unmittelbar mit den entfesselten Marktkräften der „intensivierten Globalisierung“ kommuniziert. In einer Übergangsphase dominant, erweist sich der Neoliberalismus jedoch als „selbstwidersprüchlich“. Seine radikale Marktutopie verträgt sich nicht mit der konservativen Beschwörung von Familie, Nation und tradierten Werten (Giddens 1998a: 15). Entfesselte Modernisierung bedeutet beschleunigtes Aufzehren von Natur, Tradition und Gemeinschaft. Daher muß der Neoliberalismus letztendlich seine „bewahrende“ Fassade zerstören; er untergräbt seine eigene ideologische Legitimation.

Ende des Sozialismus und Krise des Neoliberalismus sind die Geburtsstunde eines Ideensystems, das die positiven Elemente der beiden konkurrierenden Ideologien in sich aufhebt. Während sich vom Sozialismus nur noch das

* Dr. Klaus Dörre, Göttingen, Hochschulassistent an der Friedrich-Schiller Universität Jena, Institut für Soziologie

Streben nach Gleichheit und Gerechtigkeit retten läßt, besteht das Erbe des Konservatismus in dessen heimatlos gewordener fortschrittskritischer Tradition. Aus „sozialistischen“ und „konservativen“ Elementen zusammengesetzt, soll der Wertekanon der Third-Way-Politics angemessene Antworten auf die Herausforderungen der „zweiten Moderne“ liefern. Nach Giddens zeichnet sich die Übergangsperiode, in der wir leben, durch „hergestellte Unsicherheiten“ aus (Giddens 1997: 116 ff.). Damit ist gemeint, daß ökologische und soziale Risiken entstehen, die durch und von den Institutionen der ersten Moderne erzeugt werden. So ist z.B. der Sozialstaat in seinen bestehenden Formen der neuen Risikoqualität der zweiten Moderne nicht mehr gewachsen. In seiner Funktionsweise war er letztendlich auf die *Beherrschbarkeit* sozialer Risiken ausgerichtet. Dieses Versprechen ist jedoch nicht mehr einlösbar. Im Zuge seiner Verwirklichung hat der Sozialstaat seine eigenen Voraussetzungen untergraben. In seinen bestehenden Formen sichert er Menschen nicht nur ungenügend vor sozialer Ausgrenzung ab; er *erzeugt* und *verschärft* dieses Risiko geradezu, weil er Abhängigkeit und Passivität fördert. Den Risiken der zweiten Moderne läßt sich nur begegnen, indem der Staat vom Beherrschbarkeitspostulat abrückt. Niemand vermag z.B. zu sagen, ob Vollbeschäftigung je wieder möglich sein wird, also sollte man keine Politik betreiben, die so tut, als wüßte man es (Giddens 1998b: 148). Was bleibt, sind staatliche Aktivitäten, die die positive, belebende Seite des Risikos aufgreifen und Menschen in die Lage zu versetzen, sich selbst zu helfen.

Aktivierender Staat, Gleichheit als Inklusion

Diese Art der Intervention ist gemeint, wenn vom „aktivierenden Staat“ die Rede ist. So gehört Gleichheit zwar weiterhin zu den zentralen „third way values“ (Giddens 1998a: 66). Aber sie wird nun als *Inklusion*, als Gleichheit der *Chancen* definiert: „Inklusion meint in seiner allgemeinsten Bedeutung die bürgerlichen und politischen Rechte und Pflichten, die jedes Mitglied der Gesellschaft nicht nur formal, sondern in seiner Lebenswirklichkeit haben sollte. Sie erstreckt sich auch auf Chancengleichheit und öffentliche Mitsprache. In einer Gesellschaft, in der Arbeit für die Selbstachtung und den Lebensstandard ausschlaggebend (ist), ist der Zugang zu ihr ein wesentliches Moment der Chancengleichheit. Das gilt auch für Bildung und Ausbildung und würde selbst dann gelten, wenn diese für die Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht so wichtig wären wie sie sind.“ (Giddens 1998b: 120 f.).

Mit dieser Definition lenkt Giddens die Aufmerksamkeit auf die nach seiner Auffassung entscheidenden neuen Spaltungslinien der Gesellschaft: auf die freiwillige „Exklusion“ gesellschaftlicher Eliten, die ihr Leben von Rest der Gesellschaft abschirmen können, vor allem aber auf die Ausschlußmechanismen am unteren Ende, wo eine „new urban underclass“ entsteht, die vom Gros der ansonsten in der Gesellschaft gebotenen Chancen abgeschnitten ist. Begreift man Ungleichheit als „Trennungsmechanismus“ sozialer Gruppen vom großen Rest der Gesellschaft, erscheinen die Grade der Ungleichheit bei inkludierten Gruppen sekundär. Wichtig ist *Teilhabe* am Erwerbsleben, ist es, eine Arbeit zu *haben*; erst danach zählt die Qualität der Tätigkeit. Zwar spricht Giddens von „wirklicher Integration in den Arbeitsmarkt“ anstelle von „perspektivlosen Jobs“. Er plädiert für eine „Politik der zweiten Chance“, die über eine groß angelegte Bildungs- und Qualifizierungsoffensive jedem und jeder die Möglichkeit eröffnen soll, die eigene Berufsbiographie positiv zu korrigieren (ebend.: 128 f.). Aber

der Schritt zu: ‚Besser *irgendein* Job als *kein* Job!‘ ist in der Bestimmung von Gleichheit als Inklusion angelegt. Die „Politik der zweiten Chance“ operiert somit konsequent nach dem Strickmuster ‚Eins links, eins rechts‘. „Links“ ist das Festhalten an einer staatlichen Abfederung des Marktrisikos, „rechts“ ist die Betonung von Pflichten gegenüber der Gemeinschaft. Nach dem gleichen Muster wird bei allen Themen verfahren. Für Giddens konkretisiert sich so die politische Philosophie einer „radikalen Mitte“, die sich nicht mehr auf vermeintlich überlebte Lagergrenzen festlegen läßt.

Ein Schritt vor, zwei Schritt zurück

Mit dem dritten Weg okkupiert die „neue Sozialdemokratie“ einen Begriff, der lange Zeit Synonym für Spielarten des Sozialismus war, die sich gleichermaßen von autoritärem Staatssozialismus und Mehrheitssozialdemokratie abgrenzten. Dementsprechend heftig fällt der Einspruch der Enteigneten aus. Diverse Kritiken monieren theoretische Inkonsistenz (Demirovic 1997: 99 ff.), problematische Aussöhnung mit zentralen Prämissen des Neoliberalismus und vor allem die Kapitulation vor den „wachsenden Antagonismen“ gesellschaftlicher Verteilungsverhältnisse (Bischoff 1997: 97 f.).

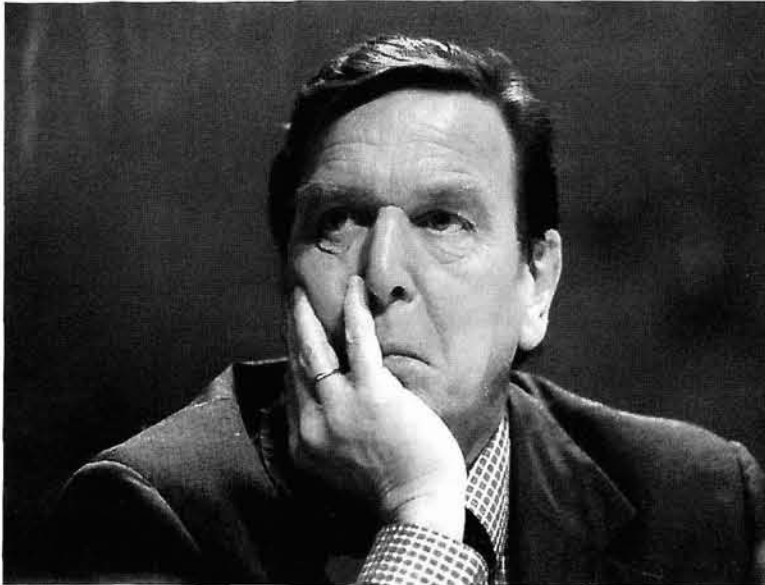
Bei all dem bleibt ein zentraler Gesichtspunkt unterbeleuchtet. Giddens argumentiert vor dem Hintergrund der Thatcher-Erfahrung. Man mag ihm und seinem politischen Subjekt New Labour vorwerfen, was man will; am Maßstab des „konservativen Kapitalismus“ (Graham 1997) Großbritanniens gemessen, impliziert der dritte Weg eine Politik vorsichtiger Re-Regulation. Aus der Perspektive des institutionell anders verfaßten deutschen Kapitalismus betrachtet, stellt sich das völlig anders dar. Wenn Giddens die soziale Rückbettung ökonomischer Aktivitäten verlangt („soziale Investitionen“), klagt er im Grunde traditionelle Stärken des sogenannten „rheinischen“ oder „atlantischen Kapitalismus“ ein. Wo er den ökologischen Gesellschaftskonflikt zum Gegenstand von „third way politics“ macht, holt er eine Debatte nach, die in Deutschland – etwa anhand von Ulrich Beck's Risikogesellschaft – in den 80ern und frühen 90ern geführt worden ist. In seinen Überlegungen zu Sozialstaat und Arbeitsmarkt umreißt er freilich eine Politik, deren Realisierung hierzulande – vorsichtig formuliert – auf ein Nach- oder Einholen von Flexibilisierungsmaßnahmen hinauslaufen würden, die in den angelsächsischen Kapitalismen unter der Dominanz des Neoliberalismus verwirklicht worden sind. Insofern verwundert es nicht, wenn die hiesigen Abzweigungen zum dritten Weg weniger als *Reform- denn als groß angelegte Desillusionierungsprogramme* erscheinen. In ihrer Deutung des gesellschaftlichen Umbruchs sind sie z.T. realitätsnäher als die vagen Umrisse einer „zweiten Moderne“. Das ist ein Schritt nach vorn. Mit ihrem mühsam als Pragmatismus kaschierten Anpassungspostulat kündigen sie jedoch den rot-grünen Reformkonsens der frühen 90er Jahre faktisch auf. Das sind mindestens zwei Schritte rückwärts.

Visionsverlust

So nimmt Hombachs „Aufbruch“ mit dem „aktivierenden Staat“ und der „Politik der zweiten Chance“ Schlüsselbe-

Begreift man Ungleichheit als „Trennungsmechanismus“ sozialer Gruppen vom großen Rest der Gesellschaft, erscheinen die Grade der Ungleichheit bei inkludierten Gruppen sekundär.

Foto: Alexander Völkel (Hilchenbach-Dahlbruch)



griffe der Dritte-Weg-Philosophie auf, stellt sie jedoch in einen anderen inhaltlichen Kontext als Giddens. Vom fortschrittskritischen Stachel konservativer Bewahrung findet sich im „Aufbruch“ nichts mehr. Der ökologische Gesellschaftskonflikt wird innovationsfreundlich umdefiniert. Statt Fortschrittspessimismus ist wieder Technikoptimismus angesagt. Nach einer großen Reformidee, einer „überschüssigen“ Vision wird man in Hombachs Schrift vergeblich Ausschau halten. Den roten Faden seiner Argumentation bildet die Transformation des rheinischen Kapitalismus deutscher Prägung in einen Kapitalismus, dessen soziales Profil irgendwo zwischen den USA und Holland angesiedelt ist. In klarer Abgrenzung zur neoliberalen Polemik gegen die deutsche „Konsensgesellschaft“ (Henkel 1998) will

Wenn Giddens die soziale Rückbettung ökonomischer Aktivitäten verlangt, klagt er im Grunde traditionelle Stärken des sogenannten „rheinischen“ oder „atlantischen Kapitalismus“ ein.

Hombachs dritter Weg notwendige Anpassungen über trilaterale Vereinbarungen zwischen Staat, Kapitalverbänden und Gewerkschaften durchsetzen. Der Versuch einer Restrukturierung im Konsens – ein Projekt, an dem die Kohl-Regierung scheiterte – ist nicht nichts. Doch die Spielräume sozialdemokratischer Reform-

politik werden damit auf einen äußerst schmalen Korridor verengt. Für Hombach sind das Lohnzurückhaltung, Steuerensenkungen für Unternehmen und Leistungsträger, Arbeitsumverteilung, Einrichtung eines subventionierten Niedriglohnsektors sowie aktivierende Arbeitsmarktpolitik.

Kapitalismus contra Kapitalismus

Eine organische Begründung für eine solche Strategie hat Wolfgang Streeck mit intellektueller Schärfe vorgetragen. Streeck knüpft an Michel Alberts (1992) These einer neuen Epoche innerkapitalistischer Systemkonkurrenzen an. Danach hat mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes ein Konflikt zwischen zwei „antagonistische(n) Denkweisen ein und desselben Kapitalismus“ begonnen, eine Auseinandersetzung zwischen rheinischem (deutsch-japanischem) und angelsächsischem (neoamerikanischem) Modell. Während der angelsächsische Kapitalismus primär auf dem „individuellen Erfolg und dem schnellen finanziellen Gewinn“ beruhe, favorisiere sein rheinischer Widerpart „den ge-

meinschaftlichen Erfolg, den Konsens und das langfristige Vorausdenken“. Zwar sei das Rheinmodell „gleichzeitig gerechter und effizienter“. Doch ihre größere soziale Leistungsfähigkeit ändere nichts daran, daß die Rheinvariante dem angelsächsischen Herausforderer im globalen Wettbewerb zu unterliegen drohe (Albert 1992: 25 f.).

Was Albert noch als Warnung formuliert, ist bei Streeck fast schon zur unumstößlichen Gwißheit geworden. In der „regellosen“ Weltwirtschaft besäßen Kapitalismen einen Vorteil, denen aufgrund ihrer weniger rigiden, durchlässigeren und flexibleren Regulationssysteme Anpassungsleistungen an unsichere Märkte und rasche Innovationszyklen vergleichsweise leicht fielen. Die Zukunftsprognose für den „german capitalism“ fällt dementsprechend pessimistisch aus. In der globalen Ökonomie kämen der diversifizierten Qualitätsproduktion wie sie in Deutschland praktiziert worden sei, sukzessive die Spezialisierungsvorteile abhanden. Zugleich verliere das obligatorische Regelsystem aus Flächentarifen, betrieblicher Mitbestimmung und sozialen Sicherungssystemen an Verbindlichkeit. Zusammen mit den Lasten der deutsch-deutschen Vereinigung erwache daraus ein Problemdruck, an dem selbst das so überaus robuste deutsche Kapitalismusmodell zerbrechen könne (Streeck 1997a: 53).

Globalisierung als „großer Gleichmacher“

Der ökonomischen Globalisierung fällt in diesem Szenario die Funktion des „großen Gleichmachers“ zu. In der internationalen Ökonomie entsteht ein konvergierender Sog, der den neoamerikanischen Kapitalismus zum universellen Modell erhebt. Der Mechanismus einer primär marktgesteuerten, wettbewerbsorientierten Restrukturierung der europäischen Wohlfahrtsstaaten läßt sich laut Streeck nicht außer Kraft setzen, denn die Dominanz neoliberaler Doktrin hat sich strukturell verfestigt. Wird der Marktfundamentalismus in der nationalen Arena verabschiedet, sorgen supranationale Gremien und Institutionen auf internationaler Ebene für dessen ungebrochene Vorherrschaft (ähnlich Giddens 1998b: 172). Das vereinte Europa ist in dieser Sicht nichts weiter als ein gigantisches Deregulierungsprojekt, das den Druck der Weltmarktkonkurrenz mit brachialer Wucht an nationale Regierungen, Parteien, Gewerkschaften und Interessenverbände weiterleitet. Politikfähigkeit entsteht erst, wenn man diese unhintergehbaren Zwänge akzeptiert. Bis auf weiteres bleiben dann nur „zweitbeste Lösungen“: Verteidigung des geschwächten, aber einzig handlungsfähigen politischen Akteurs, des Nationalstaates; „kontrollierte Dezentralisierung“ der Regulationssysteme, Bildung staatlich moderierter Wettbewerbskoalitionen unter Einschluß der großen Interessenverbände und – wo die nationale Ebene der Interessenaggregation versagt – dezentrale Arrangements in Betrieben und Unternehmen. Mißlingt dies, ist ein radikalierter Neoliberalismus die letzte verbleibende Option (Streeck 1998).

Gegen dieses Szenario lassen sich eine Fülle von Einwänden erheben. Ökonomische Globalisierung ist kein uniformer Sachzwang, sondern ein höchst widersprüchlicher Prozeß. Staaten konkurrieren nicht wie Konzerne; internationale Wirtschaftsbeziehungen sind als Positivsummenspiel möglich. Zudem schreitet die Internationalisierung von Unternehmen erheblich langsamer voran, als es gängige Standortideologien wahr haben wollen. Selbst mächtige internationale Konzerne sind nicht wirklich bindungslos; bei wichtigen Funktionen (Managerrekrutierung, Kreditlinien, Forschung und Entwicklung, Politiknetz-

DRITTER WEG – WOHIN?

werken, teilweise auch bei Umsatz und Beschäftigung) verfügen sie noch immer über besondere Beziehungen zur heimischen Operationsbasis. Grenzüberschreitende Aktivitäten deutscher Unternehmen konzentrieren sich hochgradig auf den Raum der EU; Niedriglohnoperationen sind die Ausnahme. Die EU selbst ist, trotz Korruptionsaffäre und Kommissions-Rücktritt, mehr als ein „zentrumloser Nicht-Staat“. In ihren Institutionen kämpfen Neoliberale und ihre Gegner um Terrain; für eine re-regulierende Politik gibt es, zumal unter sozialdemokratischer Dominanz, ein Potential. All das spricht gegen Globalisierungsfatalismus (zusammenfassend Dörre 1999).

Und dennoch besitzt die These von der Regimekonkurrenz einen harten Kern. Internationale Schlüsselunternehmen sind in der Lage, ihren Mobilitätsvorteil gegenüber territorial gebundenen Akteuren politisch zu nutzen. Dabei genügt häufig schon die Androhung von Standortverlagerungen, um die erwünschte Effekte zu erzielen. Der jüngste Konflikt um die Steuerreform hat gezeigt, wie wirkungsvoll Konzerne wie Daimler-Chrysler oder Allianz ihre Exit-Option auch gegenüber einer gewählten Regierung einzusetzen verstehen.

Insenzierter Korporatismus

Mit diesem Problem wird freilich jede Art von Politik zu kämpfen haben, die sich nicht zum bloßen Transmissionsriemen wirtschaftlicher Interessen machen will. Um so überraschender mutet an, daß die deutsche Version des dritten Weges auf eine Lösungsstrategie setzt, die Autoren wie Giddens eher der „old style social democracy“ zu rechnen (Giddens 1998a: 7). Wegbereiter in die neue Zeit soll der gute alte Korporatismus sein, der nun – auf Angebotspolitik getrimmt und gleichsam eine Etage tiefer als in den Zeiten von trilateraler Kommission und sozialliberaler Koalition – die kompetitive Restrukturierung der Wirtschaft zu moderieren hat. Daran ist zunächst etwas Vernünftiges. Anders als Giddens, der nur noch das aufgekärte Eigeninteresse von Unternehmen an sozialen Investitionen stark macht (Giddens 1998b: 117 ff., 147), kommen Kapitalverbände und Gewerkschaften als Akteure wenigstens noch vor. Gegen den Versuch, gesellschaftliche Strukturen im Konsens von Arbeit, Kapital und Staat zu modernisieren, läßt sich nichts einwenden. Zu nationalen Bündnissen für Arbeit gibt es wohl kaum eine Alternative. Die korporatistische Hoffnung, daß eine marktgetriebene Ökonomie, die gesellschaftliche Regelsysteme einreißt, letztendlich doch wieder stabilisierende soziale Ordnungsmuster hervorbringt, irrt zwar hinsichtlich der evolutionären Zwangsläufigkeit dieser Annahme. Da Wettbewerbsfähigkeit wesentlich von der Bereitstellung kollektiver Güter (Qualifikationen, Koordination der Lohnentwicklung, Kooperationsfähigkeit) abhängt, lassen sich jedoch genügend Gründe für ein objektives Kooperationsinteresse der Kapitaleseite finden. Hinzu kommt, daß aktive Kooperationsbemühungen auch politisch an der richtigen Stelle polarisieren, weil sie neoliberale Konsensverweigerer einem öffentlichen Rechtfertigungszwang aussetzen.

Nicht die Suche nach einem neuen Basiskonsens in den Beziehungen von Staat, Arbeit und Kapital ist problematisch, sondern die Art und Weise, wie diese Suche bei deutschen Dritte-Wegs-Strategen eingeführt und begründet wird. Hombach spricht explizit von einem „inszenierten Korporatismus“, der – auch schon mal an den Zuständigen vorbei – die wirklich Kreativen begünstigt. In dieser Diktion erhält der „neue Korporatismus“ eine Wendung, die sich

unmittelbar gegen die „verknöcherten“ Verbände und implizit auch gegen die Gewerkschaften richtet. Dazu paßt, daß die „innovativen Akteure“, die dem verknöcherten Verbändekorporatismus Beine machen sollen, vor allem auf der Betriebsebene verortet werden. Die zahlreichen „betrieblichen Bündnisse für Arbeit“ gelten als wegweisend für den Korporatismus der Zukunft. (Hombach 1998: 119, 121).

Dies ist freilich eine geradezu idyllische Uminterpretation der realen Verhältnisse. Tatsächlich gibt es – wie mit dem Beschäftigungssicherungstarifvertrag von VW (28,8-Stunden-Woche ohne vollen Lohnausgleich im Tausch gegen eine Beschäftigungsgarantie) Beispiele für innovative Krisenbewältigung auf Betriebs- und Unternehmensebene. Doch zwischen solchen Beispielen und dem Fall des Heiztechnikherstellers Viessmann, der eine Auslagerungsandrohung nutzte, um von Betriebsrat und Belegschaft die Zustimmung zu einer unbezahlten dreistündigen Verlängerung der Wochenarbeitszeit zu erzwingen, liegen Welten. Tatsächlich handelt es sich bei vielen betrieblichen „Bündnissen“ um asymmetrische Standortpakte, die durch rigides „concession bargaining“ des Managements zustande kommen und die Bewältigung des Marktrisikos einseitig den Beschäftigten aufbürden.

Diktatur der kurzen Frist

Insofern ist es fatal, solche Bündnisse ausschließlich als positiven Ausdruck für Flexibilitätsgewinn in einem verknöcherten System zu werten. Es spricht einiges dafür, daß der rheinische Kapitalismus ein Flexibilitätsproblemen besitzt (Regini 1998). Aber entscheidend ist doch, wie Flexibilität hergestellt wird. Gegenwärtig verhält sich die überwiegende Mehrzahl der Betriebe „produktivistisch“, aber nicht wirklich produktiv (Giddens 1997). Indem sie kurzfristige Kostensenkung und Gewinnmaximierung favorisieren, untergraben Unternehmen systematisch ihre längerfristig wirksamen Entwicklungspotentiale. Partizipationsbereitschaft und Produktionsintelligenz der Beschäftigten werden nicht oder nur selektiv genutzt. Die Folge ist ein erhebliches Partizipationsdefizit. Bei der Aus-

Die Mischung aus Zuckerbrot (Lohnsubventionen, Förderprogramme) und Peitsche (Sanktionen beim Bezug von Transferleistungen) ist organischer Bestandteil des dritten Weges.



Foto: Alexander Völkel (Hilchenbach-Dahlbruch)

breitung partizipativer Arbeits- und Organisationsformen liegt Deutschland europaweit nur im Mittelfeld, und dies, obwohl empirische Daten eine produktivitätsfördernde Wirkung direkter Beschäftigtenpartizipation nachdrücklich belegen. Viele betriebliche Standortpakte zementieren diese Zustand eher, als daß sie ihn beheben würden. Der Preis für kurzfristige Rationalisierungserfolge sind nicht selten massive arbeitspolitische Rückschritte (Kern/Schumann 1998, Dörre 1999 b). Diese Art des kurzfristigen „Flexibilitätsgewinns“ wird sich früher oder später rächen.

Nische „Polder-Modell“

Selbst in ihren positivsten Ausformungen können unternehmenszentrierte Standortpakte die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigen. Der deutsche dritte Weg weiß eine Lösung. Sie lautet „Von Holland lernen, heißt siegen lernen“. Das „holländische Wunder“ gilt als Vorbild für eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Tatsächlich sind die Statistiken beeindruckend. Innerhalb von 10 Jahren (1983-1992) konnte die Arbeitslosenquote von 14 auf knapp über 6 Prozent gesenkt werden. Das jährliche Job-Wachstum liegt mit 1,6 Prozent um das Vierfache höher als der EU-Durchschnitt. Die Ungleichheit nimmt zu, aber nicht in einem solch krassen Maße wie in den USA oder in England. Allerdings handelt es sich bei den neuen Jobs überwiegend um Teilzeitarbeitsplätze, „manchmal mit einer sehr niedrigen Stundenzahl, unregelmäßigen Arbeitszeiten und geringen Karrierechancen. Diese Arbeitsplätze werden in überwältigender Zahl von Frauen besetzt“ (Visser/Hemerijk 1998: 25). Das „holländische Wunder“ basiert also in hohem Maße auf Arbeitsumverteilung.

Nicht die Suche nach einem neuen Basiskonsens in den Beziehungen von Staat, Arbeit und Kapital ist problematisch, sondern die Art und Weise, wie diese Suche bei deutschen Dritte-Wegs-Strategen eingeführt und begründet wird.

Und es verdankt sich – so jedenfalls die Anhänger des „neuen Korporatismus“ – vor allem der institutionalisierten Konsensorientierung der industriellen Akteure. In dieser Hinsicht läßt sich tatsächlich etwas vom „Polder-Modell“ lernen. Das gilt auch für die Ausweitung von Teilzeitarbeit, die sich keineswegs zwangsläufig in einer

Zementierung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung niederschlagen muß.

Doch selbst wenn man über alle Schwachstellen des niederländischen Wegs – etwa den hohen Anteil der Frühverrentungen – hinweg sieht, bleibt ein schwerwiegender Einwand. Die „stärkste Waffe“ Hollands ist, so Visser/Hemerijk in ihrer gründlichen Studie, die auf das Abkommen von Wassenaar zurückgehende Lohndisziplin der Gewerkschaften. Dies mag als Nischenstrategie eines kleinen Staates zeitweilig erfolgreich sein. Folgen große Flächenstaaten wie Deutschland diesem Beispiel, werden die Folgen andere sein. Längerfristige Lohnzurückhaltung schwächt nicht nur den Innovationsdruck, sie stärkt die Wettbewerbsfähigkeit ohnehin starker Volkswirtschaften in einer Dimension, die von wirtschaftlich schwächeren Staaten nur schwer zu kompensieren ist. Selbst wenn sich hierzulande ein Konsens nach dem Vorbild von Wassenaar herstellen ließe, wäre der Preis dafür eine Verstärkung von Ungleichgewichten und Interessengegensätzen in der EU. Eine Strategie, durch Lohnzurückhaltung bedingte binnenwirtschaftliche Nachfragebeschränkung durch Exportsteigerungen überzukompensieren, kann nicht

funktionieren, wenn sie in ganz Europa betrieben wird, sondern wird ein Negativsummenspiel für alle beteiligten Länder.

Zuckerbrot und Peitsche

Dieser Einwand gilt grundsätzlich auch für den auf Fritz Scharpf zurückgehenden Vorschlag eines staatlich subventionierten Niedriglohnsektors. Ob die neoklassische Gleichgewichtsvorstellung, wonach niedrige Löhne den Arbeitsmarkt abräumen, tatsächlich aufgeht, ist zumindest fraglich. Schon jetzt sieht sich jede Niedriglohnstrategie mit dem Faktum konfrontiert, daß in den alten Bundesländern 8,5 Mio Menschen leben, die mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze (weniger als 50% des durchschnittlichen Bruttoeinkommens) auskommen müssen (Bäcker/Hanesch 1998). Geht man von einer großen Nachfrage nach Billigjobs aus und unterstellt, daß eine Lohnsubventionierung möglich ist, die deutlich über das Existenzminimum hinaus geht, bleibt dennoch ein gravierendes Problem. Finanziell und inhaltlich wenig attraktive Jobs werden nur zu besetzen sein, wenn das Anspruchsniveau potentiell Arbeitssuchender deutlich gesenkt wird. Das wird nicht ohne Zwang gehen. Konsequenterweise weist Hombach daher auf den hohen materiellen und moralischen Druck, der Arbeitslose in den USA zur raschen Aufnahme einer Tätigkeit drängt. Diese Mischung aus Zuckerbrot (Lohnsubventionen, Förderprogramme) und Peitsche (Sanktionen beim Bezug von Transferleistungen) ist organischer Bestandteil des dritten Weges. In den angelsächsischen Kapitalismen besitzt sie eine lange Tradition. In Deutschland und Kontinentaleuropa wird die Verstärkung staatlichen Zwangs auch subjektiv auf heftige Widerstände stoßen.

Vertane Chancen

Damit sind wir beim Kern der deutschen Dritte-Wegs-Variante angelangt. Sie ist nicht mehr und nicht weniger als eine Anpassungsstrategie, die realen oder vermeintlichen Zwängen marktgetriebener Restrukturierung folgt, ohne Basisinstitutionen des rheinischen Kapitalismus (Flächentarife, Mitbestimmung, soziale Sicherungen, duale Berufsausbildung) gänzlich aufzugeben. Die Grundidee, Steuerungsleistungen vom Kernstaat hin zu den eigentlichen Subjekten zu verlagern und die aktive Auseinandersetzung mit sozialen und ökologischen Risiken zu fördern, besitzt auch für Linke Attraktivität. Die Kritik am Bürokratismus, an der lähmenden, undemokratischen Funktionsweise des Sozialstaats ist in Teilen berechtigt (Bischoff 1997: 94 f.). Gleiches gilt für die Attacken gegen bloße Bewahrungsmentalität.

Dennoch wird man den Eindruck nicht los, daß der deutsche Beitrag zur Dritte-Wegs-Debatte das Verhältnis von Rechten und Pflichten höchst einseitig definiert. Rechte und Freiheiten gelten bevorzugt oben, die Risiken und Pflichten sammeln sich unten. All die vielfältigen Warnungen vor einer Reglementierung der Wirtschaft stehen jedenfalls in merkwürdigem Kontrast zum erwünschten Druck auf die schwächsten Gruppen der Gesellschaft. Der neue Korporatismus formuliert relativ klar, was vom Standpunkt organisierter Arbeitsinteressen in ein Bündnis für Arbeit eingebracht werden muß; über den Beitrag der Kapitaleseite schweigt er sich weitgehend aus. Ein Konsens, der Lasten und Nutzen höchst ungleich verteilt, wird jedoch nicht lange halten. Ein freiwilliger Ausbildungskonsens z.B. ist durchaus erstrebenswert. Führt er nicht zu einem quantitativ und qualitativ guten

Ausbildungsangebot, kommt auch der bestinszenierte Korporatismus im Interesse einer „Politik der zweiten Chance“ nicht um eine Auseinandersetzung mit ausbildungsunwilligen Unternehmen herum.

Vieles spricht dafür, daß der finanzielle Verteilungsspielraum tatsächlich eng ist. Um so mehr verwundert, daß ein zentraler Gedanke in Giddens Schrift, die „Demokratisierung der Demokratie“, in den deutschen Dritte-Weg-Varianten so gut wie keine Rolle spielt. Auf bloße Anpassung reduziert, könnte aus dem ersehnten Aufbruch aber rasch eine vertane Chance werden. Dabei sind die Mehrheitsverhältnisse für einen wirklichen Politikwechsel äußerst günstig. Mit Ausnahme Irlands und Spaniens besitzen sämtliche EU-Mitgliedsstaaten sozialdemokratisch geführte Regierungen. In den europäischen Hauptländern verfügen sie über solide Mehrheiten. Wenn gestaltende Politik in der EU jemals eine Chance haben soll, dann jetzt. Politikwechsel, das hieße vor allem, den Duck auf die ‚Verlierer‘ der neuen offenen Wirtschaft zu verringern, damit der Globalisierungsprozeß überhaupt fortgesetzt werden kann. Das hieße, Abschied vom Götzen Geldwertstabilität, Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf nachfrageinduziertes Wachstum, „und zwar international koordiniert“ (Kapstein 1998: 204 f.) Womit wir, wie aufmerksame Leser/innen unschwer bemerken, wieder beim Lafontaineschen Politikmix wären...

Post scriptum

Die FAZ vergleicht das rot-grüne Bündnis mit jener französischen Linksregierung, die einen „Keynesianismus in einem Lande“ praktizierte, als es dafür keine gesellschaftliche Mehrheit mehr gab. Die Regierung war zu spät gekommen. Mit Lafontaine ist es jedoch etwas anderes. Er war häufig zu früh. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich propagierte er – damals gegen große Teile der Linken – lange vor dem VW-Modell. Und gegen die Mär von den blühenden Landschaften im Osten zog er zu Felde, als viele die Wahrheit nicht hören mochten. Vielleicht war er auch diesmal zu früh. Die Aufgabe einer Re-Regulation der offenen Weltwirtschaft bleibt jedenfalls aktuell. spw

Literatur

Albert, M. (1992): Kapitalismus contra Kapitalismus. Frankfurt/M.
 Beck, U./Giddens, A./Lash, S. (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt/M.
 Beck, U. (Hrsg. 1998): Politik der Globalisierung, Frankfurt/Main
 Bäcker, G./Hanesch, W. unter Mitarbeit von P. Krause u. R. Bispinck (1998): Landessozialbericht 1998. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerhaushalte mit Niedrigeinkommen. Bergheim.

Bischoff, J. (1997): New Labour, Globalisierung und die europäische Linke. In: Widerspruch 34, Zürich: 89 – 98.
 Cattero, B. (Hrsg. 1998): Modell Deutschland. Modell Europa. Probleme, Perspektiven.
 Crouch, C./Streeck, W. (Ed. 1997): Political Economy of Modern Capitalism. Mapping Convergence & Diversity. London.
 Demirovic, A. (1997): Der Sturz ins Ungewisse. Anthony Giddens und die Neuorientierung der Sozialdemokratie. In: Widerspruch 34. Zürich: 99 – 104.
 Dörre, K. (1999): Industrielle Beziehungen im Spannungsfeld von Globalisierung und europäischer Mehrebenen-Regulation. In: Müller-Jentsch, W. (1999): Konfliktpartnerschaft. Akteure und Institutionen der industriellen Beziehungen. München: 297 – 324.
 Dörre, K. (1999b) Kampf um Beteiligung. Neue Managementkonzepte und industrielle Beziehungen. Im Erscheinen.
 Giddens, A. (1997): Jenseits von Links und Rechts. Frankfurt/M.
 Giddens, A. (1998a): The Third Way. The Renewal of Social Democracy. Cambridge. dt.: Ders. (1998b): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt/M.
 Graham, A. (1997): Myths and Realities of Conservative Capitalism. In: Crouch/Streeck (1997).
 Henkel, H.O.: (1998): Jetzt oder nie. Ein Bündnis für Nachhaltigkeit in der Politik. Berlin.
 Hombach, B. (1998): Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte. München.
 Jacques, M. u.a. (1999): Tod des Neoliberalismus – es lebe die Sozialdemokratie. Marxism Today. Dt. in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/99.
 Kelly, G./Kelly, D./Gamble, A. (Ed. 1997): Stakeholder Capitalism. London.
 Kern, H./Schumann, M. (1998): Kontinuität oder Pfadwechsel? Das deutsche Produktionsmodell am Scheideweg. In: Cattero (1998).
 Krämer, R./Mikfeld, B./Skarpelis-Sperk, S. (1997): Politikwechsel oder ‚Innovation‘ á la Schröder? SPW Heft 95. Europa und die Linke. Dortmund.
 Kapstein, E. B. (1998): Arbeiter und die Weltwirtschaft. In: Beck (Hrsg. 1998). A.a.O.: 203 – 227.
 Lafontaine, O./Müller, Ch. (1998): Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle. Bonn.
 Perger, W. A.: Der dritte Weg. Europas Linke sucht nach der großen Botschaft. Auch rechts. Die Zeit vom 11. März 1999
 Regini, M. (1998): Europäische Kapitalismen und Globalisierung: Ein Vergleich Deutschland – Italien.
 Schröder, G. (1997): Eine echte Renaissance der sozialen Marktwirtschaft. Eckpunkte einer sozialdemokratischen Modernisierungs- und Reformpolitik. Die Zeit vom 19.9.1997.
 Streeck, W. (1997a): German Capitalism: Does it exist? Can it survive? In: Crouch/Streeck (ed.). A.a.O.: 33 – 54.
 Streeck, W. (1998 a): Globale Wirtschaft, nationale Regulierung. In: Cattero (Hrsg. 1998): A.a.O.: 13 – 32.
 Visser, J./Hemerijk, A. (1998): Ein holländisches Wunder? Reform des Sozialstaates und Beschäftigungswachstum in den Niederlanden. Frankfurt/M.
 Wendt, M. (1997): Die SPD – ratlos zwischen Angebots- und Nachfragepolitik. Zur Kritik der neuen wirtschaftspolitischen Konzepte von Schröder und Lafontaine. In: Widerspruch 34. Zürich: 79 – 88.

Tatsächlich handelt es sich bei vielen betrieblichen „Bündnissen“ um asymmetrische Standortpakete, die die Bewältigung des Marktrisikos einseitig den Beschäftigten aufbürden.

Aktuell zur Bubi-Walser-Debatte

Dunkel Deutschland

Aufforderung zum Dialog der Generationen Mit Beiträgen von:
 Ignatz Bubi, Harry und Werner Foß, Ralph Giordano, Benno Hafenegger, Hartmut Holzapfel, Renate Knigge-Tesche, Michael Kötschau, Peter Krahulec, Frank Männicke, Petra Mumme, Werner Nickolai, Albert Scherr, Kurt Schilde, Dagmar Seidel, Conny Seyler, Manfred Wittmeier, Siegfried Wolf:

DM 16,80 / 144 Seiten
 ISBN: 3-9806342-1-3

Überall im Buch- und Zeitschriftenhandel
 Wenn nicht: **SOZIALEXTRA-VERLAG**, Bärenstraße 6, 65183 Wiesbaden, Tel: 0611-90 18 710

USA: Die Fratze hinter dem Make-up des Jobwunders

von Uwe Wiedenstried*

Am 22. August 1996 besiegelte Bill Clinton mit seiner Unterschrift unter den „*Personal Responsibility and Work Opportunity Act*“ das Ende des amerikanischen Sozialstaates. Clinton war seine Präsidentschaft mit eben diesem Versprechen angetreten: „*To end welfare, as we know it.*“

„Welfare, as we know it“

Wohlfahrt, wie die Amerikaner sie bis dahin kannten, bestand aus über achtzig Programmen des Bundes, der Staaten und der Gemeinden. Die wichtigsten waren diese:

1. AFDC – Aid to Families with Dependent Children:

Wenn die Amerikaner von „welfare“ sprechen, meinen sie in der Regel diese „Beihilfe für Familien mit abhängigen Kindern“. Clintons Sozialhilfereform bezieht sich im wesentlichen auf dieses Programm. Daß eine Familie in Armut lebt, genügte nicht für den Bezug von AFDC. AFDC erhielten Familien, in denen ein Elternteil tot, ständig abwesend bzw. körperlich oder geistig behindert ist. Das Programm richtete sich insbesondere an zerbrochene Familien. Ab 1988 konnten auch vollständige Familien AFDC erhalten, wenn der zuvor erwerbstätige Haushaltsvorstand arbeitslos wurde (AFDC-UP). Trotzdem blieben etwa 90% der Empfänger alleinerziehende Mütter. Die Hälfte der AFDC-Mütter erhielt für fünf Jahre und länger Sozialhilfe; nur bei rund 30% lag der Bezugszeitraum unter zwei Jahren. 1995 lagen die Ausgaben für AFDC bei 18,1 Milliarden Dollar.

Der Bund trug 50 bis 80% der Leistungs- und die Hälfte der Verwaltungskosten. Die Einzelstaaten führten das Programm durch und bestimmten Anspruchskriterien und Höhe der Leistungen. Die Leistungshöhe variierte stark von Staat zu Staat. Im Januar 1994 bezog ein Dreipersonenhaushalt in Mississippi einen monatlichen

Höchstbetrag von 120 Dollar, in Alaska mit 923 Dollar fast das Siebenfache. 1995 bezogen etwa 15 Millionen Menschen in fünf Millionen Haushalten AFDC. Erwerbsfähige AFDC-Empfänger waren verpflichtet, an Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen teilzunehmen. Im Gegenzug stellten die Einzelstaaten für Alleinerziehende die Kinderbetreuung sicher. AFDC-Familien hatten automatisch Anspruch auf Medicaid, auf freies oder subventioniertes Schulesen für ihre Kinder sowie ggf. auf Wohnungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungshilfen. Die meisten AFDC-Familien erhielten darüber hinaus Food Stamps.

2. SSI – Supplemental Security Income:

SSI ergänzt das Einkommen bedürftiger Personen, um einen Mindest-Lebensstandard zu sichern. Anspruchsberechtigt sind ältere Menschen über 65 und Personen jeden Alters, die blind oder behindert sind. SSI ist ein vom Bund allein getragenes, steuerfinanziertes Programm mit einem Ausgabenvolumen von 24,5 Milliarden Dollar im Jahr 1995. Ca. sechs Millionen Menschen erhalten SSI.

3. Medicaid – Krankenhilfe:

Medicaid besteht aus drei Krankenversicherungsprogrammen – für AFDC-Familien, für Blinde und Behinderte sowie für ältere Menschen. 1996 nahmen 37 Millionen Menschen Medicaid in Anspruch. Die Ausgaben für Medicaid lagen 1995 bei 89,1 Milliarden Dollar. Der Bund trägt zwischen 50 und 80% der Kosten. Die Staaten bestimmen im Rahmen von Bundesrichtlinien autonom über Anspruchsvoraussetzungen und Umfang der medizinischen Leistungen. Die Unterschiede sind oft sehr groß. Gemeinsam ist allen Staaten jedoch, daß die medizinische Versorgung der Medicaid-Patienten auf einem weitaus niedrigen Niveau liegt als die der übrigen Bevölkerung.

4. Food Stamps – Lebensmittelmarken:

Die Zuteilung von Lebensmittelmarken soll eine ausreichende und gesunde Ernährung gewährleisten. Die Bezugsberechtigung wird jährlich überprüft. Sie richtet sich nach Vermögen oder Einkommen. 1993 gab es 26,9 Millionen Empfänger. Davon waren die Hälfte Kinder und sieben Prozent Ältere. 70% der Empfänger-Haushalte erhielten neben Food Stamps gleichzeitig andere Sozialleistungen (z.B. AFDC mit einem Anteil von 40%). Food Stamps – Empfänger müssen sich als arbeitssuchend registrieren lassen. Arbeitsfähige Personen müssen arbeiten, um Lebensmittelmarken zu erhalten. 94% aller Empfänger hatten ein Einkommen, das unter der offiziellen Armutsgrenze lag. Der Bund finanziert und verwaltet das Food-Stamps-Programm nach national einheitlichen Kriterien. 1995 gab die US-Regierung 25,6 Milliarden Dollar für Nahrungsmittelhilfen aus.

5. EITC – Earned Income Tax Credit:

Niedrige Arbeitseinkommen werden durch eine „Negative Einkommenssteuer“ aufgestockt. 1995 zahlte die US-Regierung 15,2 Milliarden Dollar als EITC.

6. General Assistance:

Die „Allgemeine Unterstützung“ ist das letzte Sicherheitsnetz für all jene, die die Bundesprogramme nicht erfassen. General Assistance umfaßt die eigenen ergänzenden Sozialhilfeprogramme der Staaten und Gemeinden. General Assistance ist von Staat zu Staat, von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich ausgestaltet. 1993 erhielten 1,1 Millionen Menschen eine derartige Hilfe.

Vom Leben unterm Flickenteppich

AFDC, SSI, Medicaid, Food Stamps, EITC und General Assistance – Das soziale Netz schien enger geknüpft, als wir Europäer in unserer Sozialstaatsborniertheit wahrhaben wollten. Und dann erst die Milliardensummen – wohlge- merkt harte Dollar – die Uncle Sam dafür lockermachte. 223 Milliarden Dollar für alle achtzig Sozialhilfeprogramme; davon fallen 172,5 Milliarden auf die fünf größten.

Doch dieser sozialpolitische BigMac schrumpft schnell auf die Größe eines ordinären Fleischklopses, wenn man diese absoluten Zahlen auf ihren tatsächlichen Nährwert abklopft:

In Deutschland beträgt die Summe aller Sozialleistungen 33% des Bruttoinlandsproduktes, in den USA nur 16%.

40 Millionen Amerikaner leben unter der Armutsgrenze. Sie machen mehr als 15% der Bevölkerung aus. Jedes vierte Kind gehört zu diesen Armen, jedes zweite aller

40 Millionen Amerikaner leben unter der Armutsgrenze. Sie machen mehr als 15% der Bevölkerung aus. Jedes vierte Kind gehört zu diesen Armen, jedes zweite aller schwarzen Kinder zählt dazu.

* Uwe Wiedenstried, Münster, Politikwissenschaftler und Journalist

DRITTER WEG – WOHIN?

schwarzen Kinder zählt dazu. Ein Drittel dieser 40 Millionen sind Schwarze, ein weiteres Drittel Hispanics. 47,2% der Armen-Haushalte sind Haushalte von Alleinerziehenden, das sind in der überwiegenden Mehrzahl Frauen (90%). 40,6 Millionen Amerikaner sind nicht krankenversichert.

Das Einkommen von AFDC-Familien lag stets unter der offiziellen Armutsgrenze. Die Bundesregierung hat seit über 30 Jahren die Armutsgrenze nicht mehr an die veränderten Einkommensverhältnisse und Verbrauchsgewohnheiten angepaßt. 1970 bekam eine vierköpfige AFDC-Familie durchschnittlich 221 Dollar im Monat, 1990 432 Dollar. 432 Dollar entsprachen 1990 inflationsbereinigt einem Realwert von 128 Dollar; ein Kaufkraftverlust von 42% gegenüber 1970. 1994 lag in Mississippi das Einkommen einer AFDC-Familie inklusive der *Food Stamps* durchschnittlich 60% unter der offiziellen Armutsgrenze; im „großzügigen“ Alaska „nur“ 8% darunter. AFDC diene nie dazu, Armut zu vermeiden oder gar zu überwinden.

Arbeitslose fallen spätestens nach 26 Wochen ohne Job in die Sozialhilfe. Die meisten fallen sofort, denn obwohl 97% der Arbeitnehmer gegen Arbeitslosigkeit versichert sind, erhielten 1996 nur 40% der Arbeitslosen Arbeitslosengeld. Anspruch darauf haben Arbeitnehmer nämlich erst, wenn sie 14 Wochen gearbeitet haben; in einigen Staaten liegt die Grenze bei 20 Wochen. Die Höhe des Arbeitslosengeldes liegt bei durchschnittlich 50% des Nettolohns.

Auf *General Assistance* besteht im Gegensatz zu den anderen Programmen kein Rechtsanspruch. Anfang der neunziger Jahre haben Massachusetts, Pennsylvania, Michigan und Illinois *General Assistance* eingestellt und so rund eine Million Unterstützungsempfänger über Nacht in Not gestürzt.

„Als Problem erweist sich die Tatsache, daß es ... kein einheitliches letztes Netz sozialer Sicherung gibt, sondern einen Flickenteppich von sehr verschiedenen Programmen, die weder sinnvoll aufeinander abgestimmt bzw. miteinander verzahnt sind, noch eine lückenlose Versorgung sicherstellen.“ Dies schreibt Walter Hanesch, Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Darmstadt, in den WSI-Mitteilungen 4/1997.

Der französische Soziologe Loïc J.D. Wacquant, der an der University of California lehrt, schreibt in einem Spezialheft der Zeitschrift *Leviathan* („Armut und Unterklasse“; 1/97):

„Damit stellen die USA das Paradox einer Gesellschaft dar, die Kinder vergöttert, aber über keine Familien- und Bildungspolitik verfügt, ... wo die Arbeit vergötzt wird, aber kein einziges nationales Arbeitsförderungsprogramm existiert, das diese Bezeichnung tatsächlich verdient.“

Und was sagt die amerikanische „Fachwelt“ dazu? – Die Armen und Arbeitslosen haben kein Problem, sie sind das Problem. Für die Armutsforscher Charles Murray und Lawrence Mead, den Chefideologen der sozialpolitischen Reaktion, resultiert die pathologische „Abhängigkeit“ der Armen aus ihrer moralischen Verkommenheit, die nichts Geringeres bedrohe, als den „Fortbestand der westlichen Zivilisation“. *Welfare* sei die Ursache von Familien- und Arbeitsfeindlichkeit. *Welfare* führe zu Drogenkonsum, Kriminalität und Promiskuität. Arbeiten lohne sich für viele nicht, da die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in der Regel mit dem Verlust mehrerer Sozialleistungen einhergehe. So sind Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich meistens nicht über ihre Arbeitgeber krankenversichert, haben aber mit der Arbeitsaufnahme keinen Anspruch mehr auf *Medicaid*. Diese



„moralisch degenerierte Unterklasse“ bedürfe staatlichen Druckes, um den Verfall der Familien und der Arbeitsmoral zu stoppen. AFDC ermutigte geradezu, bestehende Familien aufzulösen oder gar nicht erst zu heiraten. AFDC mache Kinderkriegen zu einer Form des Lebensunterhaltes.

Tatsache ist, daß AFDC-Familien im Durchschnitt weniger als zwei Kinder haben.

„Farewell to welfare“

Mit dem „*Personal Responsibility and Work Opportunity Act*“ verabschiedet sich die Regierung aus ihrer seit 1935 bestehenden Verantwortung für die Sozialhilfe und gibt sie an die einzelnen Bundesstaaten ab. Clinton beseitigt den individuellen Rechtsanspruch für viele Sozialleistungen. Unter welchen Bedingungen arbeitslose Amerikaner ihr Dasein fristen müssen, richtet sich nach der Haushaltslage und dem Goodwill der Finanzminister in Bund und Staaten.

AFDC heißt jetzt *TANF* – „*Temporary Assistance to Needy Families*“, zu deutsch: „*Befristete Unterstützung für bedürftige Familien*“. *TANF* schafft das AFDC-Recht auf Unterstützung ab und ersetzt es durch eine Arbeitspflicht der Eltern.

Arbeitslose Eltern müssen spätestens nach zwei Jahren Unterstützung einen Job gefunden haben, sonst gibt es keinen Cent mehr. Wohlfahrtsempfänger müssen jede ihnen angebotene Arbeit annehmen, ungeachtet der Bezahlung oder der konkreten Arbeitsbedingungen, sonst verlieren sie sofort ihren Leistungsanspruch. Wer nicht pariert, muß hungern.



TANF gibt es im günstigsten Fall nur noch für fünf Jahre im Leben. Ist dieses Kontingent aufgezehrt, muß eine alleinstehende Mutter eben selbst sehen, wie sie sich und ihre Kinder durchbringt.

„Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich, daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, daß dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören.“ The pursuit of happiness, das Streben nach Glück liest sich für diese Mutter nach Clintons Übersetzung der Unabhängigkeitserklärung so: Durchschnorren bei der Familie, Bettelei, Prostitution, Kriminalität, in U-Bahnschächten und unter Brücken nach einem trockenen Schlafplätzchen für die lieben Kleinen suchen und Tag für Tag um eine warme Suppe bei der Heilsarmee anstehen.

Es sei denn, sie fände einen Job, oder besser zwei oder drei. Denn von einem Job allein kriegt sie ihre Gören nicht satt. Um alle Ausgaben decken zu können, müßte eine alleinstehende Mutter mit zwei

Kindern etwa 24.000 Dollar im Jahr verdienen. Ein Job mit dem gesetzlichen Mindestlohn von 5,15 Dollar in der Stunde brächte ihr gerademal die Hälfte davon ein. Um einen Job dieses Lohnniveaus bewerben sich im Durchschnitt 222 Menschen.

Ledige minderjährige Mütter, die sich weigern, bei ihren Eltern zu wohnen, egal ob diese sie vor die Tür gesetzt haben oder nicht, erhalten keinerlei Unterstützung. Ebenso ergeht es Müttern jeden Alters, die den Namen des Vaters ihres unehelichen Kindes nicht angeben.

Die Regierung kürzt das *Food-Stamps*-Programm um 23,3 Milliarden Dollar. Bisher lagen die Lebensmittelbeihilfen 3% über dem, was das Bundeslandwirtschaftsministerium als Warenkorb für den notwendigen Lebensbedarf festgesetzt hatte. Jetzt gibt es nur noch den Warenkorb und kein Brotkrümchen mehr. Lebensmittelmarken sind bisher nach dem Bedürftigkeitsprinzip vergeben worden und waren nicht an Familienstatus oder Alter gekoppelt. Jetzt erhalten alleinstehende erwerbsfähige Arbeitslose unter 50 Jahren, die nicht behindert sind, nur noch für drei Monate im Jahr *Food Stamps*, es sei denn, sie gehen zumindest einer Erwerbsarbeit auf Teilzeitbasis nach. Die geltenden Freibeträge bei der Anrechnung von Vermögen und Einkommen werden eingeschränkt.

Unter welchen Bedingungen arbeitslose Amerikaner ihr Dasein fristen müssen, richtet sich nach der Haushaltslage und dem Goodwill der Finanzminister in Bund und Staaten.

Illegale Einwanderer sowie Ausländer, die sich zeitweilig legal in den USA aufhalten, bekommen bis auf kurzfristige Krankenhilfen überhaupt keine Sozialleistungen mehr.

Legale Einwanderer können erst nach ihrer Einbürgerung oder nach zehnjähriger Erwerbstätigkeit Ansprüche auf *Food Stamps* und *SSI*, nach fünfjähriger Erwerbstätigkeit auf die anderen Sozialleistungen geltend machen. Allerdings nicht überall, denn Clintons Sozialhilfereform räumt den Einzelstaaten die Möglichkeit ein, legalen Einwanderern *Medicaid* oder *TANF* nach eigenem Schlecht-dünken zu verweigern.

Faustrecht des Profits

Bis zum August 1996 bestand eine Garantie der US-Regierung, daß alle *AFDC*-Berechtigten die ihnen zustehenden Leistungen auch erhielten. Die Höhe der Bundeszuschüsse an die Einzelstaaten richtete sich nach der Anzahl der *AFDC*-Berechtigten. Jetzt erhalten die Bundesstaaten nur noch sog. *block grants*, Pauschalzuweisungen des Bundes, deren Höhe fixiert ist. Das Jahresbudget für *TANF* beträgt für alle Bundesstaaten zusammen bis zum Jahr 2002 nur noch 16,3 Milliarden Dollar. Unabhängig vom Anstieg der Arbeitslosigkeit und Armut müssen die Staaten jetzt selbst sehen, wie sie damit auskommen.

Block grants lösen einen Wettlauf nach unten (*race to the bottom*) aus. Kein Einzelstaat kann das Leistungsniveau stark anheben, ohne zum Magneten für Sozialhilfeempfänger aus anderen Staaten zu werden.

Die Staaten sind nicht einmal verpflichtet, die gesamten *block grants* für *welfare* auszugeben. Auflage ist lediglich, 80% der Sozialausgaben des Jahres 1994 zu tätigen. Auflage ist auch, 25% der Sozialhilfeempfänger bis 1998 und 50% bis 2002 ins Arbeitsleben entlassen zu haben. Erreicht ein Bundesstaat diese Ziele nicht, erhält er geringere *block grants*.

Schon vor der Sozialhilfereform konnte das Bundesgesundheitsministerium den Einzelstaaten gestatten, Bundesgesetze zur Sozialhilfe für einige Jahre durch Sonderregelungen, die sog. *Waivers*, zu ersetzen. Bis zum August 1996 hatten 40 der 50 Einzelstaaten *Waivers* beantragt und erhalten. Dies hat zu einer chaotischen Situation geführt. Einerseits gilt das neue Bundesgesetz, andererseits gelten in vier Fünftel der Staaten Ausnahmeregelungen. Einige Beispiele:

In Connecticut endet die lebenszeitliche Begrenzung von Sozialhilfe nicht nach fünf Jahren, sprich: 60 Monaten, sondern schon nach 21 Monaten.

Die Bundesregelung gestattet *TANF*-Bezieher eine Frist von zwei Jahren zu, innerhalb der sie spätestens Arbeit finden müssen. Wisconsin verpflichtet Sozialhilfeempfänger sofort zur Vollzeitarbeit ohne vorherige Qualifizierungsmaßnahmen. Es gibt damit in Wisconsin keine Berechtigung auf *TANF* mehr; auch keine befristete. Wisconsin bietet den Betroffenen subventionierte Jobs im Privatsektor an, die zu *EITC*, Kinderbetreuung und Krankenversicherung berechtigten. Allerdings müssen die Betroffenen auch Vollzeitjobs annehmen, deren Bezahlung unter dem Mindestlohn liegt.

In Texas sollen private Konzerne zukünftig die Sozialfürsorge verwalten. Nicht nur der Bund, auch die Einzelstaaten wollen sich aus ihrer Verantwortung stehlen. Texas möchte fast sein gesamtes Sozialhilfesystem in die Hände einer einzigen Firma legen. Der Waffenkonzern Lockheed, die Unternehmensberatung Andersen Consulting und der Datenverarbeiter EDS konkurrieren um diesen 2,2 Milliar-

DRITTER WEG – WOHIN?

den-Dollar-Vertrag. Texas hofft, durch diese Privatisierung 100 Millionen Dollar im Jahr einsparen zu können. Von privaten Firmen ist kaum zu erwarten, daß sie die Interessen der Betroffenen optimal vertreten werden. Die Zeitschrift „US-Today“ folgerte: „In ein paar Jahren wird Wohlfahrt eine Multi-Milliarden-Dollar-Industrie sein, reguliert vom Staat, aber in der Hand von High-Tech-Konzernen.“ (zit. nach DIE ZEIT, 9. 5. 1997, S.25).

Reguliert vom Staat? Nach den texanischen Vorreitern werden sich auch die anderen Staaten in die Sättel schwingen, ihr letztes „farewell for welfare“ murmeln und in den Sonnenuntergang hineinreiten. Wenn dann dem Revolverheld Lockheed die Colts locker sitzen, gilt nicht nur in Tombstone, sondern überall von Key West bis Seattle, von San Diego bis Buffalo das Faustrecht des Profits.

Durchwursteln mit Polizeiknüppeln

Bis 2002 soll die Sozialhilfereform 54,1 Milliarden Dollar einsparen. Das Washingtoner *Urban Institute* hat die Folgen berechnet:

Jeder zehnte Haushalt muß Einkommensverluste hinnehmen. Drei Viertel von ihnen sind Familien mit Kindern. Mehr als die Hälfte der betroffenen Haushalte sind Arbeitnehmerhaushalte. Die Zahl der Personen, die unter der Armutsgrenze leben, wird damit um 2,6 Millionen steigen. 1,1 Millionen dieser neuen Armen sind Kinder.

Eine Million Haushalte, die bisher AFDC erhielten, verlieren ihre Ansprüche. 850.000 Haushalte bekommen keine *Food Stamps* mehr. 900.000 Personen müssen auf SSI verzichten.

All jene, die aus dem sozialen Netz ins Bodenlose fallen, sind gezwungen, ihre Arbeitskraft zu Schleuderpreisen zu verhökern. Eine Studie des liberalen *Economic Policy Institute* schätzte 1995, daß eine Million zusätzlicher Arbeitskräfte die Löhne im unteren Einkommensbereich bis zum Jahr 2000 um 12% reduzieren werden.

Mit dem neuen Lumpenproletariat lassen sich nicht nur die Löhne drücken. Uncle Sam gibt den Arbeitgebern damit ein Ersatzheer in die Hand, das besser bezahlte reguläre Arbeitnehmer buchstäblich vom Arbeitsmarkt fegt. Unter Wegfall von 500 Arbeitsplätzen werden z.B. künftig Tausende von Sozialhilfeempfängern auf der Basis eines städtischen *Workfare*-Programmes die New Yorker U-Bahn reinigen.

Noch bekommen die USA die Folgen der Sozialhilfereform nicht zu spüren. Was aber passiert, wenn die ersten Zeitlimits ablaufen, wenn eine Rezession die Wirtschaft erfasst? Wenn die Wirtschaftswissenschaftler recht haben, die behaupten, die günstige Konjunktur sei nur ein Strohfeuer, das die Einrichtung der NAFTA – der Nordamerikanischen Freihandelszone unter Einschluß von Mexiko – ausgelöst habe? Wer soll dann verhindern, daß die amerikanische Gesellschaft implodiert durch Massenarmut und -arbeitslosigkeit? Der Bund hat so gut wie keine Kompetenzen mehr, die Einzelstaaten treten ihre an Privatfirmen ab. Gab es nie eine zusammenhängende und aufeinander abgestimmte Sozialpolitik, so scheint es nach Clintons Sozialhilfereform völlig unmöglich, das Problem Armut anzugehen, geschweige denn zu lösen. Amerikanische Sozialpolitik bleibt das, was sie immer war: *muddling through* – Durchwursteln.

Notfalls greift Uncle Sam eben auf eine bewährte Tradition der Armenpolitik zurück, die für schlagenden Erfolg bürgt – auf den guten alten Polizeiknüppel.

Die Zahl der Gefängnisinsassen ist buchstäblich explodiert: 1970 saßen knapp 200.000 Häftlinge ein, 1991 825.000! Die Häftlinge sind vorwiegend Schwarze. Die

Zahl afroamerikanischer Häftlinge ist fünfmal so hoch wie 1970. Obwohl Schwarze nur 12% der Bevölkerung stellen, machten sie 1994 53% der Gefängnisinsassen aus. Zum ersten Mal in der Geschichte der USA sitzen mehr Schwarze als Weiße in Haft. Grund dafür ist der sog. „Krieg gegen die Drogen“. Er richtet sich vornehmlich gegen schwarze Jugendliche in den Ghettos, für die der kleine Drogenhandel angesichts des desolaten Sozialsystems oft die einzige Erwerbsquelle ist. Wegsperrn ist die einfachste und billigste Lösung.

Weggesperrt werden Jugendliche schon, wenn sie zwischen 22.30 und 6.00 Uhr ohne triftigen Grund auf der Straße angetroffen werden. In 59 Großstädten gilt für sie eine Ausgangssperre. In boot camps, einer Art Umerziehungslager mit härtestem Militärdress, wird dann ihre Persönlichkeit gebrochen, um sie zu funktionierenden Staatsbürgerautomaten zu machen.

Der wohlthätige Staat zieht sich zurück und erzeugt damit die Kriminalität, mit der er seine Polizeistaatmethoden rechtfertigt.

Clintons Sozialhilfereform beschleunigt den Wandel der USA zu einem bevormundenden und bestrafenden Obrigkeitsstaat. Und was lernen die jungen Amerikaner unter den Schlägen der Polizeiknüppel? Dazu noch einmal der französische Soziologe Loïc J.D. Waquant: „Es gibt ein noch schlimmeres Los und einen noch niedrigeren sozialen Status als die am schlechtesten bezahlte Arbeit.“

Eisberg voraus! – 28, 5 Millionen auf Tauchstation

Und wo bleibt das Positive? In den USA sind von 1983 bis 1995 24,1 Millionen Arbeitsplätze entstanden. Die Arbeitslosenquote liegt mit ca. sieben Millionen Erwerbslosen bei 4,5%, gibt das Ifo-Institut an (zit. nach Frankfurter Rundschau = FR; 4.8.1998, S.11). Wen wundert's, daß hier alle ein Loblied auf das Jobwunderland USA anstimmen. Ob Arbeitgeber, DGB, Sozial-, Christ- oder Freidemokraten, alle blasen sie in die gleiche Hurra-Tröte. Adam Riese singt nicht mit: Sein kleines Einmaleins brächte die Jubeltonne aus Politik und Wirtschaft eh' bloß aus dem Takt. Zwischen 1983 und 1995 ist nicht nur die Zahl der Beschäftigten gewachsen, sondern auch die der Gesamtbevölkerung, nämlich um 29 Millionen Menschen. Um das Beschäftigungsniveau von 58% des Jahres 1983 zu halten, mußte die Erwerbstätigenzahl also um 14,2 Millionen wachsen. Zieht man diese von den 24,1 Millionen neuen Arbeitsplätzen ab, bleiben 9,9 Millionen übrig. – Immerhin.

Daß das Jobwunder 1983 einsetzte, hat seinen besonderen Grund. 1983 war die Arbeitslosenrate besonders hoch, 9,6% um genau zu sein. Hätte man 1979 als Ausgangspunkt genommen, gäbe es nur ein kleines Wunderlein. 1979 lag die Arbeitslosenquote nur bei 5,8%.

„Würdet Ihr in Deutschland so rechnen wie wir, läge Eure Arbeitslosenquote bei 7,6%“, behauptet Andrew Banks, Funktionär der Transportarbeitergewerkschaft Teamsters, als ihm deutsche Kollegen um DGB-Chef Dieter Schulte im Sommer 1997 einen Informationsbesuch abstaten (zit. nach FR vom 20.1.1998; „Wie man mit Arbeit ärmer werden kann“).

Die US-Arbeitslosenquote ergibt sich aus der Hochrechnung einer monatlichen repräsentativen Befragung

Notfalls greift Uncle Sam eben auf eine bewährte Tradition der Armenpolitik zurück, die für schlagenden Erfolg bürgt – auf den guten alten Polizeiknüppel.

von 50.000 Haushalten. Wer auch nur eine einzige Stunde in der Befragungswoche gearbeitet hat, gilt als erwerbstätig. Eurostat, das Statistische Amt der EU, errechnet die Arbeitslosenquote nach ähnlichem Muster mit einem standardisierten Fragebogen. Für das Frühjahr 1999 veranschlagt Eurostat 4,9% Arbeitslose in den USA und 9,4% in Deutschland.

Dann stimmen die Zahlen der Amerikaner also annähernd? – Traue nur der Statistik, die du selbst gefälscht hast. Diese Statistiken geben keine Auskunft darüber, wie hoch die Dunkelziffer der Amerikaner ist, die die Erwerbsquote dadurch schönen, daß sie mehreren Jobs nachgehen, und so doppelt, wenn nicht gar dreifach gezählt werden. – Sorry.

Lester C. Thurow, Professor für Volkswirtschaft und Management am Massachusetts Institute of Technology, schreibt dazu in der ZEIT vom 25. Oktober 1996 (S.41): „Die amerikanische Arbeitslosigkeit ähnelt einem Eisberg – der größte Teil liegt unsichtbar unter Wasser. ... Neben diesen über sieben Millionen amtlichen Arbeitslosen würden sich noch weitere sechs Millionen Menschen als arbeitslos bezeichnen. ... Sie gelten jedoch offiziell nicht als arbeitslos, weil sie die eine oder andere Voraussetzung nicht erfüllen. ... Weiterhin gibt es 4,5 Millionen Teilzeitarbeitskräfte, die aber gerne ganztätig arbeiten würden. ... Acht Millionen amerikanische Arbeiter arbeiten bloß vorübergehend. Zwei Millionen weitere arbeiten nur, wenn ihr Arbeitgeber sie abrufft. Weitere acht Millionen arbeiten inzwischen als selbständige Unternehmer oder Berater. ... Sie wissen, daß man aus der Position der Selbständigen einen Arbeitsplatz viel leichter findet, als wenn man eingestehen muß, seit langem arbeitslos zu sein. ... Die meisten wären froh, einen richtigen Arbeitsplatz mit normalem Lohn und normalen Zusatzleistungen wie Pensionsanspruch und Krankenversicherung zu finden. Wenn sie offiziell auch nicht als arbeitslos gelten, so sind sie doch mit Sicherheit unterbeschäftigt. Aus der Statistik sind außerdem fast sechs Millionen Männer zwischen 25 und 60 Jahren verschwunden. Nach den Volkszählungen gibt es sie, aber in den Arbeitsplatzstatistiken tauchen sie nicht auf.“

Thurow kommt als summa summarum auf 35,5 Millionen Arbeitslose; das Fünffache des amtlichen Sieben-Millionen-Heeres. Zöge man die 28,5 Millionen, die sich auf Tauchstation befinden, wieder herauf an die Wasseroberfläche, läge die Arbeitslosenquote bei 25%!

Thurow kommt als summa summarum auf 35,5 Millionen Arbeitslose; das Fünffache des amtlichen Sieben-Millionen-Heeres. Zöge man die 28,5 Millionen, die sich auf Tauchstation befinden, wieder herauf an die Wasseroberfläche, läge die Arbeitslosenquote bei 25%!

Who wants to be a millionaire?

„Mehr als zwei Drittel der neuen Arbeitsplätze bieten eine überdurchschnittliche Bezahlung“, heißt es in nahezu allen Zeitungsartikeln und Fernsehberichten (zit. nach Le monde diplomatique, in taz vom 12.1.1997, „Und ewig währt das amerikanische Wunder“). Es genügt nicht, keine Gedanken zu haben, man muß auch unfähig sein, sie auszudrücken. Denn diese Falschmeldung verrät mehr über schlampigen Journalismus als darüber, ob die neugeschaffenen Jobs nun „McJobs“ sind oder nicht.

Ausgangspunkt dieser „Ente“ war ein Kommuniké des OECD-Wirtschaftsrates vom April 1996, das eine Erklärung des Weißen Hauses wiedergab: „Zwei Drittel der neuen Arbeitsplätze wurden in Tätigkeitsbereichen und Industriezweigen geschaffen, die mehr als die medianen Löhne und Gehälter zahlen.“ (zit. nach taz; a.a.O.)

Was wollte uns das Weiße Haus damit eigentlich genau sagen? Im Grunde genommen das, was jede Regierung der Öffentlichkeit am liebsten preisgibt, nämlich gar nichts. So kann ein neuer Arbeitsplatz – etwa der eines Laufburschen – eine schlechtere Bezahlung bieten als den medianen Lohn und zugleich in einem „Tätigkeitsbereich oder Industriezweig“ angesiedelt sein, der, wie etwa das Bankgewerbe, im Durchschnitt mehr bezahlt. Ob die Banken ihren Kassierern nun überdurchschnittliche Gehälter zahlen oder nicht, läßt keine Rückschlüsse auf den Lohn des Laufburschen zu.

Im übrigen hat das Weiße Haus gar nicht von durchschnittlichen Löhnen gesprochen, sondern von medianen. Was Journalisten, Politikern und Wirtschaftsbossen Einerlei ist, ist schon für Studienanfänger der Sozialstatistik ein gravierender Unterschied.

Das Durchschnittseinkommen von Familien erhält man, wenn man die Summe aller Einkommen durch die Anzahl der Haushalte teilt. In den USA ist das Durchschnittsfamilieneinkommen relativ hoch. Es liegt bei 48.165 Dollar im Jahr.

Das Medianeinkommen ist das Einkommen, bei dem die Grenzlinie zwischen der besserverdienenden und der schlechterverdienenden Hälfte der Haushalte verläuft. Die Anzahl der Haushalte mit mehr als dem Medianeinkommen ist also identisch mit der Anzahl der Haushalte mit weniger als dem Medianeinkommen. Der Median markiert genau die Schnittstelle der Häufigkeitsverteilung. Sozialstatistiker bezeichnen den Median daher als Maß der zentralen Tendenz. Das Medianeinkommen sagt wesentlich Genaueres über die Einkommensverteilung aus als das Durchschnittseinkommen. Das Medianeinkommen einer amerikanischen Familie liegt bei 35.536 Dollar im Jahr und damit fast 13.000 Dollar unterm Durchschnittseinkommen.

Jede Wette, daß die US-Regierung genau wußte, wovon sie nicht sprach.

Jede Wette, daß sie auch nichts von einer Studie des Nürnberger Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wissen will. Die zeigt nämlich, daß die Durchschnittslöhne in den USA stagnieren und die Lohnschere immer weiter auseinandergeht. Die Löhne der obersten zehn Prozent der Arbeitnehmer auf der Gehaltsskala stiegen von 1980 bis 1995 um elf Prozent, die Löhne im untersten Bereich fielen um vier Prozent.

„Ein Fünftel der Amerikaner verfügt inzwischen über 85% aller Vermögen. In der Zeit von 1983 bis 1992 gingen 99% aller neu entstandenen Vermögen an das obere Fünftel, während die unteren Einkommensbezieher Einbußen von 24% hinnehmen mußten.“ (Siehe dazu Süddeutsche Zeitung, 2.2.98; „Jobwunder mit sozialer Ungleichheit erkauf“)

Die High Society lebt mehr denn je im Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Vier Fünftel der US-Bürger müssen dem amerikanischen Traum mit den Worten Cole Porters entsagen: „Who wants to be a millionaire?“ – „I don't.“

„There's no business like showbusiness“

„Tust du es recht der Menge, winkt dir Applaus, wenn du versagst, lacht man dich aus.“ Clinton beherzigt diese goldene Regel des Showbiz. – Also, besser noch ein wenig mehr von der Statistiksminke auf die bleichen Wangen, sonst merkt womöglich jemand unten im Parkett, daß hinter dem Make-up des Jobwunders die Fratze des wahren american way of life grinst: Armut, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Frauenfeindlichkeit und Polizeistaat. spw

Zöge man die 28,5 Millionen, die sich auf Tauchstation befinden, wieder herauf an die Wasseroberfläche, läge die Arbeitslosenquote bei 25%!

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Wi(e)der eine Neuauflage der Hausfrauenehe?

von Gisela Notz*

zweites Kind. Das bedeutete drei weitere Jahre Erziehungs„urlaub“. Einen Kindergartenplatz für das erste Kind brauchte sie nun nicht, er war ohnehin schwer zu bekommen. Ihr Mann, ebenfalls Sozialarbeiter, verdient einigemaßen. Katrin versorgt ihn, da sie ohnehin zu Hause ist, macht sie für ihn die Hausarbeit und hält ihm den Rücken frei zur Verfolgung seiner eigenen Karriere Wünsche.

Nach dem Ablauf des Erziehungs„urlaubs“, sie ist nun sechs Jahre zu Hause, zeigt sich, daß sie die Stelle als Leiterin des Hauses der „offenen Tür“ für Jugendliche nicht wieder einnehmen kann. Sie könnte mit der Stelle einer Mitarbeiterin, bei gleicher Bezahlung, zufrieden sein. Ihr Erziehungs„urlaubs“vertreter soll die Stelle des Leiters behalten und wäre dann ihr Vorgesetzter. Er sagt, sie könne froh sein, nicht in einen weit entfernten Stadtteil versetzt worden zu sein. Die Gruppenarbeit soll reduziert werden, ihr Kündigungsschutz ist abgelaufen. Einen ganztägigen Kindergartenplatz für ihr zweites Kind bekommt sie – trotz Kindergartengesetz – nicht. Das erste Kind kommt in die Schule, es ist keine Ganztagschule, die gibt es an ihrem Wohnort nicht. Erziehungsgeld bekommt sie seit dem 7. Lebensmonat ihres zweiten Kindes nicht, weil ihr Mann mehr als 42.000 DM jährlich brutto verdient. Ihr Mann ist inzwischen Abteilungsleiter im bezirklichen Jugendamt. Katrin ist nun Familienfrau.

Darauf, daß das Erziehungsgeldgesetz eine Maßnahme ist, um den Arbeitsmarkt von Frauen mit Sorgearbeiten zu entlasten, haben Wissenschaftlerinnen schon lange hingewiesen (Notz 1991, Landenberger 1991). Nach einer Studie, die in den neuen

Das Bundeserziehungsgeldgesetz verhindert eine emanzipatorische Lebensgestaltung für Frauen und Männer, denn es ist an der Hausfrauenehe orientiert.

Die Möglichkeit der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit der Frauen war seit Beginn der Industrialisierung eng mit der wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung der Industriegesellschaft verbunden. Immer dann, wenn die Wirtschaft die Arbeitskraft der Frauen benötigte, stand ihrer Erwerbstätigkeit nichts im Wege. Immer dann wurde auch die Ausschließlichkeit der Mutter-Kind-Dyade über einen längeren Zeitraum sowohl als Über- als auch Unterforderung für Mutter und Kind dargestellt. Immer dann wurden Kindertagesstätten zur Erweiterung des sozialen Netzes der Familien und zur Entlastung und Unterstützung der Mütter legitim. Zu Zeiten eines Überangebots von um bezahlte Arbeit Nachsuchenden jedoch wird die Notwendigkeit der kindlichen Versorgung und der Hilfe von Pflegebedürftigen im eigenen Haushalt ganz hoch aufgehängt und die Berufstätigkeit der mit Sorgearbeit behafteten Frauen generell problematisiert. So auch heute wieder. Zwar war es nach Ablehnung der CDU-Thesen zur „sanften Macht der Familie“ (Blüm 1981) kaum mehr ernsthaft möglich, Frauen direkt nach Hause schicken zu wollen, doch ließ man sich (zunächst im Westen) subtilere Maßnahmen einfallen.

Heute wissen Frauen: Von einer Ehe als Existenzgrundlage kann frau nicht (langfristig) leben. Spätestens wenn die

Szenerie für die weibliche Hauptrolle als Hausfrau und Mutter zerbricht, das heißt, wenn die Hausfrauenehe ‚scheitert‘, ziehen Frauen den kürzeren. Das wissen Frauen und – da sie sich ohnehin das Recht auf ein Stück eigenes Leben nehmen – wollen sie eine qualifizierte Berufsausbildung oder ein Studium absolvieren und anschließend auch berufstätig sein. Für Ostfrauen war das ohnehin selbstverständlich. Frauen haben sich in Ost wie West den Zugang zu fast allen Berufen erkämpft. Frauenarbeitschutz- bzw. -verhinderungsgesetze sind gefallen, sie dürfen nacht- und schichtarbeiten, Busse und Straßenbahnen fahren und eigene Zimmereien gründen. Der Ebenbürtigkeit im Beruf steht nichts mehr im Wege. Oder doch? Es ist das Bundeserziehungsgeldgesetz, das eine emanzipatorische Lebensgestaltung für Frauen und Männer verhindert, denn es ist an der Hausfrauenehe orientiert (vgl. Notz 1998).

Erziehungsurlaub als Maßnahme gegen Frauenerwerbstätigkeit

Katrin ist 1968 geboren, hat 1986 ihr Abitur gemacht und dann Sozialarbeit studiert. In dem Beruf hat sie einige Jahre gearbeitet, dann wurde sie schwanger, heiratete ihren ehemaligen Studienkollegen Wolfgang, bekam ihr erstes Kind und nahm den seit 1992 auf drei Jahre auszudehnenden Erziehungsurlaub. Im dritten Erziehungsurlaubsjahr bekam sie ihr

* Dr. Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin, arbeitet im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn

*Katja Dominik/Marc Jünemann/
Jan Motte/Astrid Reinecke (Hrsg.)*
**Angeworben – eingewandert –
abgeschoben**

Ein anderer Blick auf die
Einwanderungsgesellschaft
Bundesrepublik Deutschland

1998 – 377 S. – DM 48,00
ISBN 3-89691-441-3

Jürgen Roth
Kultur? Betrieb!

Essays und Polemiken zu
Literatur und Geistesleben

1999 – ca. 150 S. – ca. DM 29,80
ISBN 3-89691-599-1

Wulf D. Hund
Rassismus

Die soziale Konstruktion
natürlicher Ungleichheit

1999 – ca. 190 S. – ca. DM 29,80
ISBN 3-89691-453-7

*Helga Cremer-Schäfer/
Heinz Steinert*
Straflust und Repression

Zur Kritik der populistischen
Kriminologie

(einsprüche Band 8)
1998 – 286 S. – DM 39,80
ISBN 3-89691-431-6

Jürgen Ritsert
Soziale Klassen

(Einstiege Band 8)

1998 – 171 S. – DM 29,80
ISBN 3-89691-692-0

Hansgeorg Conert
**Vom Handelskapital
zur Globalisierung**
Entwicklung und Kritik der
kapitalistischen Ökonomie

1998 – 579 S. – DM 68,00
ISBN 3-89691-428-6

**WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT**



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
e-mail: dampfboot@login1.com
http://www.login1.com/dampfboot

Bundesländern durchgeführt wurde, greift die Maßnahme voll: Trotz des „besonderen Kündigungsschutzes“, den Mütter nach § 18 des Bundeserziehungsgeldgesetzes genießen, werden 45% der befragten Frauen nach Ablauf des Erziehungs„urlaubs“ nicht wieder in ihrem früheren Betrieb beschäftigt. 34% der Erziehungs„urlauberinnen“ verloren noch vor der Beendigung des Erziehungs„urlaubs“ ihren Arbeitsplatz (BMFSFJ 1995, S. 46). Häufig erfolgen Entlassungen unmittelbar nach der Rückkehr an den Arbeitsplatz. Wenige Monate nach Ende des Erziehungs„urlaubs“ waren nur noch 40% beschäftigt (S. 48). Auch wirkt sich der Erziehungs„urlaub“ – obwohl geschlechtsneutral – fatal auf die Einstellungsbereitschaft der Arbeitgeber gegenüber Frauen aus. Kein Wunder, für Männer ist er nicht attraktiv (vgl. Notz 1995). Heute wird dieses Gesetz in vielen Verlautbarungen aus Politik, Praxis und Wissenschaft als ein Gesetz angesehen, das für junge Frauen ein erhebliches Beschäftigungsrisiko mit sich bringt, für die Berufschancen junger Männer jedoch keine Auswirkungen hat. (vgl. z.B. Gesellschaft für Informationstechnologie und Pädagogik im IMBSE 1998).

Obwohl die Nachteile von Berufsausstiegen und die Schwierigkeiten der beruflichen Wiedereingliederung für Frauen breit diskutiert worden sind, werden immer wieder neue Modelle aufgelegt, die noch längere Ausfallzeiten propagieren. In den letzten Monaten hatten sich Familienverbände, Frauenräte und andere mit dem Thema „Familienarbeit“ befaßten Organisationen mit einem neuen „Reformkonzept“ auseinanderzusetzen:

Erziehungsgehalt 2000 – ein Reformprojekt?

„Erziehungsgehalt 2000 – Ein Weg zur Aufwertung der Erziehungsarbeit“, so der Titel einer im Auftrag des Deutschen Arbeitskreises für Familienhilfe e.V. im April 1998 erstellten Studie (Leipert/Opielka 1998). Ähnliche Vorstellungen veröffentlichte der sächsische Sozialminister Hans Geisler mit dem „Sächsischen Modell“. Endlich eine Aufwertung der Erziehungsleistungen! So die Position der euphorischen einen Seite. Eine Maßnahme, Frauen an den häuslichen Herd zu verbannen! So die Position der KritikerInnen auf der anderen Seite. Dazwischen diejenigen, die durch ein Erziehungsgehalt einen Weg aus der „Krise“ der Familie sehen, diejenigen,

die hoffen, junge Väter durch ein Erziehungsgehalt in der Zukunft für die jetzt ungeliebten Arbeiten begeistern zu können und noch einige andere. Dort, wo die Diskussionen geführt werden, geht es selten ohne Aufregung der einen oder anderen Seite.

Frauen haben lange genug gehört, daß die Arbeit, die sie in der Familie und für die Erziehung ihrer Kinder leisten, genauso wichtig, wenn nicht gar wichtiger ist, als die Erwerbsarbeit der Männer. Sie sind immer wieder mit den Verlockungen konfrontiert worden, doch (für einige Jahre) zu Hause zu bleiben, auf die Kinder aufzupassen, die Eltern oder Schwiegereltern zu pflegen und damit der „Doppelbelastung“ zu entgehen. Sie mußten sich immer wieder anhören, daß diese Arbeiten so toll und unverzichtbar sind, daß sie mit Geld nicht zu bezahlen ist. Nun sind manche Frauen, denen die Widersprüchlichkeit dieser Argumentation natürlich nicht verborgen blieb, begeistert, wenn sie erfahren, daß diese Arbeit, wie jede andere Arbeit auch, bezahlbar ist. Die AutorInnen der Studie „Erziehungsgehalt 2000“ gehen von einem erweiterten Arbeitsbegriff aus. Er wurde seit Ende der 70er Jahre durch die soziologische Frauenforschung entwickelt und erfaßt sowohl (jetzt) bezahlt geleistete, als auch (jetzt) unbezahlt geleistete Arbeiten. Lohn für Hausarbeit war und ist eine umstrittene Forderung. Die Frauen der Frauenbewegung der 70er Jahre hatten häufig eine Utopie, in der die Hausarbeit vergesellschaftet und damit in ihrer bisherigen Form abgeschafft werden müßte.

Für Katrin wäre es ein Retter aus der Not. Sie begrüßt das „Konzept Erziehungsgehalt 2000“. Nach der vorgelegten Konzeption würde sie 2000 DM pro Monat für das erste und 1000 DM für ihr zweites Kind bekommen, bis zu sieben Jahren. Ihre alleinerziehende Freundin Marion bekäme einen Zuschlag von 15%, weil sie keinen Hauptnährer hat. Der „Ersatz“ ist niedrig gehalten, nicht ohne Absicht, denn „ein Erziehungsgehalt (darf) keinen Anreiz geben, nicht zu heiraten“ und „keinen Anreiz zur Auflösung von Ehe- und Haushaltsgemeinschaften geben“, so steht es im Konzept. Marion bräuchte dann nicht mehr zum Sozialamt zu gehen, das wäre immerhin ein großer Fortschritt. Ob der Zuschlag dem Karlsruher Urteil zur finanziellen Gleichstellung von „Normalfamilien“ mit Alleinerziehenden genügt, bleibt zu bezweifeln. An

der gelebten Vielfalt der Lebensformen geht das Modell vorbei, denn die Großmutter oder der Großvater des Kindes könnten das Geld allerdings ebensowenig bekommen wie die Co-Mutter oder ein Co-Vater, selbst wenn sie es sind, die sich hauptsächlich um das Kleine kümmern. Ayshe, die türkische Hausbewohnerin, würde das Erziehungsgehalt nicht bekommen, weil sie ihren ersten Wohnsitz und Lebensmittelpunkt noch nicht fünf Jahre in der BRD hat, denn – auch das steht im Konzept – „das Erziehungsgehalt soll *keine Anreize zur Zuwanderung setzen*“. Warum muß das betont und (im Original) zudem kursiv hervorgehoben werden? Ayshe hat ihr Herkunftsland nicht verlassen, weil sie sich in der BRD ein Erziehungsgehalt erhofft hatte. Auch sie sucht einen Arbeitsplatz, von dem sie leben kann.

Katrin und Marion wären nach dem Konzept beide nicht mehr erwerbslos. Sie hätten ein ihre Existenz auf niedrigem Niveau sicherndes Einkommen. Attraktiv für Katrins Ehemann ist das konzipierte Erziehungsgehalt nicht. Er würde ebensowenig zu Hause bleiben, wie er das für das Erziehungsgeld getan hat. Das wurde nie von mehr als 1,5% der Männer in Anspruch genommen. Schließlich wäre es auch Katrin, die von den Nachbarn als Rabenmutter angesehen würde, wenn sie trotz der Kleinen einer Berufsarbeit nachginge. Und es wäre auch sie, die verantwortlich gemacht werden würde, wenn das Kind Schul- oder andere Schwierigkeiten haben sollte. Die Probleme für die berufliche Laufbahn blieben auch nach dem neuen Modell bei den Frauen. Deshalb werden es wohl vor allem die ärmeren Frauen sein, vor allem diejenigen, die sowieso keinen Arbeitsplatz haben, die das „Gehalt“ begrüßen. Die gut verdienenden Frauen und Männer werden sich Kinderfrauen einstellen, um ihrer Karriere durch einen Ausstieg nicht zu schaden.

Positiv ist zu vermerken, daß das Projekt Erziehungsgeld 2000 von der lange geforderten und längst fälligen Abschaffung des Ehegattensplittings ausgeht. Denn davon haben die „AlleinverdienerInnen“, gerechtfertigt ausschließlich durch den Tatbestand der Ehe, den größten Vorteil. Frauen mit Kindern können durch ihre Ehemänner dazu überredet werden, doch zu Hause für die Kleinen und für ihn zu sorgen. Diese Gefahr birgt allerdings das „Erziehungsgeld 2000“ ebenso. Wenn Katrin ein drittes Kind

bekommt, soll sie nach dem Modell ein Erziehungsgehalt bekommen, das einem durchschnittlichen Arbeitnehmer Einkommen entspricht. Wenn das jüngste Kind sieben Jahre alt ist, soll sie sogar, abhängig vom „Haushaltseinkommen“, eine Grundsicherung erhalten. Der Druck auf erwerbstätige Mütter, im eigenen Haushalt zu bleiben, würde generell steigen.

Die Finanzierung des Erziehungsgehalts soll nach der Studie durch „automatische Einsparungen“, die sich bei der Sozialhilfe, der Arbeitslosenhilfe und dem Wohngeld ergeben, geschehen. Zudem könnten „ca. 50% der staatlichen Mittel für Kinderkrippen aufgrund höherer Einkommensbedingter Gebühreneinnahmen umgeschichtet werden“. Für ein „Restdefizit wird (wahlweise) vorgeschlagen, Abstriche bei den Familienzuschlägen im öffentlichen Dienst vorzunehmen oder einen Familienzuschlag auf die Lohn- und Einkommenssteuer vorzunehmen. Weitere Optionen sind verstärkte Besteuerung der Alterseinkommen, Erhöhung der Erbschaftsteuer, Vermögenssteuer oder „Familiensoli“ auf die Lohn- und Einkommenssteuer.

Antiquiertes Klein-Familienmodell als Ausgangspunkt

Das größte Problem ist, daß dieses Modell von einem völlig antiquierten Klein-Familienmodell ausgeht, das für Männer in erster Linie Erwerbsarbeit und für Frauen Haus- und Sorgearbeit vorsieht. Zugegeben, es läßt einen Rollentausch zu. Katrins Mann bekäme dann die Nachteile zu spüren, die Katrin jetzt hat. An den Strukturen von Berufsarbeit und Familie würde dadurch nichts geändert. Mit dem traditionellen Rollenverständnis, das auf der geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung beruht, mit dem Mann als „Haupternährer“ und der Frau als Hausfrau oder „Zuverdienerin“, sind die meisten Frauen (und auch einige Männer) aus vielerlei Gründen nicht mehr einverstanden. Für Frauen aus dem „Osten“ war es schon lange kein Thema mehr. Die gelebte Realität geht auch im „Westen“ an diesem Modell vorbei. Noch nie gab es so viele so gut ausgebildete Frauen wie heute. Und diese Frauen wollen ihre durch Ausbildung und Studium erworbenen Qualifikationen auch anwenden. Ohne ihre vielbeklagte „Erwerbsneigung“ gingen der Wirtschaft ungeheure Potentiale verloren.

Anstatt auf die Möglichkeit einer ebenbürtigen Beteiligung von Frauen

und Männern an allen gesellschaftlich notwendigen Arbeitsbereichen hinzuwirken, wird durch einen finanziellen Anreiz ein Ausstieg aus der Erwerbsarbeit gefördert. Ist der durch das Erziehungsgeldgesetz vorgesehene dreijährige Ausstieg schon problematisch, so verschärft sich die Situation bei dem vorgesehenen 7-jährigen Ausstieg, der noch verlängert werden kann, erheblich. Erschwerend kommt hinzu, daß die Regelung des Kündigungsschutzes und der Rückkehrgarantie auf einen Arbeitsplatz beim „Erziehungsgeld 2000“ vollständig fehlt.

Das dem Modell zugrunde liegende traditionelle Familienbild führt dazu, daß „Kinderlosen“ Egoismus oder Karrierestreben unterstellt wird. Sie werden als „Trittbrettfahrer“ diskriminiert, als „Nutznießer“ der positiven externen Effekte, die Familien erzeugen. Weil sie „eine lückenlose Erwerbskarriere“ aufweisen, erwerben sie erheblich höhere Rentenansprüche als die Erziehungspersonen. Da unser Rentensystem auf eine zahlenmäßig ausreichende „mittlere Generation“ angewiesen ist, seien sie, wenn sie im Alter gebrechlich und pflegebedürftig würden, von den Kindern anderer abhängig. Es können aber nur diejenigen Kinder später in das Rentensystem einzahlen, die entsprechende Arbeits- und Lebensbedingungen vorfinden, die ihnen das ermöglichen. Ist das nicht der Fall, sind sie es unter Umständen, die den „Kinderlosen und Kinderarmen“ zur Last fallen (müssen). Es wird höchste Zeit, daß Menschen, egal ob sie mit oder ohne Kinder leben, dafür Sorge tragen, daß unsere Welt für die nachfolgenden Generationen, egal welcher Klasse oder Schicht sie angehören, wieder lebbar wird und daß wir sie besser hinterlassen, als wir sie vorgefunden haben. Das hieße vor allem, gegen die soziale Ungleichheit anzugehen und für eine Demokratisierung und Humanisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen einzutreten. Erst dann hätte unsere Generation den „Generationenvertrag“ eingelöst.

Zu Zeiten von Vollbeschäftigung, wie das zu Beginn der 70er Jahre auch im Westen der Fall war, werden die – zweifellos auch zu Zeiten der Ideologisierung der Kernfamilienbetreuung vorhandenen – Sozialisationschwächen der Kleinfamilie aufgezeigt (BMJFG 1973). Immer dann wird nachgewiesen, daß die Kleinfamilie nicht geeignet ist, Kinder auf die Bewältigung ihrer Geschlechterrollen,

Obwohl die Nachteile von Berufsausstiegen und die Schwierigkeiten der beruflichen Wiedereingliederung für Frauen breit diskutiert worden sind, werden immer wieder neue Modelle aufgelegt, die noch längere Ausfallzeiten propagieren.



Zu Zeiten von Vollbeschäftigung, wie das zu Beginn der 70er Jahre auch im Westen der Fall war, werden die – zweifellos auch zu Zeiten der Ideologisierung der Kernfamilienbetreuung vorhandenen – Sozialisationschwächen der Kleinfamilie aufgezeigt.

ihrer späteren Familienrollen sowie ihrer Berufsrollen angemessen vorzubereiten und daß bereits Säuglinge gut ausgebildete Bezugspersonen brauchen, um die für ihre Zukunft notwendige Sozialkompetenz zu entwickeln.

Erkenntnisse aus der Entwicklungspsychologie und -pädagogik zeigen ferner, daß familienergänzende Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen wichtige Erfahrungsmöglichkeiten bieten und für die Zukunft unverzichtbar sind. Das Modell „Erziehungsgehalt 2000“ fördert einseitig die Betreuung von Kindern in der Familie und damit durch die Mütter. Gleichzeitig mit der Einführung eines Erziehungsgehaltes soll nämlich die öffentliche Förderung von Krippen und Kindergärten auf die Investitionskosten beschränkt werden. Das hieße, die Betriebskosten müßten die Eltern selbst bezahlen. Zudem sollen die höheren einkommensbedingten Gebühren für Kinderkrippen maßgeblich zur Finanzierung des Erziehungsgehaltes umgeschichtet werden. Beides würde eine untragbar hohe finanzielle Belastung der Eltern zur Folge haben. Für die meisten Alleinerziehenden hieße das, selbst zu Hause zu bleiben.

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter ist gegen solche Modelle. Er tritt – wie die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen insgesamt – für ein ausreichendes Angebot an flexiblen und bedarfsgerechten außerhäuslichen Betreuungsmöglichkeiten ein. Die Familienorganisationen befürchten vor allem, daß das versteckte Ziel dieses Vorhabens die Absenkung der weiblichen „Erwerbsneigung“ ist. In ihrer Stellungnahme kritisieren sie das überholte Rollenverständnis, auf dem das Modell basiert. Zudem verweisen sie darauf, daß Probleme, die sich ganz offensichtlich aus der derzeitigen

Arbeitsmarktsituation ergeben, nicht durch „Lösungen außerhalb des Arbeitsmarktes“ beiseitigt werden können. Sie bezweifeln, daß mit einem Erziehungsgehalt eine gesellschaftliche Höherbewertung von Familienarbeit einhergeht. Sie fürchten, daß durch die Bezahlung der Erziehungsarbeit eine Verhaltensänderung bei den Arbeitnehmerinnen gefördert werden soll, bei den Betrieben und Arbeitgebern jedoch alles beim Alten bleibt.

Umbau von Arbeitswelt und Familie

Im Zusammenhang mit der Diskussion um das Erziehungsgehalt wird häufig damit argumentiert, daß Berufsorientierung nicht zum entscheidenden Wertmaßstab einer Gesellschaft stilisiert werden soll. Mit Recht wird drauf hingewiesen, daß Erziehungsarbeit produktive gesellschaftliche Arbeit sei. Erziehungsarbeit ist aber auch produktive gesellschaftliche Arbeit, wenn sie in Kinderkrippen und Kindergärten bezahlt geleistet wird und wenn dafür gut ausgebildete ErzieherInnen zur Verfügung stehen.

Eine gesicherte Existenz aus gesellschaftlich sinnvoller und öffentlich anerkannter Arbeit für beide Elternteile bedeutet Erleichterung und Entlastung in der Gestaltung des Familienlebens. Aus der Feststellung, daß Beruf und Familie heute nur durch Seitentänzerinnen zu vereinbaren ist, ist die Konsequenz abzuleiten, daß Strukturveränderungen in der Arbeitswelt und in der Familie notwendig sind. Es kann nicht darum gehen, Menschen (vorwiegend Frauen) die Familienarbeit schmackhaft zu machen, weil beides so schlecht zu kombinieren geht und weil der Arbeitsmarkt ohnehin entlastet werden muß. Notwendig wird eine Neuverteilung von (jetzt) bezahlt und (jetzt) unbezahlt geleisteter Arbeit zwischen den Geschlechtern. Voraussetzung ist eine radikale Arbeitszeitverkürzung für alle im Bereich der Vollzeitarbeit Tätigen (6-Stunden-Tag), eine aktive Arbeitsmarktpolitik und die Verbesserung des Zugangs zu Arbeitsplätzen für Menschen mit Kindern sowie die Professionalisierung etlicher jetzt unbezahlt geleisteter Arbeiten im Haushalt und im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Das Erziehungsgeldgesetz müßte steuerpflichtige Lohnersatzleistung während und Rückkehrgarantie auf den alten Arbeitsplatz nach der Phase der ca. 12monatigen Unterbrechung,

die durch Männer und Frauen, die gemeinsam Kinder erziehen wollen, verbindlich zu teilen wäre, vorsehen. Für Alleinerziehende müßte die gesamte Zeit zur Verfügung stehen, sie müßte aber auch auf Antrag auf andere Bezugspersonen übertragbar sein. Sonderregelungen, die ihre Arbeitsmarktsituation wiederum erschweren, bräuchten sie dann nicht. Zudem werden flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen und Ganztagschulen notwendig.

Katrin, Marion und Ayshe und vielen anderen Frauen wäre mehr gedient, wenn an Modellen gearbeitet werden würde, die Rahmenbedingungen schaffen, um beiden Geschlechtern und Menschen, die in unterschiedlichen Zusammenlebensformen leben, die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit mit Haus- und Sorgearbeiten, künstlerischen, kulturellen, politischen oder gemeinwesenorientierten Arbeiten zu ermöglichen. spw

Literatur:

- Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen (AGF): Offener Brief der AGF zum „Erziehungsgehalt“ vom Oktober 1998
- Blum, Norbert: Die sanfte Macht der Familie. 19. Bundestagung, Sozialausschüsse der CDA, 9.-11.10. 1981 in Mannheim
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zur Lage junger erwerbstätiger Mütter in den neuen Bundesländern, insbesondere zur Wirksamkeit von Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld. Schriftenreihe Band 100. Stuttgart 1995
- Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.): Probleme der Familie und der Familienpolitik in der BRD, Bd. 7 der Schriftenreihe des BMJFG, Bonn 1973
- Gesellschaft für Informationstechnologie und Pädagogik im IMBSE (Hrsg.): Beschäftigungsrisiko „Erziehungsurlaub“. Opladen 1998
- Landenberger, Margarete: Familienpolitische Maßnahmen und ihre Wirkungen auf Arbeitsmarktchancen und soziale Sicherung von Frauen, in: Gather, Claudia u. a. (Hrsg.): Frauen-Alters-Sicherung. Berlin 1991
- Leipert, Christian/Opielka, Michael: Erziehungsgehalt 2000. Ein Weg zur Aufwertung der Erziehungsarbeit. Freiburg 1998
- Notz, Gisela: Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann. Die Auswirkungen der Geburt des ersten Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern. Bonn 1991
- Notz, Gisela: Auf der Suche nach den neuen Vätern. Frankfurt/M. 2. Auflage 1995
- Notz, Gisela: Wi(e)der die Neuaufgabe der Hausfrauenehe. Die ungleichen Auswirkungen der Geburt eines Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Frauen und Männern. In: Gesellschaft für Informationstechnologie und Pädagogik im IMBSE (Hrsg.): Beschäftigungsrisiko „Erziehungsurlaub“. Opladen 1998

Im Februar 1999 hat die Juso-Linke ein neues Diskussions- und Strategiepapier unter dem Titel „Erneuerung braucht Druck von links!“ vorgelegt. Darin reflektiert sie die neuen Realitäten des Kapitalismus im Übergang zum 21. Jahrhundert und die politischen Bedingungen nach dem Regierungswechsel und stellt Überlegungen für eine zukunftsfähige Strategie einer „Neuen Linken“ „linksseits des Dritten Weges“ und für die Aufgaben der Jusos in diesem Zusammenhang an. Wir halten diesen Text für einen anspruchsvollen und im Grundsatz gelungenen Versuch, die Entwicklungen auf den verschiedenen Feldern in einen Zusammenhang zu bringen und Anforderungen für eine linke, sozialistische Alternative zu formulieren. Dabei werden auch Einschätzungen artikuliert, die Widerspruch hervorrufen und keineswegs einheitlich unter sozialistischen Linken bei den Jusos und darüber hinaus so geteilt werden. Dies unterstreicht aber nur die Notwendigkeit einer ernsthaften und strukturierten Diskussion, für die das Papier eine Grundlage bietet. Wir dokumentieren im folgenden weite Teile des allgemeinen Teils des Papiers und fordern ausdrücklich dazu auf, dazu fundierte Diskussionsbeiträge zu liefern. Das Gesamtpapier kann bezogen werden bei Bettina Kohlrausch, Kaiserstr. 135, 53113 Bonn, eMail BKohlrausc@aol.com.
Die spw-Redaktion

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Umbrüche des Kapitalismus und Herausforderungen für eine Neue Linke

Aus dem Diskussions- und Strategiepapier der Juso-Linken
„Erneuerung braucht Druck von links!“

1. Die politische Lage nach dem Regierungswechsel

Mit der Abwahl Helmut Kohls und dem erstmaligen Zustandekommen einer rot-grünen Koalition auf Bundesebene wurde durch die Bundestagswahl 1998 ein wichtiger erster, aber nicht hinreichender Schritt zur Überwindung des konservativ-liberalen Projektes geleistet.

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist weder historischer Zufall, noch alleinige Folge professioneller Wahlkampfstrategie. Es reiht sich ein in die Wahlerfolge sozialdemokratischer Parteien in anderen Zentren des nord-westlichen Kapitalismus. Ihnen liegt das offensichtliche Versagen der konservativ-liberalen Regierungen zugrunde, die wesentlichen ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemlagen zu regulieren und mit einem gesellschaftlichen Konsens zu verbinden. Das einigende Band war insofern die mehrheitliche Ablehnung der konservativ-liberalen Politik und nicht die Unterstützung eines neuen Modells. Daher darf das historische Rekordergebnis für die Linksparteien nicht zu dem Fehlschluß verleiten, daß durch die bloße Umkehr-

ung der parlamentarischen Mehrheiten ein politischer Richtungswechsel zu erwarten ist. Ein wesentliches Element der konservativ-liberalen Politik war der Neoliberalismus. Auch wenn er kaum irgendwo lupenrein umgesetzt wurde, ist das Entstaatlichungs- und Deregulierungsprogramm angesichts seiner Unfähigkeit, die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, volkswirtschaftlich und letztlich politisch gescheitert. Gleichwohl wirkt er, wenn auch widersprüchlich, als hegemoniale Diskurs auf absehbare Zeit fort – bis weit hinein in die politische Linke.

Die neue Bundesregierung wird auf der einen Seite wichtige und nötige Reformen realisieren. Die Veränderungen in der Steuerpolitik und die damit verbundene zaghafte Umverteilung zugunsten der Masseneinkommen, die teilweise Rücknahme der sozialpolitischen Kürzungen, die Reform des StaatsbürgerInnen-schaftsrechts oder die Bereitschaft zur Energiewende markieren vereinzelte Brüche mit der konservativ-liberalen Logik der vergangenen 16 Jahre.

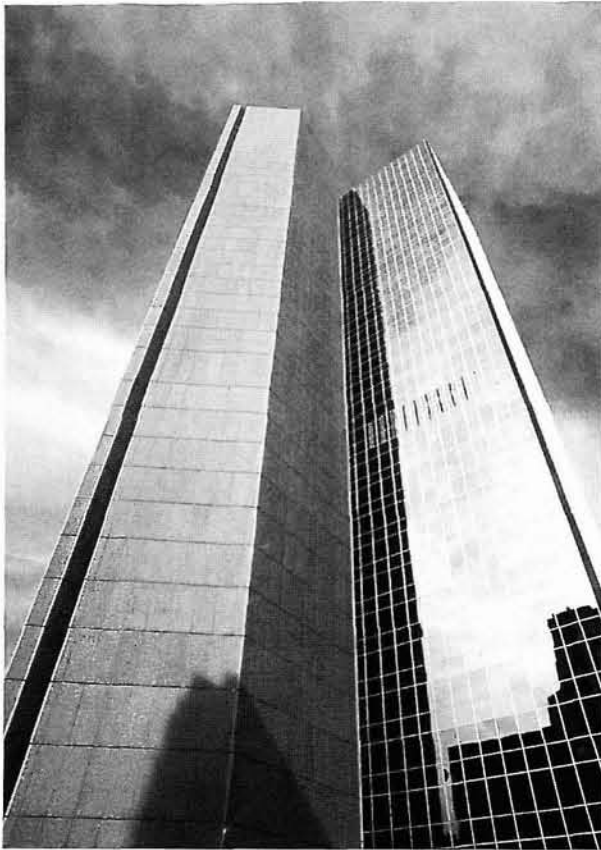
Auf der anderen Seite werden erforderliche Re-Regulierungen und erforderliche Korrekturen der gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse

bzw. die Realisierung eines konsistenten linken Projekts ausbleiben. Und dies weniger, weil sich die handelnden Akteure durch besondere moralische Schlechtigkeit bzw. überwiegend neoliberale Grundpositionen auszeichnen. Der Wahlsieg der Sozialdemokratie beruht vielmehr auf dem Versuch, einen neuen, nach oben verschobenen Klassenkompromiß zu schmieden. Symbolisch wird dieser durch die Slogans von der „Neuen Mitte“ bzw. „Innovation und Gerechtigkeit“ verdeutlicht. Angesichts des Scheiterns des Neoliberalismus und der gleichzeitigen programmatisch-hegemonialen Schwäche der Linken ist dieser nach oben verschobene Klassenkompromiß die logische Konsequenz. Seinen konkreten Ausdruck findet der Versuch eines neuen Klassenkompromisses im Bestreben, die anstehenden ökonomischen und sozialen Fragen in einem „Bündnis für Arbeit und Standortsicherung“ zu lösen.

Der „Dritte Weg“ der „neuen Sozialdemokratie“

Mit den internationalen Wahlerfolgen der Sozialdemokratie geht gegenwärtig ihre Neuformierung einher. Wäh-

Das historische Rekordergebnis für die Linksparteien darf nicht zu dem Fehlschluß verleiten, daß durch die bloße Umkehrung der parlamentarischen Mehrheiten ein politischer Richtungswechsel zu erwarten ist.



Weder die Verbesserung der kostenmäßigen Angebotsbedingungen, noch eine alleinige – wenn auch dringend erforderliche – Ausweitung der Massenkaukraft sind imstande, eine Neu-Proportionierung der Ökonomie zu realisieren.

rend in der SPD bislang bedeutsame Strömungen in die Defensive geraten, formiert sich aus Teilen der klassischen SPD-Rechten und selbsternannter „Modernisierer“ eine „traditionlose sozialdemokratische Rechte“.

Ihr Projekt ist das des „Dritten Wegs“. Dieser stellt nicht mehr eine demokratisch-sozialistische Alternative zwischen Kapitalismus und staatssozialistischen Modellen dar, sondern eine Synthese aus Wohlfahrtsstaat und Neoliberalismus. Ausgehend von Debatten im angelsächsischen Raum wird der Versuch unternommen, im Namen eines „radikalen Pragmatismus“ verschiedene Denkansätze und damit verbundene Strömungen zu kombinieren. (...)

Als soziale Basis wurde von den Protagonisten des Dritten Wegs eine „Neue Mitte“ auserkoren. Dabei handelt es sich um den Versuch, ein quer zu den gesellschaftlichen Klassen liegendes Bündnis zwischen „aufgeklärten“ Kapitalfraktionen, industriellen Kernbelegschaften und modernen Milieus der abhängig Beschäftigten zu formieren. So soll beispielsweise das Ziel der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit verbunden werden mit der Vorstellung von einem „Volkskapitalismus“ (Beteiligung am Produktivkapital) und der Möglichkeit für besser verdienende Einkommensgruppen, billige Dienstleistungsarbeit kaufen zu

können (Kombi-Lohn-Modelle). Dabei ist diese Basis alles andere als homogen. Selbst innerhalb der „Neuen Mitte“ verlaufen Konfliktlinien (Lohnarbeit / Kapital, Geschlechterfrage, ökologische Frage), die nicht ohne weiteres dauerhaft kaschiert werden können. (...)

Dabei ist die Stärke der „traditionslosen sozialdemokratischen Rechten“ letztendlich auch durch die Schwäche der sozialdemokratischen Linken zu erklären. Die Linke hat dem Dritten Weg derzeit kein Zukunftskonzept entgegenzusetzen. Sie agiert seit ihrem letzten großen Sieg, der Durchsetzung des Berliner Grundsatzprogramms, im wesentlichen auf Einzelthemen reduziert und strategisch hilflos. Es ist ihr in den letzten Jahren nicht gelungen, auf die ökonomischen Strukturbrüche und gesellschaftlichen Veränderungen schlüssige und ausstrahlungsfähige Antworten zu formulieren. Vielmehr sind die alten Strömungen der Linken (ob z.B. ökosozialistische, feministische oder gewerkschaftliche Linke) angesichts ökonomischer und gesellschaftlicher Umbrüche an ihre Grenzen gestoßen. Ein zentrales Grundproblem ist daher das Fehlen einer zeitgemäßen Analyse ökonomischer und gesellschaftlicher Umbrüche als Voraussetzung für die Formulierung eines linkssozialistischen Modernisierungsprojektes.

Dennoch bietet die gegenwärtige politische Situation neue Spielräume für die gesamte Linke. Zum einen müssen nicht mehr alle Kräfte auf den Abwehrkampf gegen konservativ-liberale Politik konzentriert werden. Zum anderen werden sich Widersprüche zwischen den hohen Erwartungshaltungen und der realen Politik der Bundesregierung auftun. Damit entsteht neuer Raum für Kreativität, Bewegung und Druck. Dies erfordert jedoch eine programmatische und strategische Neusortierung der (sozialdemokratischen) Linken. Unsere Vorstellungen wollen wir im folgenden skizzieren.

2. Die gegenwärtigen Realitäten des Kapitalismus

Die gegenwärtigen Orientierungsschwierigkeiten der politischen Linken sind auf miteinander verschränkte und strategisch unzureichend verarbeitete ökonomische, soziale und politische Umbrüche zurückzuführen. Während die langjährige Ohnmacht der frühen 90er nach dem Ende des Systemgegensatzes größtenteils über-

wunden ist, sind es nun eher die „neuen Realitäten des Kapitalismus“ die eine erhebliche Herausforderung darstellen. Allerdings fungieren hier Allerweltswortklaubereien wie „Globalisierung“ oder „Individualisierung“ eher als Nebelwerfer, denn als erhellende Erklärungen. Es lassen sich drei wesentliche Umbruchkomplexe ausmachen, die für die Linke die zentralen Auseinandersetzungspunkte ihrer Programmatik und Strategieentwicklung sein müssen:

Erstens: Spaltung der ökonomischen Entwicklungsdynamik

Seit Mitte der 70er Jahre vollzieht sich ein Umbruch des Akkumulationsregimes – verstanden als Modus systematischer und mittelfristig stabiler Verteilung und Verwendung des gesellschaftlichen Produkts – auf den der simple Streit zwischen Angebots- und Nachfragepolitik keine ausreichende Antwort zu liefern imstande ist. Ausgehend von der kurzen und längst beendeten Prosperitätsphase der Nachkriegszeit findet eine anhaltende sektorale und räumliche Umstrukturierung der Ökonomie statt:

- Unter der Bedingung internationalisierter Märkte, steigender Kapitalintensität von Forschung, Entwicklung und Produktion sowie beschleunigter Innovationszyklen formiert sich zum einen die Exportindustrie neu. Die Zunahme der internationalen Warenbeziehungen und Kapitalverflechtungen – zumindest innerhalb der Triadenzentren – hat ihre neue Qualität vor allem in der Dominanz transnationaler Konzerne, den aktuellen Konzentrationsbewegungen und der Herausbildung strategischer Allianzen als Planungszentralen des Kapitalismus. Von ihnen geht ein wesentlicher Druck auf die Regierungen in Richtung Privatisierung und Liberalisierung aus. Die neue internationale Arbeitsteilung bedeutet zum anderen für die Zentren des Kapitalismus eine Neusortierung der regionalen Arbeitsteilung. Absteigenden, wirtschaftsstrukturell rückständigen Regionen stehen prosperierende und sich spezialisierende Regionen gegenüber. Dies gilt auch im Weltmaßstab und hat bereits zur Abkopplung ganzer Weltregionen (Afrika) geführt.

- Gleichzeitig haben die mikroelektronische Revolution sowie die Deregulierung der Geld- und Finanzmärkte die quantitative Ausweitung von spekulativen Geld- und Finanztransaktionen („Casino-Kapitalismus“) er-

möglichst und zu einer relativen Entkopplung der monetären von der realwirtschaftlichen Sphäre geführt. Die neue Qualität ist darin zu sehen, daß diese Entwicklung auf die Realwirtschaft zurückwirkt, indem nötige Investitionen ausbleiben bzw. von der neuen Portfolio-Bourgeoisie Superprofitraten („Shareholder Value“) erwartet werden, die wiederum langfristig angelegten Unternehmensstrategien entgegenwirken. In der Anhäufung von global anlagensuchendem Kapital ohne entsprechende realwirtschaftliche Akkumulationsdynamik ist folglich auch die wesentliche Ursache für die jüngsten Krisen in Südostasien und anderen Weltregionen zu sehen.

- Die unzureichende Wachstums- und Akkumulationsdynamik äußert sich für die binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen als vermeintliche Kostenkrise – die Folgen sind z.B. in einer Zunahme von Insolvenzen zu erkennen. Der vorhandene betriebswirtschaftliche Druck wird an die Beschäftigten bzw. die Politik weitergegeben. Das Ergebnis ist, vermittelt über hohe Massenarbeitslosigkeit, Lohnsenkungen, Sozialabbau und leere Staatskassen, erst recht die Fortsetzung der Wachstumsblockade. Neue Möglichkeiten von Wachstum und Beschäftigung im Produktions- und vor allem im Dienstleistungsbereich bleiben angesichts unzureichender Nachfrage ungenutzt.

Von einer die zyklischen Krisen überlagernden Regulationskrise des Kapitalismus kann insofern gesprochen werden, als daß es gegenwärtig im Vergleich zur fordistischen Epoche nicht gelingt, die volkswirtschaftlichen Proportionen kohärent zu stabilisieren. Das strukturelle Problem der kapitalistischen Zentren ist somit nicht in zu hohen Sozial- bzw. Lohnkosten oder unzulässiger Staatstätigkeit zu sehen. Im Gegenteil: die verschobenen Proportionen zwischen Profiten und Nachfrage, Realinvestitionen und Finanzkapital, Export und Binnenwirtschaft können nicht marktmittelt wieder in ein gesamtwirtschaftlich vernünftiges Verhältnis gebracht werden. Auch die Prosperitätsphase der Nachkriegszeit wurde durch ein komplexes Zusammenspiel von politischen (auch staatlichen) Kräften erst möglich. Durch die neoliberale Politik der letzten Zeit wurde dieses Problem nicht behoben, sondern verschärft. Die angebliche Handlungsunfähigkeit des Staates ist durch die Deregulierungs- und Verteilungslogik politisch herbeigeführt worden.

Weder die Verbesserung der kostenmäßigen Angebotsbedingungen, noch eine alleinige – wenn auch dringend erforderliche – Ausweitung der Massenkaukraft sind imstande, eine Neu-Proportionierung der Ökonomie zu realisieren. Erforderlich sind vielmehr gänzlich neue Steuerungs- und Umverteilungsmechanismen.

Zweitens: Differenzierungen der Arbeitsgesellschaft

Die sektoralen Verschiebungen und die Umbrüche der Arbeitsorganisation haben seit Jahrzehnten eine fortschreitende Differenzierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters zur Folge. Zunehmend zeichnet sich unter gegenwärtigen Vorzeichen eine Polarisierung der Entwicklung ab. Während ein wichtiger Bezugspunkt der traditionellen Linken, die Industriearbeit, erheblich an Bedeutung verliert und auch angesichts der Scherenentwicklung von Produktivität und Wachstum in Relation zu anderen Bereichen weiter abnehmen wird, erhöht sich in sektoraler wie in funktionaler Hinsicht der Anteil der Dienstleistungsbeschäftigten. Diese sind jedoch äußerst heterogen und reichen von der qualifizierten Wirtschaftsberaterin über den Handwerksgesellen bis hin zu angelernten Kräften im Segment der personenbezogenen Dienstleistungen.

Veränderte Formen der industriellen Arbeitsorganisation, vor allem aber die Tertiarisierung der Ökonomie haben damit einerseits die Qualifizierung und Aufwertung der Erwerbsarbeit zur Folge. Andererseits führen Rationalisierungen in der Industrie und zunehmend auch der Dienstleistungsbranchen unter gegebenen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen zu verfestigter Massenarbeitslosigkeit bzw. zum Druck, prekäre Beschäftigungen in niedrigproduktiven und geringqualifizierten Dienstleistungsbereichen aufzunehmen. Für die Frauen äußern sich diese Spaltungen in besonderem Maße. Zwar hat die Tertiarisierung auch den Weg für mehr Frauen in qualifizierte Bereiche eröffnet und zu einem Anstieg der Frauenerwerbsquote geführt. Auf der anderen Seite bleiben wesentliche Formen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bestehen und werden v.a. Frauen in die prekären Bereiche gedrängt.

Diese Entwicklungen lassen das Normalarbeitsverhältnis gleich dreifach erodieren. Erstens haben veränderte Formen der Unternehmens-

und Arbeitsorganisation sowie die Tertiarisierung flexibler gewordene Arbeitsverhältnisse zur Folge. Zweitens ermöglichen die veränderten Kräfteverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt die Verbilligung und Flexibilisierung der Arbeitskraftnutzung für die Unternehmen. Drittens wird das bisherige Normalarbeitsverhältnis auch gesellschaftlich in Frage gestellt. Der Wandel der Arbeitsgesellschaft bildet die materielle Grundlage für eine sich vollziehende Pluralisierung der Klassenlandschaft und die Differenzierung von sozialen Milieus sowie damit verbundene Lebensstile und Anspruchskonzepte. Gerade bei der jüngeren Generation kann tendenziell bei Frauen und Männern von einer Verallgemeinerung differenzierter Lebensentwürfe mit der Erwerbsarbeit als wesentlichem Zentrum gesprochen werden.

Aufgrund der Spaltungs- und Prekarisierungstendenzen können die emanzipatorischen Verheißungen der Individualisierungsthese jedoch nur von einem Teil der Beschäftigten in Anspruch genommen werden. Zudem wird von konservativ-liberaler Seite versucht, angesichts der Widersprüche zwischen gespaltener Arbeitsgesellschaft auf der einen und einem auf Normalarbeitsverhältnis, Vollbeschäftigung und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung beruhenden Sozialstaat die privilegierten Lohnabhängigen gegen den Wohlfahrtsstaat zu mobilisieren. Je weiter sich diese Tendenzen fortsetzen, um so weniger ist eine gesellschaftliche Basis für kollektive Solidarität vorhanden und um so problematischer wird die Formierung der lohnabhängig Beschäftigten als „Klasse für sich“.

Einen erheblichen Bedeutungsgewinn hingegen erfahren die Massenmedien. Die politischen Akteure reagieren mit der Inszenierung von Politik und Personen – das Ergebnis ist eine Banalisierung politischer Öffentlichkeit.



PROKLA

Zeitschrift für kritische
Sozialwissenschaft

PROKLA 114

Europa II: Sozialstaat,
Währung und Gewerkschaften

Mit der europäischen Währungsunion wird sich die wirtschaftliche Integration Westeuropas noch weiter verstärken. Dies wird nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte und die nach wie vor recht unterschiedlichen sozialstaatlichen Sicherungssysteme bleiben. Auch die gewerkschaftliche Interessenvertretung wird sich in viel höherem Maß europäisieren müssen, als dies im Moment der Fall ist. Gleichzeitig ist außer mit Renationalisierungstendenzen auch mit einer stärkeren Fragmentierung zwischen zentralen und peripheren Regionen zu rechnen.

PROKLA 115

Liberalismus und Totalitarismus

In den sich häufenden Retrospektiven stellt sich das zu Ende gehende Jahrhundert als Auseinandersetzung konkurrierender Gesellschaftsentwürfe dar. Dabei habe sich der Liberalismus gegenüber den totalitären Regimen als siegreich erwiesen. Seit 1989 mischt sich in den Chor der Wirtschaftsliberalen eine wiederbelebte Totalitarismustheorie. In diesem neuen Interesse bündeln sich unterschiedlichste Themen und Motive: Es geht nicht nur um die alte Frage nach der Vergleichbarkeit von Nazismus und Kommunismus, sondern auch um eine nachträgliche Rechtfertigung der Reagan'schen Rüstungspolitik mit der Konsequenz, totalitäre Regime auch künftig militärisch einzudämmen. Seit neuerem werden Keimformen des Totalitarismus auch schon in den fesselnden Netzen der Sozialstaatsbürokratie oder in den politischen Regulierungen von Märkten ausgemacht. Gute Gründe also, sich eingehender mit dem Thema zu beschäftigen.

Die PROKLA erscheint
vierteljährlich und kostet
im Abo DM 64,00
(zzgl. Porto) im Jahr.

Abo-Unterlagen bei:

WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
e-mail: dampfboot@login1.com
http://www.login1.com/dampfboot

Drittens: Brüche der politischen Regulierung und Repräsentation

Schließlich befindet sich das politische Regulierungs- und Repräsentationssystem und damit die politische Kultur im Umbruch. Während mit dem Akkumulationsregime der Nachkriegszeit auch das „Modell Deutschland“ des nationalen Wohlfahrtsstaates, der fordristisch geprägten industriellen Beziehungen sowie die bisherigen Formen der repräsentativen Interessenvertretung („Stellvertreterdemokratie“) infrage gestellt werden, zeichnet sich ein neues Modell allenfalls im Umrissen ab. Vielmehr haben wir es gegenwärtig aufgrund der Anhäufung von ungelösten Problemen mit einer Legitimationskrise weiter Teile des politischen Systems zu tun. Folgende Widersprüche und Tendenzen sind zu hervorzuheben:

- Nach wie vor bleibt der Nationalstaat die wesentliche Regulierungsebene. Die Internationalisierung und Regionalisierung wirtschaftlicher Prozesse machen jedoch ergänzend eine abgestimmte Mehrebenenregulierung erforderlich. Adäquate Ansätze der wirtschaftspolitischen Steuerung auf supranationaler und regionaler Ebene sind jedoch noch nicht ausreichend entwickelt bzw. zu sehr einer neoliberalen Logik verhaftet (...).

- Die bisherigen industriellen Beziehungen mit den Arenen der Flächentarifverträge und der betrieblichen Mitbestimmung werden zunehmend ergänzt bzw. in einigen Bereichen auch ersetzt durch „Standortpakete“. Diese erstrecken sich vom Co-Management auf der betrieblichen Ebene über regionale Innovationspakete bis hin zum korporatistischen Großversuch „Bündnis für Arbeit“ als „Nebenregierung“. Wesentlicher Charakter solcher Standortpakete ist Unterordnung der sozialen Konsensfindung unter das Ziel der Steigerung der betrieblichen, regionalen, nationalen Wettbewerbsfähigkeit. Während korporatistische Ansätze in einigen Bereichen (z.B. Branchen- oder Regionaldialoge) die Chance zu mehr wirtschaftlicher Vernunft, Planung und Steuerung mit sich bringen, blockiert der „Zwang zum Konsens“ andererseits erforderliche politische Entscheidungen, die gegen die vermeintlichen Interessen „der Wirtschaft“ gerichtet sind. So werden die verteilungs- und kräftepolitischen Ergebnisse der neoliberalen Politik eher zementiert, als gravierend korrigiert. Zudem besteht im Kontext dieser Form von Dezentralisierung und Flexibilisierung der indu-

striellen Beziehungen vor allem bei den betrieblichen Arrangements die Gefahr, daß sich die ausgehandelte Einbindung der Beschäftigten auf einen privilegierten Kernbereich reduziert.

- Festzustellen ist desweiteren eine Entkopplung der politischen Repräsentation über die klassischen Großorganisationen bzw. eine Lockerung der Bindung zwischen politischen Organisationen und der sozialen Basis. Zwar werden Parteien selbstverständlich weiterhin wesentliche und demokratisch unverzichtbare Akteure im politischen System bleiben. Aber ihre Funktion als Mitglieder- und Programmpartei gerät von zwei Seiten unter Druck. Zum einen sind die Zeiten, in denen gesellschaftliche Großorganisationen über stabile Milieu- und Vertrauensbindungen verfügten, vorbei. Den Mitgliedsverlusten von Parteien (und auch Gewerkschaften) liegen nicht nur Defizite im politischen Handeln, sondern gesellschaftliche Veränderungen und veränderte Anspruchskonzepte der Menschen zugrunde, auf sie sich noch nicht hinreichend eingestellt haben. Zum anderen sind Parteien kaum noch der Ort, an dem gesellschaftliche Zukunftsentwürfe debattiert, geschweige denn entwickelt werden.

Einen erheblichen Bedeutungsgewinn hingegen erfahren die Massenmedien. Auf die quantitative Zunahme von zu vermittelnden Informationen und die konkurrenzbedingte Jagd der Medien nach Exklusiv- und Sensationsmeldungen reagieren die politischen Akteure mit der Inszenierung von Politik und Personen – das Ergebnis ist eine Banalisierung politischer Öffentlichkeit. Mediale Berichterstattung – oft in Verbindung mit der Nutzung von demoskopischen Scheinplebisziten – schafft so eine „zweite Realität“, die jedoch wiederum auf die „erste Realität“ zurückwirkt. Auswirkungen hat dies nicht nur auf die Diskursivität von Politik, sondern auch auf die Qualität. An die Stelle oft komplexer, mittelfristiger Problemlösungen geraten symbolische Politik und demonstratives Machertum. Die Bedeutung der demokratisch gewählten Gremien reduziert sich immer mehr auf den legitimatorischen Nachvollzug von bereits medial inszenierten Botschaften der Führungseliten.

Einen Bedeutungsgewinn erfährt zudem der wissenschaftlich-administrative Raum. Die Komplexität mo-

derner Gesellschaften erfordert zweifellos die Entwicklung von Problemlösungen in entsprechenden Zusammenhängen (wissenschaftliche Think-Tanks, Abteilungen in Unternehmen und Ministerien, Bürokratien von Fraktionen und Verbänden). Die mit den ökonomischen und politischen Eliten z.B. über Stiftungen oder Institute verbundenen ExpertInnen fungieren jedoch nicht nur als konzeptionelle VordenkerInnen (z.B. die gegenwärtigen Zukunftskommissionen), sondern auch als Schnittstellen zur Öffentlichkeit und nehmen damit eine bewußte politische Selektion der möglichen Problemlösungen vor.

Defizitäre Ansätze der Linken

Die konzeptionellen und strategischen Antworten, die die Linke auf diese Umbrüche zu geben imstande ist, sind oft unzureichend und blenden wesentliche Widersprüche aus. Idealtypisch lassen sich folgende defizitäre Ansätze nennen. Sie werden in der Realität widersprüchlich miteinander kombiniert und liegen quer zu Organisations- und Parteigrenzen:

Der „Standortansatz“: Er läßt sich im Kern auf die Standortlogik ein und begreift die gegenwärtige Lage als Innovationskrise. Neue Prosperität soll daher durch eine Stärkung der unternehmerischen Innovationskräfte und die Entdeckung neuer Märkte sowie aggressive Exportorientierung entstehen. Die Rolle der Politik besteht in der Bereitstellung von Ressourcen für mehr unternehmerische Eigeninitiative und der sozialen Abmilderung der Verteilungsergebnisse.

Der „Verteidigungsansatz“: Er plädiert für eine Beibehaltung der sozialen Sicherungssysteme und die erkämpften Errungenschaften des fordistischen Wohlfahrtsstaates. Die wirtschaftlichen Krisenentwicklungen werden in erster Linie auf die unzureichende Binnennachfrage zurückgeführt. Gesellschaftliche Modernisierungen und ökologische Herausforderungen bleiben zumeist ebenso wenig berücksichtigt wie qualitative Veränderungen des nachfordistischen Akkumulationsregimes.

Der „Nischenansatz“: Er setzt sich angesichts ökologischer Gefahren, der Kommerzialisierung von Lebenswelten und bestehender Geschlechterungleichheiten für eine Abkehr von der Zentralität der Erwerbsarbeit ein. Statt dessen soll eine neue Ethik von Produktion und Konsum und eine

Orientierung auf lokale Netze, Selbsthilfe, Bürgerarbeit etc. durchgesetzt werden.

Die Herausforderung für eine Neue Linke besteht darin, die skizzierten Umbruchkomplexe nachzuvollziehen und ein Alternativprojekt zu den Vorstellungen vom Dritten Weg zu entwickeln, das die Begrenztheit der genannten Ansätze überwindet. Mit dem Begriff der Neuen Linken wollen wir die Notwendigkeit einer partei-, organisations- und strömungsübergreifenden Verständigung aller linken Kräfte, die das Interesse an der Realisierung einer Reformalternative linksseits des Dritten Weges mit uns teilen, verdeutlichen. (...)

3. Hegemonie und Klassenformierung

Wesen des modernen Kapitalismus ist es, daß sich in Wechselwirkung mit den sozio-ökonomischen Umbrüchen und Klassenformierungen ein hegemonialer Block herausbildet, der Träger eines klassenübergreifenden Konsenses ist. So wird die Politik des „nationalen Wettbewerbsstaates“ getragen von einem Standortblock, der bis weit in die organisierte ArbeiterInnen-schaft hineinreicht. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der „neuen Sozialdemokratie“ ist es Aufgabe der sozialistischen Linken, eine alternative Blockbildung herbeizuführen, die im Kern auf eine Re-Formierung der lohnabhängig Beschäftigten im Bündnis mit anderen Gruppen hinausläuft. Dies bedeutet für die Politik einer Neuen Linken, sich begleitend zur programmatischen Weiterentwicklung in die hegemonialen Kämpfe einzuschreiben. Denn die durchdachtsten Konzepte und präzisesten Statistiken entfalten nur dann politische Relevanz, wenn es gelingt, sie symbolisch in alternativen Deutungen zu verdichten und sie mit den progressiven Ansprüchen und Interessen der Menschen in Verbindung zu bringen.

Prinzipiell entsteht Hegemonie nicht ausschließlich strategisch geplant, sondern ist das Ergebnis eines komplexen Wirkens von Konflikten und Konsensbildungen. Dennoch hat eine Gewichtsverlagerung stattgefunden: das Zusammenspiel zwischen ökonomischen und politischen Eliten, wissenschaftlichen-administrativen ExpertInnen und den Massenmedien, die damit verbundenen personellen Verflechtungen und das von ihnen ausgehende politische „agenda set-

ting“ sind von zunehmender Bedeutung.

Die Wirkungsmöglichkeiten medialer Inszenierungen bleiben jedoch eng gebunden an gesellschaftliche Formierungen. Die Veränderungen des Gesamtarbeiters haben zur Folge, daß auf der einen Seite der industrielle Facharbeiter als Kern der Lohnarbeiterklasse tendenziell abgelöst wird von einem neuen ArbeitnehmerInnen-typus, der eher im Übergang zur wissenschaftlich-technischen bzw. sozial-kulturellen Intelligenz zu verorten ist. Dieser zeichnet sich u.a. aus durch ein hohes Maß an Kompetenz und Autonomie sowie den ausgeprägten Anspruch an Individualität und Selbstverwirklichung. Für das Funktionieren des skizzierten „agenda settings“ scheint vor allem die Einbindung der wissenschaftlichen-technischen und der sozial-kulturellen Intelligenz eine hohe Bedeutung zu erlangen. Aufgrund ihrer Präsenz im wissenschaftlich-administrativen Raum und den Massenmedien haben sie eine strategische kommunikative Bedeutung. Gemeinsam mit anderen qualifizierten Beschäftigten stellen die eine anwachsende „gesellschaftliche Avantgarde“ dar.

Auf der anderen Seite bildet aus prekär Beschäftigten und Arbeitslosen ein wachsendes Lager der gesellschaftlich Deklassierten. Sie haben kaum Möglichkeiten, sich in der veröffentlichten Meinung Gehör zu verschaffen und werden somit nicht nur materiell, sondern auch hegemonial marginalisiert. Sofern es jedoch der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften nicht gelingt, diese einzubinden, besteht die permanente Gefahr einer Einbindung durch rechtspopulistische Kräfte.

Die sozial gespaltene Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sowie der neoliberale Diskurs machen demnach die bewußte Klassenformierung auf Seiten der abhängig Beschäftigten nicht einfacher. Im Gegenteil: die Spaltung der Arbeitsgesellschaft ist nicht nur Ergebnis bürgerlicher Politik, sondern deren Zweck. Sowohl die konservativ-liberale Politik der Kohl-Ära als auch das Projekt des Dritten Weges setzen auf die gezielte materielle wie symbolische Einbindung gehobener ArbeitnehmerInnen-Milieus.

Die Dominanz des Neoliberalismus hat die politischen Grundströmungen nicht auflösen können, sondern diese existieren – wenn auch zunehmend verschwommen bzw. ver-

Mit dem Begriff der Neuen Linken wollen wir die Notwendigkeit einer partei-, organisations- und strömungsübergreifenden Verständigung aller linken Kräfte, die das Interesse an der Realisierung einer Reformalternative linksseits des Dritten Weges mit uns teilen, verdeutlichen.

Soeben erschienen:



Supplement:
Jörg Huffschild/Geert Reuten/Robert Went: Euroland

Norman Paech: Abdullah Öcalan und die »kurdische Frage«; Theodor Bergmann: Israel – Niedergang der bürgerlichen Demokratie; Bodo Ramelow: Demokratie wagen; Mathias Brodkorb: Die extreme Rechte in Ostdeutschland; Johannes Steffen: Die DGB-Rente mit 60; Joachim Bischoff: Die neue Architektur der Finanzmärkte läßt weiter auf sich warten; Heiko Glawe: Zweite Vollbeschäftigungskonferenz in Brüssel; Benjamin R. Barber: »Der »Dritte Weg« fördert eine starke Zivilgesellschaft«; Joachim Bischoff/Richard Detje: Der »Dritte Weg« und die »neue Mitte«; Sabine Kebir: Kultur und Politik in den Schriften Antonio Gramscis; Otto König: Anfang vom Ende der Bescheidenheit; Frank Iwer: Kritik der Mitbestimmungsthese aus Sicht der betrieblichen Praxisberatung; Elwis Capece/Bernd Riexinger: Bertelsmann – Mitbestimmung in der Praxis; IG Medien Wiesbaden: Gewerkschaften im 21. Jahrhundert – Thesen zur Zukunftsdebatte; H. Conert: Arbeiterbildung, gewerkschaftliche Gegenmacht und Solidarität; »Mein Kommunismus des 21. Jahrhunderts«, Robert Hue über sein neues Buch; Konferenzberichte: Rosa Luxemburg/Leo Kofler

Einzelheft: DM 9,50; Abo: DM 95,-
Probeheft: Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg, Fax 040/280 505 68
e-mail: vsa-verlag@t-online.de

schüttet – weiter und liegen z.T. quer zu Klassenlagen und Milieus. Allerdings verfügt keine der politischen Grundströmungen über eine gesellschaftliche Mehrheit, so daß ein hegemoniefähiges Projekt immer als Bündniskonstellation gedacht werden muß (wie dies im Rahmen des Dritten Wegs versucht wird).

Ein hegemoniefähiges Projekt der Linken ist nur möglich, wenn ein Brückenschlag von industriellen Kernbelegschaften über die progressiven Teile der modernen ArbeitnehmerInnenmilieus bis hin zum Lager der Deklassierten gelingt. Denkbar ist dies nur, wenn die Frage der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit im Zentrum eines solchen Projektes steht. Erforderlich ist ein ökonomischer Kulturkampf, der die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise offenlegt und alltagsnah politisiert.

Eine solches Projekt müßte folgende Elemente beinhalten und miteinander verbinden:

- Eine populäre Kapitalismuskritik, die die sozialen und ökonomischen (!) Auswirkungen des Casino- und Shareholder-value-Kapitalismus offenlegt und mit einer Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie und Umverteilung verbindet.
- Das Bekenntnis zu und die Stärkung von Individualität und Autonomie im Produktionsprozeß.
- Die Politisierung der Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Rahmen eines sozial und ökologisch reflektierten „Produktivismus“.

Die Linke verfügt angesichts der Institutionalisierung sozialer Bewegungen und der Verankerung von Personen im wissenschaftlich-administrativen bzw. im kulturell-medialen Raum über erhebliche aktivierbare Potentiale, inhaltliche Kompetenzen sowie öffentliche Eingriffsmöglichkeiten. Um diese auszuschöpfen, ist es jedoch erforderlich, die thematische und organisatorische Parzellierung bzw. Individualisierung der Linken zu überwinden. Dies kann und wird nicht über neue bzw. andere Organisationen zu leisten sein; vielmehr geht es darum, Kontakte zu schaffen, zu intensivieren und gemeinsame Bezugspunkte der Arbeit herzustellen.

Linke Bündnisse können demnach immer weniger als Addition von Organisationen gedacht werden. An die Stelle der Bündnisarbeit im herkömmlichen Sinne muß unseres Erachtens die Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Eingriffsmög-

lichkeiten bzw. von konkreten Akteuren in den Bereichen Arbeit, Wissenschaft und Medien/Kultur treten. Erforderlich sind gesellschaftliche Räume, in denen Kommunikation und Interaktion stattfinden können. Sicherlich entsteht politischer Druck nicht einfach durch irgendwelche Vernetzungen, sondern durch politische Bewegung. Die Aufgabe derartiger Netzwerke bestünde aber darin, soziale Bewegungen hegemonial vorzubereiten und politische Alternativen in den Köpfen zu verankern, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Die hegemoniale Strategie einer Neuen Linken

Strategisch besteht die Herausforderung darin, Programmentwicklung, hegemoniale Auseinandersetzung und politische Durchsetzung zusammenzudenken. Dies ist keine neue Erkenntnis. Dies bedeutet aber auch aus der Perspektive einer parteipolitischen Jugendorganisation anzuerkennen, daß das Ringen um Mehrheiten und Beschlüsse in politischen Organisationen ohne gleichzeitige öffentliche Verankerung dieser Positionen an politischem Wert verloren hat. Das Spielfeld des politisch-ideologischen Kampfes hat sich in der Tendenz auf andere Orte der Zivilgesellschaft verlagert. Und diese Entwicklung ist auch mit durchaus sinnvollen und nötigen Vorschlägen zur Organisationsreform von Parteien und Gewerkschaften nicht zu revidieren. Statt dessen gilt es, das gesamte Feld der Zivilgesellschaft für einen ökonomischen Kulturkampf zu erschließen. (...)

Eine solche hegemoniale Strategie ist allerdings nicht denkbar ohne einen organisierenden Kern, der nicht im Sinne einer Avantgarde, wohl aber als Promotor vorantreibt und aktive programmatische und organisatorische Vernetzungsleistungen erbringt. Aufgrund ihres politikfeldübergreifendes Charakters und der vorhandenen Verbindung in den politisch-parlamentarischen Raum bzw. in die Betriebe sehen wir die Aufgabe von linken Zusammenhängen in den Parteien und den Gewerkschaften darin, als ein derartiger Kern zu fungieren. Die Ansätze der Linken in Parteien und Gewerkschaften, einen solchen Kern zu bilden, sind auszubauen und zu intensivieren. Neben dem sicherlich weiterhin wichtigen Engagement in die eigenen Zusammenhänge hinein, sollten sie einen wichtigen Knotenpunkt im „Netzwerk der Neuen Linken“ leisten.



Nach 20 Jahren – Umbrüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft und die Perspektiven der Linken (1. Teil)

von Michael R. Krätke*

Der folgende Beitrag ist die Bearbeitung der Festrede von Prof. Michael R. Krätke auf der Jubiläumsveranstaltung der spw vom 31.10.1998. Wir veröffentlichen sie in zwei Teilen.

Vor zwanzig Jahren ...

1 978, im Jahr als die SPW gegründet wurde, sah die Welt bekanntlich noch anders aus als heute. Wir befanden uns zwar schon im Computer-Zeitalter, aber den PC für jedermann/jedefrau gab es noch nicht. Es war gerade vier Jahre her, daß die internationale monetäre Ordnung der Nachkriegszeit, das Bretton Woods System fester Wechselkurse, offiziell aufgelöst worden war. Der erste große und weltweite Konjunkturreinbruch der Nachkriegszeit, auch als „erster Ölschock“ bekannt, lag gerade drei Jahre zurück. Der sogenannte „zweite Ölschock“ des Jahres 1979 stand uns noch bevor; ebenso wie der folgenreiche politische Wechsel, der neokonservative und neoliberale Parteien in einigen führenden Ländern der damals noch westlichen und „ersten“, kapitalistischen Welt an die Regierung bringen sollte. 1979 kam die „eiserne Lady“ des Neoliberalismus, Margaret Thatcher, zum ersten Mal an die Macht; kurz darauf begann die Ära Ronald Reagans und der „Reaganomics“, die den USA und dem staunenden Rest der Welt einige merkwürdige ökonomische Wunder bescheren sollte – von der Explosion der Staatsschulden, über einen beispiellosen Rüstungsboom, über die wachsende Außenhandelsabhängigkeit und fortschreitende Öffnung der amerikanischen Wirtschaft für ausländische – japanische, südasiatische und europäi-

sche – Konkurrenten bis zum Ende des jahrzehntelangen, offiziellen „Kriegs gegen die Armut“ mit der lakonischen Botschaft: „Die Armut hat gesiegt“.

Der „alte“ Keynesianismus hatte in Westeuropa noch keineswegs ausgespielt. 1982 unternahm die französische Linksregierung noch einmal einen Versuch mit klassisch keynesianischer Nachfragepolitik, ein nationaler Alleingang, der rasch scheiterte; auch weil er vom wichtigsten europäischen Partnerland, der Bundesrepublik, nicht unterstützt wurde. Die sozialliberale Koalition in der Bundesrepublik, die lange zwischen Austerität (Sparpolitik, Anm. d. Red.) und zaghaften Versuchen zur Stabilisierung der Massenkauftkraft geschwankt hatte, war in der Tat am Ende und fiel auseinander. Die Ära Kohl begann, deren Ende wir vor wenigen Monaten erst gesehen haben.

1978 stand uns der Ausbruch der internationalen „Schuldenkrise“ noch bevor. Seit 1982/83 ist sie unübersehbar geworden, schleppt sich seither chronisch fort und beschert uns alle paar Jahre eine lokale oder regionale „Finanzkrise“. 1978 befanden wir uns noch im Bann der Inflation. Die Krise von 1974/75 und die anschließende, kurze Depressionsphase bzw. zögerliche Erholung waren deshalb so beunruhigend, weil sie mit fortlaufender Inflation – recht gemäßigt in den reichen und alten Industrieländern des „Nordens“, gallopiert in den neuen und armen Industrieländern des „Südens“ – einherging. „Stagflation“ hieß das Gespenst, das die kapitalistischen Länder in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre heimsuchte. Das Zeitalter der „Deregulierung“ hatte gerade erst begonnen. Jedenfalls gilt dies für die jeweiligen „nationalen“ Wirtschafts- und Fi-

nanzpolitiken der kapitalistischen Nationen. International war die „Deregulierung“ der Finanzmärkte allerdings bereits in vollem Gang, obwohl noch wenige die Tragweite dieses Prozesses sahen. Noch waren die Wohlfahrtsstaaten in allen europäischen Ländern intakt, obwohl die Kritik am Wohlfahrtsstaat bzw. dessen Auswüchsen bereits zum guten Ton gehörte. Noch gab es etliche Sozialisten und kaum Neoliberale in der europäischen Sozialdemokratie, noch war die Sozialistische Internationale eine Bewegung, die offiziell am Endziel der Überwindung des Kapitalismus festhielt; das sollte sich erst mit der Stockholmer Erklärung von 1989 ändern, in der zwar noch immer von Freiheit, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit, von einer Wirtschaft und Gesellschaft jenseits des Kapitalismus aber nicht mehr die Rede ist.

In diesem Jahr 1978 stritten sich die linken Ökonomen über die Krise, die gerade mal wieder – seit dem Herbst 1975 – überwunden schien, im Jahr darauf wiederkehren sollte; eine Krise, die uns ein lange vergessenes, daher scheinbar ganz neues Phänomen beschert hatte – eine Massenarbeitslosigkeit, die mit dem „Aufschwung“ nicht verschwand, sondern hartnäckig bestehen blieb. Der Krisenzyklus der großen Industrie, der in den Jahren der langen, scheinbar „immerwährenden“ Prosperität immer wieder für tot und endgültig überwunden erklärt worden war, war zweifellos wieder auferstanden. Über den Charakter der Krise der siebziger Jahre, des wie-

Daß sich die Ansicht von der „an sich“ harmonischen und völlig unpolitischen Ökonomie als neue Orthodoxie hat durchsetzen können – das ist das erstaunlichste Ereignis der letzten zwanzig Jahre.

* Dr. Michael R. Krätke, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Amsterdam



der eröffneten Krisenzyklus, des Bruchs, der mit dem offiziellen Ende der Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit eingetreten war, mußte man sich erst einmal klar werden. Manchen, älteren Zeitgenossen fiel auf, daß in anderer Sprache die theoretischen Schlachten der zwanziger und dreißiger Jahre noch einmal geschlagen wurden. Es gab, anders als in den Jahren 1929 und 1930 keinen abrupten Zusammenbruch der Weltwirtschaft, kein blitzartiges Einschrumpfen des Welthandels, kein rapides Emporschnellen der Arbeitslosenquoten auf 20% und mehr. Die „grosse Krise“ entwickelte sich diesmal schleichend, allmählich, durch eine ganze Reihe von kleineren Krisen und Aufschwüngen bzw. Erholungsphasen hindurch.

Die Grosse Depression

So dauerte es auch länger, bis man sich darüber klar zu werden begann, daß die Krise von 1974/75 keine kurze konjunkturelle Störung, sondern einen wirklichen Trendbruch, den Beginn einer neuen, langwierigen „Grossen Depression“ darstellte, die weitreichende strukturelle Folgen für die kapitalistische Weltökonomie haben sollte. Entsprechend langsam begann man sich darüber klar zu werden, daß die lange Nachkriegsprosperität nicht nur unwiderruflich zu Ende war, sondern auch eine durchaus seltene Besonderheit in der Geschichte des modernen Kapitalismus darstellte. Es begannen das Nachdenken und der Streit über die Besonderheiten dieser Epoche, die die Franzosen heute als die „trente glorieuses“, die Angelsachsen als das „golden age“ des Kapitalismus zu bezeichnen pflegen, mithin auch das Nachdenken und der Streit über die Gründe für das Ende dieses Nachkriegsbooms und der neuerlichen Grossen Depression.

Diese Debatten waren und sind bis heute hochpolitisiert, man kann getrost sagen überpolitisiert. Sie wurden

und werden in der Absicht geführt, Wege aus der Krise zu finden, Chancen für eine neue Prosperität zu erkunden. Die europäische Linke, die „westlichen Marxisten“ eingeschlossen, befand sich in diesen Debatten von vornherein in der Defensive, weil sie traditionell sehr krisenläufig war und den „Spätkapitalismus“ – gleich welcher Variante – eigentlich ständig am Rande der oder in der Krise sah; aber auch, weil sie viel weniger „staatsgläubig“ war und ist, als ihr gemeinhin nachgesagt wird. Daß die unbestrittenen Mängel und Übel des Kapitalismus auf Dauer auf politischem Wege, von Staats wegen, beseitigt werden könnten, daß ein Kapitalismus ohne Krisen, ohne Armut, ohne Arbeitslosigkeit, ohne Umweltzerstörung, ohne Vergeudung und Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums möglich sei, diese Botschaft hatte die europäische Linke zwar wieder und wieder gehört, aber in großen Teilen nicht geglaubt. Daher hatte sie offene Ohren für die Erklärung der neuen, Grossen Krise, die von rechts geboten wurde: Die Krise sei eine Krise des Staates, eine Krise des Wohlfahrtsstaats, des Steuerstaats, des Interventionsstaats, eines Staates, der sich, durchaus demokratisch legitimiert, aber doch viel zu weit eingemischt, den Prozeß der Akkumulation nachhaltig gestört und die Profitabilität der Privatunternehmen untergraben habe.

Diese Erklärung, die in vielen Varianten vorgetragen wurde, nebst den dazu gehörigen Rezepten zur Überwindung der Krise, begann bereits Ende der siebziger Jahre das Feld zu beherrschen und sie beherrscht es in weiten Teilen noch heute. Diese Kriseninterpretation ist sehr alt. Daß sich die Ansicht von der „an sich“, d.h. solange sich der „Staat“ und die „Politik“ heraushalten, harmonischen und völlig unpolitischen Ökonomie, die gut vierzig Jahre lang als überholt und leicht verrückt galt, als neue Orthodoxie hat durchsetzen können – und zwar weit in die Reihen der europäischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hinein – das ist das erstaunlichste Ereignis der letzten zwanzig Jahre.

Heute sind sich – mit der Weisheit der Zurückschauenden – die meisten Ökonomen, gleich ob links oder rechts, darin einig, daß wir mit der Krise von 1974/75 das Ende der langen Nachkriegsprosperität und den Beginn einer neuen, langwierigen „Grossen Depression“, der dritten in der Geschichte des modernen, industriellen Kapitalismus, erlebt haben. Die mei-

sten sind sich auch darüber einig, daß die kapitalistische Weltökonomie in den letzten zwanzig Jahren einen ähnlich tiefgreifenden Wandel durchgemacht hat wie das in den zwanzig Jahren zwischen 1930 und 1950 der Fall war. Inzwischen mehren sich die Anzeichen dafür, daß die scheinbar „neue“, marktradikale Sicht der Dinge sowie die zeitweilig vorherrschende Rezeptur der Rückkehr zu einem „reinen“, von allen politischen Beimischungen gesäuberten Kapitalismus zumindest nicht mehr ungebrochen herrscht. In weiten Teilen Europas hat die sozialdemokratische Linke das schwierige Erbe des Neoliberalismus angetreten. International mehren sich die Versuche, zu einer neuen, dauerhaften Ordnung der Weltwirtschaft, des Welthandels wie des Weltgeldverkehrs, ja sogar der internationalen Finanzmärkte zu kommen.

Die Interpretation der Krise

Mittlerweile hat sich auf der Linken in den meisten europäischen Ländern ein bestimmtes Grundmuster der Interpretation dieser „Großen Krise“ durchgesetzt: Sie wird von sehr vielen als „Krise des Fordismus“ gesehen, zugleich als eine Phase von Strukturwandlungen und -brüchen, die auf längere Sicht zu einem Kapitalismus neuen Typs führen müsse, der vorläufig als „Postfordismus“ bezeichnet wird. Der Übergang zum „postfordistischen“ Kapitalismus und die weitere Entwicklung „postfordistischer“ Kapitalismen in den führenden Regionen der kapitalistischen Weltökonomie, das ist es, was nach weitverbreiteter Ansicht die Perspektiven der Linken in Europa und anderswo auf mittlere und längere Sicht bestimmen wird. Bis heute geben sich prominente intellektuelle Wortführer der europäischen Linken, Nicht-Ökonomen zumal, mit zwei Schlagworten zufrieden, wenn sie die Strukturbrüche fassen wollen, die im Laufe der gegenwärtigen Grossen Krise eingetreten seien – und die die Handlungsmöglichkeiten und -perspektiven der Linken, nicht nur in Europa, heute bestimmen: Postfordismus und Globalisierung (vgl. Ingrao/Rossanda 1997).

Daß die geläufige Rede vom „Postfordismus“ eine Verlegenheitslösung ist, darin sind sich viele linke Ökonomen einig. Es ist ein Etikett, das man allen möglichen neuen Phänomenen anklebt, über deren Ursprung und Bedeutung man sich nicht im klaren ist. Wenn vielen solcher Phänomene der gleiche Name verpaßt wird,

Keynesianisch ist der bundesdeutsche Sozialstaat stets nur in sehr bescheidenen Maße gewesen; die Vorherrschaft der Zentralbank und der Politik der Geldwertstabilität wurden nie ernsthaft in Frage gestellt.

dann wird wenigstens der Schein eines theoretischen Zusammenhangs gewährt, auch wenn man sich über die Art dieses Zusammenhangs keineswegs klar ist. Die Unschärfe des Konzepts ist nicht nur eine Folge der unvermeidlichen Unsicherheit über zukünftige Entwicklungen; sie hängt auch direkt mit den Schwächen des Ausgangskonzepts, dem des „Fordismus“ nämlich zusammen. Der Ausdruck stammt bekanntlich aus den Hochzeiten des US-amerikanischen „welfare capitalism“, aus den Zeiten vor der ersten Großen Depression dieses Jahrhunderts; wir verdanken ihn einem Propagandatricks eines Privatunternehmers, Henry Ford, der zu keiner Zeit dem entsprach, was in den Ford-Werken tatsächlich geschah.

Ford selbst und seine Fabriken waren sehr viel weniger „fordistisch“ als die Legende behauptet. Der ausreichende Familienlohn, um den sich das gesamte Konzept drehte, war selbst in Detroit, dem Zentrum des Fordismus, nur für eine kleine Minderheit der Fabrikarbeiter je Realität, die grosse Masse der Fabrikarbeiter, überwiegend ungelernete und sehr jugendliche Arbeiter, mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Immigranten, bezog bis weit in die Boomzeiten der fünfziger Jahre hinein ausgesprochene Hungerlöhne.

Dafür gab es vor der Propaganda-Aktion Henry Fords in einigen Teilen der US-amerikanischen Industrie in der Tat „fordistische“ Arbeitsverhältnisse, mit dauerhafter Beschäftigung, produktivitätsorientierten Lohnsystemen, einschließlich umfangreicher betrieblicher Sozialsysteme. Die waren allerdings zugleich die wirksamste Bremse für die Einführung und Durchsetzung „tayloristischer“ Methoden der Arbeitsorganisation. Sie machten sie zum Teil überflüssig, zum Teil geradezu unerwünscht für die industriellen Großunternehmen, die nicht nur in erster Linie auf dem riesigen US-amerikanischen Binnenmarkt operierten, sondern zugleich auch die Zentren einer ausgesprochen lokalen, städtischen Ökonomie darstellten.

Schwächen des Fordismus/ Postfordismus-Schemas

Am Interpretationsschema Fordismus/Postfordismus sind daher einige Zweifel erlaubt. Schon die Ausgangsthesen vom angeblich „fordistischen“ Kapitalismus bzw. weltweiten Siegeszug des „Fordismus“ läßt sich mit Fug bestreiten. Und zwar vor allem im Blick auf die heute aktuelle Behauptung,

damit sei es nun weltweit ein für allemal vorbei. Ebenso wie die Behauptung vom Siegeszug des „Taylorismus“ sich bei näherem Zusehen als Legende erweist – der Taylorismus war in der nordamerikanischen Industrie keineswegs ein Erfolg, er wurde es erst unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft und der Mobilisierung aller verfügbaren Arbeitskräfte – so steht es auch mit der Behauptung vom Siegeszug des „Fordismus“. Für viele Kernländer des industriellen Kapitalismus hat dieser Siegeszug bis heute kaum begonnen.

Ähnlich schief ist die beliebte Behauptung, der Wohlfahrtsstaat sei „fordistisch“ und „keynesianisch“ gewesen. In den USA, dem angeblichen Musterland des Fordismus, hat es einen einheitlichen Sozialstaat nie gegeben, einen fordistischen schon gar nicht. Nur auf betrieblicher Ebene, in einigen Großkonzernen hat es so etwas wie Mini-Wohlfahrtssysteme für die Kernbelegschaft mit mehr oder weniger „fordistischem“ Zuschnitt gegeben und dort gibt es sie auch heute noch. Einige Wohlfahrtsstaaten, z.B. der bundesrepublikanische, waren und sind bis heute in ihrer institutionellen Struktur dem fordistischen Typ eines „Normalarbeitsverhältnisses“, der sich auf einen Durchschnittstyp von „Massenarbeiter“ (Fabrikarbeiter in der großen Industrie) bezieht, sehr angemessen; gleichzeitig ist die bundesdeutsche grosse Industrie bis in die achtziger Jahre hinein nur in sehr geringem Maße „fordistisch“ gewesen, setzte vielmehr in weit stärkerem Maße als ihre Konkurrenten auf dem Weltmarkt auf den hochqualifizierten Facharbeiter mit langjähriger Berufsausbildung und -erfahrung, der eben keineswegs einfach zu ersetzen und auf dem Arbeitsmarkt auch in der Regel nicht fix und fertig zu bekommen ist.

Keynesianisch ist der bundesdeutsche Sozialstaat – aus historischen und politischen Gründen – stets nur in sehr bescheidenem Maße gewesen; die Vorherrschaft der Zentralbank und der Politik der Geldwertstabilität wurden nie ernsthaft in Frage gestellt. In den europäischen Nachbarländern (in Skandinavien, in den Niederlanden) dagegen finden sich bis heute Sozialstaaten, die ganz anders eingerichtet sind und sich nur zum Teil an den Beschäftigungsverhältnissen in industriellen Großbetrieben orientieren, vielmehr für alle möglichen Formen der Erwerbsarbeit passen; dafür sind deren große Industrien, z.B. die schwedi-

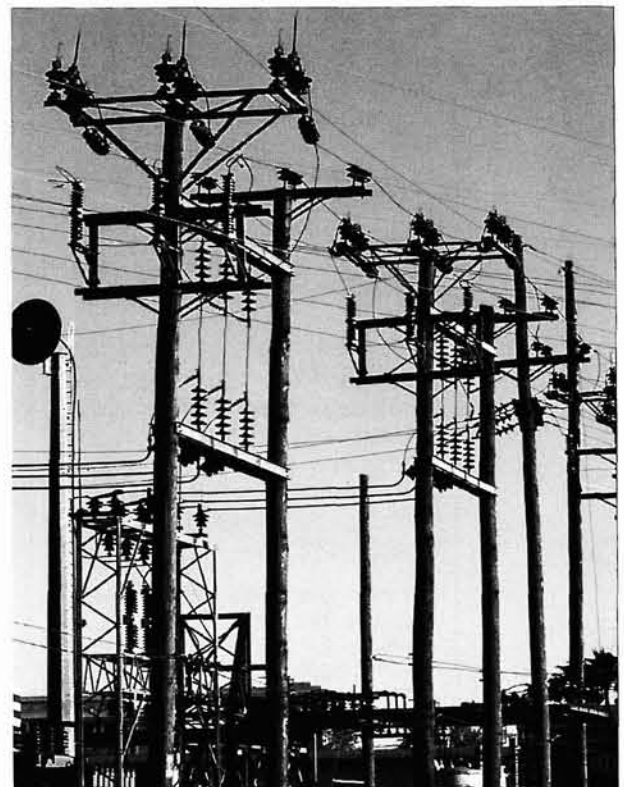
sche, sehr viel „fordistischer“ als die deutsche.

Gerade im Fall des US-amerikanischen Kapitalismus, an dessen Beispiel das ganze Fordismus-Konzept entwickelt worden ist, läßt sich leicht zeigen, daß es einige Sektoren, Branchen und Konzerne gab, die mehr oder minder „fordistisch“ waren bzw. wurden, und viele andere, die es nicht waren und wurden. Ebenso wenig stimmte die auf den ersten Blick plausible Behauptung: Da die USA die Rolle der westlichen Hegemonialmacht spielten, mußten sich unweigerlich die übrigen Länder des westlichen Kapitalismus nach dem Vorbilde des hegemonialen US-amerikanischen Kapitalismus umformen, d.h. sich nach dem „fordistischen“ Modell richten. Das war durchaus nicht so, in Europa nicht und auch nicht in Japan bzw. in Südostasien. Dort, wo US-amerikanisches Kapital in den fünfziger und sechziger Jahren hinfloß, herrschte keineswegs mehr „Fordismus“ als anderswo.

„Krise des Fordismus“ keine Erklärung

Die spannende Frage ist natürlich, ob die Anhänger des Fordismus/Postfordismus Schemas die Grosse Krise, die mittlerweile fast 25 Jahre anhält, hinreichend erklären können. Haben wir es mit einer „Krise des Fordismus“ zu tun, die daher auch nur „jenseits des Fordismus“ überwunden werden kann? Die Standarderklärung, die sich

Die Krisenperiode, in der wir uns seit 1974/75 befinden, ist nicht schlüssig als „Krise des Fordismus“ zu erklären.



hinter dieser Formel verbirgt, lautet schlicht so: Auf lange Sicht haben sich die Möglichkeiten, innerhalb einer „fordistischen“ Form der industriellen Organisation die Arbeitsproduktivität weiter zu erhöhen, erschöpft, die Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität sanken, mithin sank auf Dauer die Profitabilität in den „fordistischen“ Industrien und Industrieländern. Daher die Krise. Die Krise des Fordismus ist also eine der (Arbeits)Produktivität. Zum Beleg wird wieder und wieder auf die statistische Tatsache verwiesen, daß die durchschnittlichen Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität, die ab etwa 1973 bis heute in den wichtigsten kapitalistischen Industrieländern zu verzeichnen sind, in der Regel weniger als die Hälfte dessen betragen, was in der Periode von 1950 bis 1973 erreicht wurde (vgl. z.B. Aglietta, 1982; Lipietz 1987; Armstrong e.a. 1991).

Nun, die Erklärung taugt leider nichts. Sie paßt nicht zu den Fakten,

Wirkliche globale Spieler sind die Ausnahme, nicht die Regel; die weitaus meisten unter den größten Transnationalen Konzernen sind heute vorwiegend regionale Spieler.

sie kann den Ausbruch und Verlauf der Krise – bzw. der Serie von kleineren Krisen im Verlauf der Großen Depression – nicht erklären; sie paßt nicht zu den Daten, die etwa zeigen, daß im verarbeitenden Gewerbe der USA die Produktivität in der Endphase der langen Prosperität, zwischen 1966 und 1973 weit stärker, um fast das Doppelte stärker stieg als zuvor. Werden die Daten über die Produktivitätsentwicklung weiter aufgeschlüsselt, dann wird der Widerspruch zur „Krise des Fordismus“-These noch größer (Vgl. Brenner/Glick 1991; Brenner 1998). Die Erklärung ist noch aus einem weiteren Grund höchst unzureichend: Die Abnahme des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstums kann konventionell und ganz einfach mit der relativen Zunahme der Dienstleistungsproduktion erklärt werden. Bei Dienstleistungen steigt nach konventioneller Weisheit die Produktivität sehr viel langsamer als in der Industrie. Allerdings hat in den letzten zwanzig Jahren, während der Anteil des Dienstleistungssektors in den meisten kapitalistischen Industrieländern kräftig weiter gewachsen ist, zugleich die „Industrialisierung“, die „Mechanisierung“, sogar die „Automatisierung“, ebenso wie die „Taylorisierung“, kurz der Übergang zu einer Art von „fordistischer Massenproduktion“ von Diensten in vielen Bereichen des tertiären Sektors gerade erst begonnen. Viele Dienstleistungen sind inzwischen zur Massenware, viele sogar zur Export- und Welthandelsware geworden. Da hat der „Fordismus“ noch ein weites Betätigungsfeld vor sich.

Die Krisenperiode, in der wir uns seit 1974/75 befinden, ist nicht schlüssig als „Krise des Fordismus“ zu erklären. Folglich ist ein „Postfordismus“, whatever that may be, auch nicht automatisch der Ausweg aus der Krise; Fordismus kann es auch in der näheren oder weiteren Zukunft des Kapitalismus noch geben.

Kapitalismus in den achtziger Jahren: die „Multinationalisierung“


Im Rückblick erscheint die zweite Hälfte der siebziger Jahre als bloßes Vorspiel zu den Strukturveränderungen, die sich in den achtziger Jahren in der Welt des internationalen Kapitalismus auf breiter Front durchgesetzt haben. Der Kapitalismus der achtziger Jahre war bereits vor dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ ein anderes ökonomisches System als der Kapitalismus in den Jahren der langen Nachkriegsprosperität. Die wichtigsten Ver-

änderungen gehen bis in die sechziger Jahre zurück. Erst die Krise von 1974/75 brachte sie an den Tag.

Die US-amerikanische Ökonomie war dabei, ihre Vormachtstellung auf den wichtigen Weltmärkten zu verlieren; in der zweiten Hälfte der 60er Jahre begannen europäische (vor allem deutsche) und japanische Unternehmen, der US-Industrie mit großem Erfolg auf ihrem angestammten Terrain, dem US-amerikanischen Binnenmarkt, Konkurrenz zu machen. Europäische und japanische Unternehmen machten den US-amerikanischen nicht nur ihren eigenen Markt streitig, sie machten ihnen auch sonst alles nach und begannen sie zu übertreffen. Sie bauten ihre eigenen multi- und transnationalen Konzerne auf, die den US-amerikanischen auf allen Weltmärkten Konkurrenz machten; sie begannen sich erneut in großem Stil im Kapitalexport zu engagieren. Europäische und japanische Banken mauserten sich zu trans- und multinationalen Unternehmen mit weitverzweigten Filialnetzen, die auf allen wichtigen Finanzplätzen der Welt, also auch in den USA selbst, präsent waren.

Der Konkurrenzdruck, der in erster Linie von der deutschen und japanischen Exportindustrie kam, zwang die US-amerikanischen Unternehmen, die Multis voran, zu reagieren. Denn dank ihrer hohen Produktivität, ihrer hohen Spezialisierung und ihres breiten Produktangebots, nicht zuletzt dank ihrer Kombination von High-Tech-Qualitätsprodukten mit hochspezialisierten, industriellen Dienstleistungen, fiel es deutschen und japanischen Unternehmen relativ leicht, auf den US-amerikanischen Markt vorzudringen und sich dort dauerhaft zu etablieren. Im Gegenzug starteten die US-amerikanischen Unternehmen zum ersten Mal eine breite Exportoffensive, getragen von den Multi- und Transnationalen Unternehmen. Diese neue Konstellation erschien den Zeitgenossen als „Multinationalisierung“ der kapitalistischen Weltökonomie, ihre Eroberung durch die multinationalen Konzerne.

Die Botschaft, daß die gesamte zukünftige Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft von den multinationalen Konzernen beherrscht werden würde, stammte bereits aus den siebziger Jahren. Es gab nicht wenige linke Ökonomen, die der Vision eines neuen „Ultra-Imperialismus“ anhängen, diesmal unter der Herrschaft einer Gruppe von weltweit operierenden, multinationalen Konzernen, die völlig autonom, allen politischen und ökonomischen Zwängen enthoben



**Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung**

**10. Jahrgang, Nr. 37,
März 1999, 228 Seiten**

Hundt – MEGA Bd. IV/3

Arbeit und Politik I

Strutynski–Arbeitspolitik / Röttger – Konfliktformationen und Unternehmenskulturen / Bierbaum – Modernisierungsstrategien / Urban – Reform der Arbeitsgesellschaft / Bischoff – Gesellschaftliche Arbeit im 21. Jahrhundert / Werner – Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor / Hund – Entwicklung durch Entfremdung

Und: Hahn – Ideologien am Ende eines Jahrzehnts / Badia / Becker – Pluralistische Linke in Frankreich / Meissner – Kriminalisierung Jugendlicher in den USA / Jafrودی – Globalisierung - EU - Nationalstaat / Eichhorn – Revolution: Begriff und Realität im 20. Jahrhundert

Berichte – Zuschriften – Rezensionen
 Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,-; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934

und von niemandem mehr zu kontrollieren seien (Vgl. z.B. Michalet 1985). Das war in den 70er Jahren ebenso eine Übertreibung wie heute. Richtig ist, daß sich die Zahl und die durchschnittliche Größe der multi- und transnationalen Konzerne seit Mitte der 70er Jahre sprunghaft erhöht hat. Anfang der 70er Jahre gab es davon einige Tausend (bis zu 6000 wurden gezählt), überwiegend US-amerikanische. Ende der 80er Jahre waren das fast dreißigtausend (heute werden weltweit über 38 000 gezählt) mit weit über hunderttausend Tochterunternehmen und Hunderttausenden

von Filialen. Ihr Gewicht in der kapitalistischen Weltökonomie hat ständig und spektakulär zugenommen – im Blick auf Produktion, Handelsvolumen, Beschäftigung, Kapitalanlagen.

Bis Ende der 80er Jahre haben sich die europäischen und japanischen Multis in der Spitzengruppe der 500 dicht hinter den US-amerikanischen einen guten zweiten und dritten Platz erobert. Im Laufe der 80er Jahre haben viele der großen Multis einen Quantensprung vollbracht, was die Reichweite ihrer Operationen und die Dichte der Netzwerke, in denen sie operieren, betrifft; manche haben das

als Indiz für eine neue Qualität, den Übergang zum „globalen“ Kapital ohne nationale oder regionale Bodenhaftung genommen. Auch das war und ist eine flotte Übertreibung. Die Reichweite der Operationen der großen Multis ist in den 80er Jahren gewaltig gestiegen, gleichzeitig stieg der Anteil des internationalen Handels, der sich sozusagen „innerhalb“ der Multinationalen Konzerne, zwischen den Konzern und ihren Tochtergesellschaften, abspielt – auf heute fast ein Drittel des Welthandelsvolumens. spw
(Teil 2 erscheint in Heft 107)

Die Verhaftung Öcalans kam der herrschenden politischen Elite der Türkei wie gerufen. Bereits mit dem spektakulären Asylbeghehrens des PKK-Führers Abdullah Öcalan in Rom im vergangenen Jahr hatte das politische Dilemma in der Türkei eine neue Dimension erreicht. Türkische nationalistische Massenmedien hetzten Monate lang gegen eine politische und damit friedliche Lösung der kurdischen Frage, um die Stimmung für eine Auslieferung des Staatsfeindes Nummer eins an die Türkei zu organisieren.

Die Regierung des Ministerpräsidenten Mesut Yilmaz von der nationalistisch-konservativen Mutterlandspartei (ANAP), der in Absprache mit dem Nationalen Sicherheitsrat die Regierung von der inzwischen verbotenen islamistisch-fundamentalistischen Refah-Partei (heute bekannt als Tugend-Partei) übernahm, befand sich zum Jahreswechsel in einer tiefen Regierungskrise. Auslöser dafür und den folgenden Rücktritt Yilmaz' waren dessen Verstrickungen in Mafia-Geschäfte.

Regierte die Mafia mit?

Ministerpräsident Yilmaz hatte zu Beginn seiner Regierungsübernahme von seiner Propaganda, den Mafia-Geschäften ein Ende zu setzen, profitiert, doch war nach seiner Regierungsübernahme kaum mehr die Rede von konkreten Maßnahmen. In Bedrängnis kam Yilmaz durch die sensationellen Aussagen des bekannten Geschäftsmannes Korkmaz Yigit, der durch die Unterstützung der Mafia binnen kurzer Zeit die renommierten nationalliberalen Tageszeitungen Milliyet und Yeni Yüzyil, zwei Fernsehsender und zwei Banken für insgesamt 1,6 Milliarden US-Dollar aufgekauft und sich somit

ein Medienimperium errichtete hatte. Der in Frankreich festgenommene und seit längerem gesuchte Killer der türkischen Mafia, Alaattin Cakici, wiederum hatte in der Presse Tonbandaufnahmen lanciert, auf denen Telefongespräche zwischen ihm und Yigit aufgezeichnet waren. In ihnen geht es um eine mögliche Hilfestellung Cakicis beim Kauf der staatseigenen Bank Türk Ticaret Bankasi (TTB). Nun befindet sich auch Yigit in Haft, weil ihm vorgeworfen wird, bei Ausschreibungen die Mafia eingeschaltet zu haben, um Mitbewerber zurückzudrängen. Er habe jedoch die Regierung über alle Entwicklungen unterrichtet, sagte Yigit und so habe auch Yilmaz zum Beispiel gewußt, daß der in Frankreich inhaftierte Mafia-Boß Alaattin Cakici bei großen Privatisierungs-Projekten bestimmte Bewerber mit Morddrohungen zum Verzicht gezwungen habe.

Yigits Offenbarungen sorgten also in Ankara für großes politisches Aufsehen, der Premier, wurde zum „Patzen“ abgestempelt und mußte aufgrund des öffentlichen Drucks und nach einer verlorenen Vertrauensfrage im türkischen Abgeordnetenhaus seinen Rücktritt erklären. Seine Bemühungen, ein Bündnis mit seiner Erzfeindin Tansu Ciller einzugehen, um seinen Kopf zu retten, scheiterten. Schließlich einigten sich die weiterhin mächtigen Militärs und Regierungskreise auf Bülent Ecevit als nachfolgenden Ministerpräsidenten, der in seiner politischen Ausrichtung eher nationalistisch als sozialdemokratisch orientiert ist. Ihm wurde die Aufgabe übertragen, die noch bestehende Regierung bis zu den vorgezogenen Wahlen am 17. April '99 zu vertreten.

Als Öcalan schließlich durch eine internationale Geheimdienstoperation in der afrikanischen Hauptstadt

Die Türkei zwischen politischer Krise und kurdischem Dilemma

von Kemal Bozay*

Nairobi (Kenia) verhaftet und an die türkische Regierung ausgeliefert wurde, herrschte in der gesamten Türkei ein nationaler Triumph.

Öcalan-Prozeß im Vorwahlkampf

Zu einem wichtigen Wahlkampfthema hat sich nun die kurdische Frage gemacht. „Wir lassen nicht zu, daß die Türkei in Nationalitäten geteilt wird“ heißt das Motto der nationalen Parteienallianz in der Türkei. Die im Parlament vertretenen Parteien haben sich in einem nationalen Konsens vereint, Hatz gegen die kurdische Bewegung zu führen. Von der faschistoïden Grauen Wölfen/Partei der Nationalen Bewegung (MHP) bis hin zu der Republikanischen Volkspartei (CHP) haben sich alle Parteien verbündet, der kurdischen Frage ein endgültiges Ende zu setzen.

Und seit der Verhaftung Öcalan's scheint sich in der Türkei für die in-

* Kemal Bozay, geb. 1969, lebt in Köln, studierte Politikwissenschaft an der Universität Bonn und ist Mitherausgeber des Türkei-Buches: „Graue Wölfe heulen wieder. Vernetzung von türkischen Rechtsextremen in der Bundesrepublik“.

Politische Parteien und Bewegungen in der Türkei links von der Sozialdemokratie

EMEK PARTISI / EMEGIN PARTISI (Partei der Arbeit)

Die Emek Partisi (EP – Partei der Arbeit) wurde am 25. März 1996 offiziell gegründet. Sie versteht sich als eine Partei mit sozialistischem Anspruch, deren rasch wachsende Zahl an Mitgliedern sich überwiegend aus Arbeitern, Angestellten, aktiven Gewerkschaftern und führenden Angehörigen von demokratischen Massenorganisationen zusammensetzt. Sie begreift sich als Massenpartei von Unten, die auf die Umwandlung der Gesellschaft in Richtung Demokratie und Sozialismus drängt und die Gleichheit und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker der Türkei fordert. An den Gründungsveranstaltungen der EP haben in der ganzen Türkei mehr als 60.000 Menschen teilgenommen.

Da die EP eine demokratische Lösung für die Kurdenfrage forderte und mit Partei für die Unterdrückten in der Türkei ergriffen hatte, wurde sie mit einem Beschluß des Staatssicherheitsgericht offiziell verboten. Schon vor dem Verbot hat sich die EP im Dezember 1996 in Emegin Partisi (EMEP) umbenannt. Die EMEP verfügt in Deutschland über gute Kontakte zu DIDF (Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei e.V.).

ÖDP (Partei für Demokratie und Freiheit)

Die ÖDP wurde im Januar 1996 gegründet. Die ÖDP ist ein Sammelbecken von sozialistischen, ökologischen bis hin zu feministischen Kreisen in der Türkei. So gibt es Strömungen, die sich früher an Moskau orientierten, es gibt zentristische Gruppen wie Dev-Yol, Kurtulus und schließlich auch trotzkistische Kreise, die in diesem Sammelbecken mitwirken. Man kann sagen, daß die Ausgangsphase der ÖDP ähnlich wie die Grüne Bewegung in den 80er Jahren war. Die Partei hat kein klares Profil. Viel mehr bezeichnet sie sich selber als Partei der Liebe und Freiheit. Insgesamt zählt die ÖDP nach eigenen Angaben 20.000 Mitglieder. Die ÖDP selber profiliert sich selber als neue sozialdemokratische Bewegung.

HADEP (Partei der Demokratie des Volkes)

Die HADEP ist eine prokurdische Partei, die die Lösung vieler politischer und wirtschaftlicher Probleme und Entwicklungen in der Türkei an die Lösung der kurdischen Frage bindet. Vor der Gründung der HADEP gabe es eine Reihe von prokurdischen Parteien, wie die HEP, DEP, ÖZDEP die wegen gleichen Zielstrebungen verboten wurden. Bei den letzten Parlamentswahlen hat die HADEP ein Bündnis mit verschiedenen linken Gruppen aufgebaut und 4% Stimmenanteil bekommen.

nenpolitische Krise keiner mehr zu interessieren. Keiner spricht vorerst mehr von den Mafia-Geschäften der Yılmaz-Regierung und von den Repressionen gegen die Menschenrechts- und Gewerkschaftsbewegung. Auch für die Presse scheinen dies Tabuthemen geworden zu sein.

Ob es in in dieser Situation für Öcalan einen fairen Prozeß geben wird, ist fraglich. Dafür fehlt in der Türkei ein gutes Stück an Demokratie- und Menschenrechtsverständnis. Die von der EU auferlegten Hausaufgaben liegen noch gestapelt auf dem türkischen Schreibtisch. Fest steht, daß die Türkei mit dem Öcalan-Prozeß einen deutlichen Strich durch politische Lösungsansätze der kurdischen Frage setzen wird. In der Türkei hat dieses Dilemma für den fanatischen Nationalismus und Rassismus von allen Seiten neuen Aufwind gegeben, so daß in der Türkei repressiv und brutal gegen die demokratische Bewegung und gegen prokurdische Einrichtungen sowie Zeitungen vorgegangen werden kann, ohne daß dies zu nennenswerten Protestreaktionen innerhalb breiter Bevölkerungsschichten führen würde. Mehrere Anhänger und Vorstandsmitglieder der prokurdischen Demokratiepartei des Volkes (HADEP), wie z.B. ihr Vorsitzender

Murat Boztrak, wurden unterdessen festgenommen oder verschleppt.

Gerade in der Vorwahlperiode haben es die Parteien links von der sogenannten klassischen Sozialdemokratie in der Türkei ohnehin wesentlich schwerer, aktiv zu handeln und in verschiedenen politischen Fragen öffentlich erkennbar Position zu beziehen. Gegen die prokurdisch orientierte HADEP läuft inzwischen sogar ein Verbotsverfahren, die Bestrebungen der sozialistisch ausgerichteten Partei der Arbeit (EMEP), ein linkes Wahlbündnis mit HADEP und der Partei für Freiheit und Demokratie (ÖDP) einzugehen, blieben ergebnislos. Für sie gibt es kaum eine Möglichkeit, ins Parlament zu ziehen. Die klassische sozialdemokratische Republikanische Volkspartei (CHP), die sich mehrmals als Koalitionspartner von verschiedenen Regierungen in der Türkei als regierungsunfähig erwies, hat es bei den bevorstehenden Wahlen ebenfalls schwer, die 10%-Hürde zu überwinden, um ihre Fraktion im Abgeordnetenhaus halten zu können. Sicher ist, daß das nationalistisch-konservative Lager von DYP und ANAP ihre Stimmen halten werden, die Neofaschistische Nationale Partei der Bewegung (MHP) wieder als neue Kraft hervortreten wird und daß

schließlich zwischen der islamistischen Tugendpartei und der DSP unter Ecevit ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die Partei mit dem höchsten Stimmenanteil geführt wird.

Kurdenproblem führt zu Polarisierung in der Bundesrepublik

Spätestens die Kurdenaktionen auf der ganzen Welt haben nochmals gezeigt, daß das kurdische Problem ein internationales ist. Dies mußte auch die Bundesregierung feststellen, als sie sich nach einer breiten Welle von Aktionen, Besetzungen, Botschaftsstörungen – von dessen ein Teil Aktionen blinder Wut darstellten – diesem Thema näher stellen. Durch die Verweigerung des Asyls für Öcalan haben sich die europäischen Staaten mit diesem Thema schwer getan. „Wir wollen es nicht zu unserer Innenpolitik machen“ hieß die Devise. Doch vor der Tatsache, daß dies bereits so ist, konnte sich letztlich fast kein einziges Land Europas drücken.

Schon die Tatsache, daß allein in Deutschland ungefähr 2,5 Millionen Menschen aus der Türkei leben – darunter ca. 500.000 Kurden –, die täglich durch türkische Massenblätter und Fernsehsender die Politik der Türkei aufs Frischeste miterleben, zum größten Teil durch sie geprägt wer-

Die im Parlament vertretenen Parteien haben sich in einem nationalen Konsens vereint, Hatz gegen die kurdische Bewegung zu führen.

den, hat dieses Thema unter der türkischen Community zum Top-Thema gemacht. Man erinnere sich daran, wie die damalige Yılmaz-Regierung die türkische Gemeinde in Europa für die Auslieferung Öcalan' an die Türkei zu Massendemonstrationen gegen griechische und italienische Einrichtungen aufrief. „Wir wollen Europa unter Druck setzen, damit Öcalan ausgeliefert wird.“ hieß es in der Äußerung von Yılmaz. „Wir wollen den Kopf von Mörder Öcalan“ riefen Demonstranten in Bonn, Nürnberg oder Brüssel, wo kurdische Einrichtungen in Brand gesteckt wurden. Einerseits die Proteste der kurdischen Organisationen gegen die Verhaftung und Hinrichtung Öcalans; andererseits die Aufrufe von türkisch nationalistischen sowie islamistisch-fundamentalistischen Kreisen den Krieg gegen die Kurden nach Europa zu tragen. In Moscheen, Cafes und Botschaften werden Spenden für türkische Militärs gesammelt, die in diesen Tagen mehr denn je „triumphiert“ haben.

Wenn sich Joschka Fischer durch eine Ablehnung der Ausweisung Öcalans an Deutschland auch diesem Problem entziehen wollte, so ist doch in den letzten Wochen noch ersichtli-

cher geworden, daß Deutschland schon mitten im Zentrum dieser Eskalation befindet. „In der Stunde der Wahrheit“, wie es in einigen deutschen Medien hervorgehoben wird, will keiner mehr von Mitverantwortung beim Krieg in den kurdischen Gebieten sprechen. Die Öffentlichkeit ist sich bewußt, daß einst die Bundesregierung, USA und Europa mit ihrer Waffenlieferungspolitik sowie Wirtschaftshilfe an die Türkei diesen Bürgerkrieg in den kurdischen Gebieten mitgetragen hat. Die Bilder patrollierender Panzer und benutzter Waffen mit deutschem Markenzeichen (aus dem Bestand der NVA) hatten damals im öffentlichen Diskurs vieles bewegt. Nun werden die vielfältigen kurdischen Aktionen von der Bundesregierung zum Anlaß genommen, die Ausländerpolitik noch mehr zu verschärfen und in diesem Zusammenhang die Abschiebepolitik zu verstärken. Auch in der Staatsbürgerschaftsdebatte wurden große Rückschritte vollzogen.

Gerade türkische und kurdische Migrantenselbsthilfeorganisationen fühlen sich einerseits von der Polarisierung dieses Problems und andererseits von der restriktiver orientierten

Ausländer- und Abschiebepolitik bedroht. „Wir wollen nicht, daß es zu einer Eskalation zwischen Türken und Kurden in Deutschland kommt. Noch eher kommt es darauf an, das friedliche Zusammenleben zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen in dieser Gesellschaft noch mehr zu stärken.“ betont Hüseyin Avgan, Bundesvorsitzender der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei e.V. (DIDF) und führt fort: „Die Bundesregierung darf die jüngsten Entwicklungen nicht als Anlaß nehmen, um ihre Abschiebungs- und Ausländerpolitik noch mehr zu verschärfen.“ Nicht nur kurdische Organisationen sind empört darüber, daß während der Aktionen vor der israelischen Botschaft in Berlin vier Kurden durch israelische Sicherheitsbeamten ermordet wurden.

Das Kurdenproblem darf nicht einfach mit dem Öcalan-Kult identifiziert werden. Denn die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht für Kurden hat in der kurdischen Geschichte seinen Ursprung. So steht fest, daß auch das sogenannte Öcalan- Dilemma die Wunden der immer stärker eskalierenden politische Krise in der Türkei nicht überwinden kann. spw

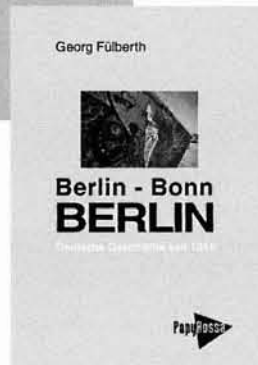


Johannes Klotz/Gerd Wiegel (Hg.)
Geistige Brandstiftung?
Die Walsler-Bubis-Debatte

Broschur, 144 S.;
DM 18,-; SFR 17,-; ÖS 133,-
ISBN 3-89438-179-5

Die Autoren erörtern die Rede Walsers, die maßgeblichen Beiträge zur Debatte, das befremdliche Schweigen der Politik, vor allem der „neuen Mitte“, die Reaktionen der extremen Rechten sowie die

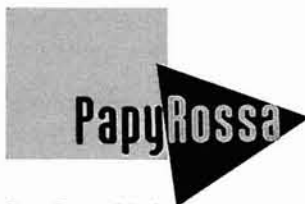
Folgen für den weiteren Umgang mit der faschistischen Vergangenheit und dem deutschen Völkermord an den europäischen Juden.



Georg Fülberth
Berlin-Bonn-Berlin
Deutsche Geschichte seit 1945

Gebunden, 315 S.,
DM 36,- ; SFR 33,-; ÖS 267,-
ISBN 3-89438-168-X

Prägnant arbeitet Georg Fülberth die grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Prozesse in beiden deutschen Staaten heraus. Er hebt besonders jene Punkte hervor, die auf dem Weg von der Katastrophe 1945 zur neuen Versuchung seit 1990 entscheidend waren,



PapyRossaVerlag
Petersbergstr.4
50939 Köln
Tel. 0221/44 85 45 - Fax 44 43 05
www.papyrossa.de

Johannes Klotz (Hg.)
Schlimmer als die Nazis?
Das „Schwarzbuch des Kommunismus“, der Geschichtsrevisionismus und die neue Totalitarismusdebatte

Broschur, 207 S., DM 26,- ; SFR 24,-; ÖS 193,-
ISBN 3-89438-169-8

Kommunismus und Sozialismus seien schlimmer als der Faschismus. Mit dieser Aussage überholt das „Schwarzbuch des Kommunismus“ die früher übliche Gleichsetzung von „rot“ und „braun“. Die Autoren prüfen, wie sich diese Formel mit den historischen Tatsachen verträgt, was sie bezweckt und warum sie gerade jetzt in Umlauf gebracht wird.



spw

verschenkt 2 Bücher für 1 neues spw-Abo.

Bitte zwei Kennziffern auf der spw-Abokarte für spw-Buchprämien angeben.



A

Jürgen Ritsert
Soziale Klassen
(Einstiege Band 8),
171 Seiten,
Ladenpreis DM 29,80



B

Christoph Görg
**Gesellschaftliche
Naturverhältnisse**
(Einstiege Band 7),
190 Seiten,
Ladenpreis DM 29,80



C

Gilla Dölle, Sabine Hering
Lila ist Trumpf
Eine Bildergeschichte
zur deutschen Frauenbewegung,
174 Seiten, Ladenpreis DM 29,80

Wolfgang Hecker, Rainer Rilling
Politik im Internet
Eine Suchhilfe,
100 Seiten mit Diskette,
Ladenpreis DM 14,90



D



E

Reinhard Kühnl
**Der deutsche Faschismus in
Quellen und Dokumenten**
576 Seiten, Ladenpreis DM 20,-

Gisela Preuschhoff
**Komm, wir spielen
was zusammen**
100 Spiel-Tips für Leute von 0 – 99,
212 Seiten, Ladenpreis DM 19,80

Gisela Preuschhoff
**Komm,
wir spielen was
zusammen!**



F